

Einleitung

von Lothar Albertin

Vorbemerkung.....	1
I. Der große Schatten Bismarcks.....	3
Die Umkehrung von Freiheit und Einheit.....	3
Der Kampf um das Prinzip der politischen Verantwortung der Regierung.....	8
Bismarcks Politikwechsel von 1878/79 und sein „Staatssozialismus“.....	9
Hugo Preuß im prägenden Umfeld: Liberalismus im Umbruch.....	13
Feindbild: Preußisches Junkertum.....	19
Antisemitismus: Im Kampf um den liberalen Verfassungsstaat.....	21
Bismarcks System und Politik in der Kritik.....	24
Neue Hoffnungen auf freiheitlichen Ausbau des Reichs: Desiderata und Defizite.....	28
II. Hoffnungen und Enttäuschungen nach Bismarcks Sturz.....	30
Konstitutionelle Reformchancen nach dem Abgang Bismarcks?.....	30
Erfahrungen der Linksliberalen in der parlamentarischen Mehrheit unter Caprivi.....	32
Friedensarbeit gegen Chauvinismus und Imperialismus.....	34
Schwächen des Linksliberalismus im Kräftefeld der wilhelminischen Politik.....	37
Parlamentarischer Pragmatismus im Bülowblock – Sprengkraft liberaler Grundsätze.....	40
Entschiedenheit: Demokratische Vereinigung.....	42
III. Schriften im Weltkrieg.....	44
Reformappell im Kriege: Metamorphose des Volkes zur Politikfähigkeit.....	44
Deutsche Kultur und westliche Zivilisation.....	47
Parlamentarisierung und Führungsauslese.....	52
Halbherzige, verspätete und unterbliebene Reformen. – Die Denkschrift für Ludendorff.....	53
„Deutsche Vaterlandspartei“ oder „Volksbund für Freiheit und Vaterland“.....	57
Preuß' Rektoratsrede gegen den Krieg: „Kampfwut atavistischer Gestalt“.....	62
Schlußbemerkung.....	64

Vorbemerkung

1909 mußte Hugo Preuß von seinem Mentor und Freund Theodor Barth für immer Abschied nehmen. Gemeinsam hatten sie versucht, zusammen mit einigen anderen freisinnig gebliebenen Vertretern des deutschen Liberalismus, die politischen Strukturen des Landes zu erneuern. Er rief dem Verstorbenen die Zeilen aus dem großen *Kassandra*-Gedicht von Friedrich Schiller nach:

„Warum warfest du mich hin
In die Stadt der ewig Blinden
Mit dem aufgeschlossnen Sinn?
Warum gabst du mir zu sehen,
Was ich doch nicht wenden kann?“

Er konnte sich in die Tragik von Hoffnung und Scheitern des Herausgebers der *Nation* so tief einfühlen, weil er zugleich von seinem eigenen Lebensschicksal sprach: Er erkannte historische Zusammenhänge, analysierte Weichenstellungen, erahnte neue Möglichkeiten, die denkbar waren, die der Vernunft entsprochen hätten, die Gefahren und

Katastrophen hätten abwenden können, die aber unter den realen Bedingungen der Zeit keine Chance hatten. Unter der Paradoxie der *Unmöglichkeit des Notwendigen*¹ und der Machtlosigkeit des Theoretikers hat Hugo Preuß sein Leben lang gelitten.

Dabei hatte er überhaupt nichts von einem düsteren Unheilspropheten an sich. Er war ein lebensvoller Mann, mit dem Talent, glücklich zu sein. Immer „aufgeräumt“, mit Vergnügen an witzigen, oft selbstironischen Bemerkungen, manchmal mit beißendem Sarkasmus, aber immer wieder mit versöhnlichem Humor. Er war ein Beispiel der faszinierenden Kultursynthese, mit der bis zum Ende der Republik von Weimar deutsche Bürger jüdischer Herkunft so viel zum Glanz unseres Landes beigetragen haben. Die Anfeindungen, denen er ausgesetzt war, schienen an ihm abzuperlen. Sein ganzer Lebenszuschnitt sah nach einer aufsteigenden Linie aus.

Sein Vater, Louis Preuß (1821–1860), Inhaber einer Lithographischen Anstalt in Berlin, der aus Deutsch-Krone stammte, starb im gleichen Jahr, in dem sein Sohn geboren wurde. Von seiner Mutter Minna Preuß, geb. Israel (1826–1899), ist so gut wie nichts bekannt. Jüdischer Tradition entsprechend heiratete der Bruder des Vaters, Leopold Preuß (1827–1905), die Witwe und sorgte für das vaterlose Kind. Es muß eine sehr herzliche, später geradezu freundschaftliche Beziehung zwischen ihnen bestanden haben. Leopold Preuß war als Kornhändler zu Vermögen gekommen, so daß Hugo Preuß eine sorglose Kindheit hatte. Erst während seines Studiums erfuhr er, daß Leopold nicht sein leiblicher Vater war. Hugo Preuß besuchte das Sophien-Gymnasium in Berlin, machte hier 1879 sein Abitur, leistete als Einjähriger im 2. Garde-Dräger-Regiment seinen Militärdienst ab und wurde als Leutnant der Reserve entlassen. Er studierte Rechtswissenschaft in Heidelberg, Göttingen und Berlin und promovierte 1883 in Göttingen zum Dr. juris mit einer pandektenrechtlichen Arbeit, die nicht überliefert ist. Seinem Stiefvater erklärte er, er spüre keine Neigung zum Beruf des Kaufmanns; lieber wolle er Rechtsanwalt werden. Aber wenn er ihm eine Rente aussetze, würde er, trotz düsterer Zukunftsaussichten, den Beruf des Gelehrten ergreifen. Für das, was er sich vorgenommen hatte, wollte er sich ein gründliches wissenschaftliches Rüstzeug verschaffen. Er gehörte bald nach seiner Promotion dem Intellektuellenkreis um Theodor Barth an. 1889 habilitierte er sich an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin für öffentliches Recht und war dort, ohne jede Chance, je an eine staatliche Universität in Preußen berufen zu werden, 34 Jahre lang Privatdozent. Nach seiner Liebesheirat mit Else Liebermann, der einzigen Tochter des großen Chemikers Carl Liebermann, eines herausragenden Gelehrten und Erfinders, der zu den Pionieren der deutschen Farbenindustrie gehört, führte Hugo Preuß, ein in seine Gedankenwelt vertiefter Mann, ein großbürgerliches, gastfreundliches Haus. Der glücklichen Ehe entstammten vier Söhne. Die Familie wohnte in der Matthäikirchstraße in einem Haus seines Schwiegervaters; in den Sommermonaten in einer Villa, die der Unternehmer Ferdinand Reichenheim, der Großvater von Else Liebermann, am Wannsee erbaut hatte. Beide Wohnstätten existieren nicht mehr. 1895 wurde Hugo Preuß in die Stadtverordnetenversammlung von Berlin gewählt, 1906 an der privaten Berliner Handelshochschule zum Professor für öffentliches Recht ernannt, und 1910, mit den Stimmen der Linksliberalen und der Sozialdemokraten, zum unbesoldeten Stadtrat in den Magistrat der Stadt Berlin gewählt.

1885 überraschte der 25jährige Hugo Preuß die Öffentlichkeit mit einer außerordentlich gedankenreichen und subtilen Studie über Otto v. Bismarck (in diesem Bd. S. 69–94). Hier schlägt er schon die großen Themen seines Lebens an. Um die Impulse seines Werks verstehen zu können, müssen einige Entwicklungslinien der liberalen Bewegung in Deutschland nach dem Scheitern der Paulskirchenverfassung erinnert werden. Sie gingen in seine kognitiven und moralischen Sozialisationsbedingungen ein und prägten sein Geschichtsbild.

¹ So ein Artikel von 1920 nach dem Kapp-Putsch, Hugo Preuß, *Die Unmöglichkeit des Notwendigen*, in: *Frankfurter Zeitung*, 4.4.1920 (in Bd. 4 unserer Edition).

Für seine politischen Schriften aus der Periode des Kaiserreichs lassen sich drei Schwerpunkte ausmachen: eine kritische Auseinandersetzung mit dem Scheinkonstitutionalismus der Verfassung Bismarcks, dessen Wirksamkeit und Scheitern in den letzten fünf Jahren seiner Kanzlerschaft er noch miterlebte und dessen großer Schatten über den Verfassungsproblemen lag (I.); die Hoffnungen und Enttäuschungen der Zeit nach der Entlassung Bismarcks durch den jungen Kaiser (II.); die Probleme des gegen alle Warnungen bis zum letzten Moment aufrechterhaltenen Obrigkeitsstaats im Weltkrieg (III.).

I. Der große Schatten Bismarcks

Die Umkehrung von Freiheit und Einheit

Auch Deutschland war von den dramatischen Ereignissen der Französischen Revolution erfaßt worden. Die preußischen Reformen der Zeit des Freiherrn vom und zum Stein, in dem Hugo Preuß den großen historischen Antipoden Bismarcks erkannte, ließen auch in Deutschland den ökonomischen und politischen Liberalismus aufblühen (S. 152). In der nachfolgenden Periode von Repression und Demagogenverfolgung wurden diese Ansätze aber fast erstickt (S. 224). Die Revolution von 1848 war ein neuer Höhepunkt des deutschen Liberalismus; aber auch dieser Impuls scheiterte. Friedrich Wilhelm IV. lehnte die Kaiserkrone ab, mit der die Frankfurter Nationalversammlung eine konstitutionelle Monarchie unter preußischer Führung schaffen wollte (S. 240). Im preußischen Verfassungskonflikt von 1861 bis 1866 schien es fast noch einmal, als würde Preußen den Anschluß an die westeuropäischen Verfassungsentwicklungen finden. Zwei Drittel des Abgeordnetenhauses wandten sich gegen Bismarcks Verfassungsbruch. Aber ihm gelang es, den deutschen Liberalismus von diesem Höhepunkt direkt in seinen Niedergang zu führen. Die Einheitsbestrebungen wurden so dominant, daß der „Fortschritt zur Freiheit“ (Max Duncker) und der innere Ausbau von Verfassungsstaat und Rechtsstaat dahinter immer mehr zurücktraten.

Für die politische Analyse von Hugo Preuß waren diese historischen Entwicklungslinien bestimmend. Zu den Kernproblemen des modernen Verfassungsstaates gehörten das parlamentarische Budgetrecht und die parlamentarische Verantwortung der Regierung. In der preußischen Verfassungskrise entriß Bismarck der liberalen Bewegung das erste dieser beiden Stücke: die Kontrolle der Volksvertretung über Einnahmen und Ausgaben der Staatsverwaltung. Hier lag eine der Weichenstellungen, die zu dem Halbkonstitutionalismus der Bismarck-Verfassung führten, den Hugo Preuß in immer neuen Anläufen bekämpfte.

1858 schien sich für die liberale Bewegung eine neue Perspektive zu öffnen. Prinz Wilhelm, der spätere deutsche Kaiser, übernahm für seinen geisteskranken Bruder Friedrich Wilhelm IV. die Regierung. Der Prinzregent bildete ein Kabinett, das nach siegreichen Landtagswahlen für die Liberalen hoffnungsvoll als Beginn einer „neuen Ära“ bezeichnet wurde. Er plante mit seinem Kriegsminister Albrecht v. Roon eine um-

fassende Heeresreorganisation, konnte sich aber im preußischen Landtag nicht durchsetzen.

Die Krone verlangte eine dreijährige Dienstzeit und wollte die Landwehr, die seit 1813 unter Führung bürgerlicher Offiziere stand und die Idee eines Volksheeres verkörperte, in die Linienregimenter einfügen. Ein überwiegender Teil der gemäßigten Liberalen unter Georg v. Vincke akzeptierte die Regierungsvorlage; aber das führte im Februar 1861 zur Spaltung. Dissentierende Abgeordnete fürchteten, das Volksheer werde zerstört und die Gesellschaft werde militarisiert. Mit linksliberalen und demokratischen Gruppen bildeten sie am 6. Juni in Berlin die „Deutsche Fortschrittspartei“. Die Mehrheit des Landtags versagte sich der Vorlage des Budgetgesetzes und war nur gewillt, die notwendigen Summen für die Heeresreform auf einer provisorischen Basis bereitzustellen. Wilhelm, der 1861 nach dem Tod seines Bruders König geworden war, ließ nach dieser Abstimmungsniederlage das Abgeordnetenhaus auflösen und neue Wahlen ausrufen. Die Deutsche Fortschrittspartei gewann 140 von 348 Mandaten. Sie versammelte den größten Teil der liberalen Wähler, überwiegend aus der Beamtenschaft, den freien Berufen und den Gewerbetreibenden. Sie hatte für feste Schritte in Richtung auf einen parlamentarischen Rechts- und Verfassungsstaat geworben und trat für die Verantwortlichkeit der Beamten und Minister gegenüber dem Parlament sowie für die Bewahrung der bisherigen Heeres- und Wehrverfassung ein. Sie zählte profilierte Persönlichkeiten zu ihrem Führungspersonal: Karl Twesten, Benedikt Waldeck, Rudolf Virchow und Theodor Mommsen, damals auch noch Rudolf v. Gneist, den Schöpfer der preußischen Verwaltungsgerechtigkeitsbarkeit, der später zur Nationalliberalen Partei überging. Die Deutsche Fortschrittspartei strahlte nach Mittel- und Süddeutschland aus, wo sich im Königreich Württemberg 1864–66 Demokraten und Linksliberale gesondert in der „Demokratischen Volkspartei“ zusammenfanden, die sich um kleine Gruppen aus Baden, Bayern und Hessen erweiterte, sich 1868 ein Programm gab und den Namen „Deutsche Volkspartei“ annahm. Sie setzte der vorherrschenden Devise einer nationalen Einigung unter preußischer Führung eine föderalistische Auffassung entgegen.

Die Krone erlitt in der Abstimmung um die Heeresreorganisation erneut eine Niederlage. König Wilhelm dachte an Abdankung zugunsten seines Sohnes, der ihm später einmal (1888) für wenige Monate als Kaiser Friedrich III. nachfolgen sollte, sich ihm aber versagte. Auf Betreiben von Roon berief er Otto v. Bismarck zum preußischen Ministerpräsidenten, der in Paris als preußischer Gesandter geradezu darauf gewartet hatte. Er ersetzte das liberale Kabinett durch ein konservatives und beendete damit die „neue Ära“. Doch der Landtag gab nicht nach und forderte 1862 sogar die Spezialisierung des Etats, um Umbuchungen zugunsten der Heeresausgaben zu unterbinden. Die Deutsche Fortschrittspartei gewann, zusammen mit einer kleinen liberalen Fraktionsgruppe der katholischen Zentrumsparlei, eine Zweidrittelmehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus. Deutschland schien den Anschluß an die westeuropäischen Verfassungsentwicklungen zu finden. Aber diese Hoffnung trog.

Seine Bereitschaft, ein neues Kabinett zu bilden, erklärte Bismarck dem König im altertümlichen Stil persönlicher Vasallentreue. Noch im September 1862, dem Monat seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten, setzte er ein perspektivisches Zeichen seiner Politik, das die Öffentlichkeit aufhorchen ließ, in der Erklärung, daß die nationalen Fragen der Zeit nicht – wie man es 1848 versucht habe – auf friedlichem Wege, „nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse“, sondern nur durch „Eisen und Blut“² gelöst werden könnten.³ Bismarck entschied, die von Roon geplante Heeresreform durchzu-

² Abendsitzung der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses, 30.9.1862.

³ Zit. bei Friedrich Henning, *Frühgeschichte des deutschen Liberalismus*, in: Wolfram Dorn/Harald Hofmann (Hg.), *Geschichte des deutschen Liberalismus*, 2. Aufl., Bonn 1966, S. 25–67.

führen, auch wenn die Landtagswahlen erneut die Opposition gegen die Heeresvorlage stärkten. Er zeigte seine Künste: Er setzte sich über das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses hinweg, verschärfte den Verfassungskonflikt noch durch eine Pressezensurverordnung (1863), kam den Liberalen zugleich aber ökonomisch entgegen, wenn auch zunächst ohne großen Erfolg.⁴

Vor seiner erneuten Auflösung im Mai 1863 verlangte der Landtag in einer förmlichen Adresse ausdrücklich eine Rückkehr zur „neuen Ära“ und einen Wechsel der leitenden Personen. Während der innenpolitische Konfrontationskurs andauerte und den preußischen Liberalismus machtvoll erscheinen ließ, nutzte Preußen die ökonomische Hochkonjunktur geschickt dazu, um auf wirtschaftspolitischem Gebiet Liberalität zu zeigen. Ein Freihandelsvertrag mit Frankreich setzte ein Zeichen. Bis 1865 wurden neue Zollvertragsverträge mit den deutschen Mittel- und Kleinstaaten unter preußischen Bedingungen geschlossen, während Österreich aus diesem Verbund ausschied. Die Liberalen fühlten, daß sie den ökonomischen Maßnahmen zustimmen mußten, reagierten abwartend und ambivalent, kritisierten weiterhin, nun aber moderater, die politische Reaktion in Preußen.

Hatte Bismarck durch seine Konfliktpolitik zunächst die Geschlossenheit des Liberalismus gefördert, so ging er nun dazu über, sie durch Entscheidungen auf dem Gebiet der Außenpolitik und in der „nationalen Frage“ zu belasten. Er verfolgte nicht mehr einspurig seine alte konservative Standespolitik, sondern wußte die eigenen Optionen und langfristigen Ziele auf oft überraschende Weise neuen Faktoren anzupassen.

Der liberal orientierte Aufschwung in der öffentlichen Meinung hatte die nationale Frage immer mehr in den Vordergrund gerückt. In der Organisation des Deutschen Nationalvereins fand das einen wirkungsvollen Ausdruck. Von gemäßigten und radikal-demokratischen Politikern aus Nord- und Süddeutschland in mehreren Zusammenkünften vorbereitet, trat der Nationalverein ab 1859 für eine starke Zentralregierung ein, für eine deutsche Nationalversammlung an Stelle des Frankfurter Bundestags und für eine liberale Verfassung in ganz Deutschland. Diese erste liberale Massenorganisation erreichte 25.000 bis 30.000 Mitglieder, unter denen der preußische Anteil am stärksten war. Der Niedersachse Rudolf v. Bennigsen übernahm den Vorsitz.

Zum Erstaunen der ostelbischen Junker machte sich Bismarck zum Befürworter der liberalen Forderung nach einem deutschen Nationalstaat. Dabei war er auf die liberale Bewegung, die er bekämpfte, ein Stückweit angewiesen.⁵ Ohne Anleihen bei den rechtsstaatlichen und konstitutionellen Postulaten der liberalen Bewegung wäre dem „weißen Revolutionär“ (Gall) die Einigung Deutschlands nicht gelungen. Aber während er sich seinen Standesgenossen entfremdete, gelang es ihm, die innere Geschlossenheit des deutschen Liberalismus zu zerbrechen und seine alten konservativen Ziele auf Umwegen doch zu fördern. Bismarck machte seine martialischen Ankündigungen wahr und verwirklichte, auf dem militärischen Weg über die Düppeler Schanzen, über Königgrätz und dann über Sedan, den liberalen Traum von einem geeinten Deutschen Reich, das den Flickenteppich der Territorialstaaten beseitigte.⁶

⁴ Vgl. Dieter Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988, S. 99.

⁵ Um das Reich zu gründen, hatte er den Liberalismus „bitter nötig“, Friedrich C. Sell, *Die Tragödie des deutschen Liberalismus*, Stuttgart 1953, S. 227.

⁶ Hermann Baumgarten, *Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik*, Berlin 1866, schrieb dem preußischen Staat das Verdienst zu, den Weg zur nationalen Einheit beschritten zu haben. Diese habe nunmehr Priorität und sei geradezu die Voraussetzung für Freiheit. Das sei „Realpolitik“, zu der sich die Liberalen lange nicht verstanden hätten. Statt Politik auf der Basis normativer Ideen zu treiben, müßten

Der erste Schritt auf diesem Wege war ein Konflikt mit dem Königreich Dänemark um die Herzogtümer Schleswig und Holstein. Viele Liberale befürworteten eine Annexion der Herzogtümer durch Preußen. Der Sieg der preußischen Truppen vor den Düppeler Schanzen begeisterte die liberal und national gestimmte Öffentlichkeit. Die meisten Medien der öffentlichen Meinung in Preußen begrüßten Bismarcks machtpolitischen Zugriff. Aber nicht alle erlagen dem Zauber des Erfolgs. Dem liberalen Denken hätte das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung dieser Provinzen entsprochen. Ludwig v. Rönne und Rudolf Virchow brachten im Landtag Vermittlungsvorschläge ein zugunsten einer Volksvertretung in Schleswig-Holstein,⁷ konnten sich aber nicht durchsetzen. – Der zweite Schritt auf seinem Weg war der Krieg Preußens gegen Österreich, erst recht ein „Bruderkrieg“. Der Sieg bei Königgrätz am 3. Juli 1866, mit hohen Opfern für beide Seiten, wühlte die Liberalen erneut auf und spaltete sie. Bismarcks diplomatisches Geschick, andere Großmächte aus diesen innerdeutschen Konflikten herauszuhalten und im Frieden von Nikolsburg mit Österreich – und Sachsen – schonend umzugehen, fesselte die Mehrheit im liberalen Meinungsfeld. Manche Politiker wechselten ihren Standpunkt im Laufe des militärischen Konflikts. Am Tage von Königgrätz waren Landtagswahlen in Preußen, mit einem Anstieg der Konservativen von 35 auf 136 und einem Verlust der Liberalen von 247 auf 148 Mandate. Bismarck nutzte seinen Ansehensgewinn, um mit einer Geste scheinbarer Versöhnung die Belastungen aus dem Verfassungskonflikt zu beseitigen. Er brachte im September 1866 eine sog. „Indemnitätsvorlage“ im preußischen Abgeordnetenhaus ein und ersuchte den Landtag nachträglich um Billigung der Ausgaben, die geleistet worden waren, obwohl sie das Parlament ihm in der Konfliktzeit versagt hatte. Dieser Schachzug stellte die Prinzipientreue der Liberalen auf die Probe – und spaltete sie. Wer der militärisch gewonnenen Führungsrolle Preußens in der nationalen Frage den Vorrang gab, übte Nachsicht. Für viele heilte der Erfolg in Königgrätz die Wunden, die der Verfassungsbruch geschlagen hatte (S. 75f.). – Die innerliberale Auseinandersetzung über die Abkehr vom Kurs der „neuen Ära“ berührte liberale Gesinnungsfragen. Einige ihrer Parlamentarier bemühten sich, die Erschütterungen durch einen konsequenten Protest gegen die innenpolitischen Repressionen zu kompensieren, vor allem gegen die Fortsetzung der Verfolgung und Maßregelung liberaler Beamter in Preußen, gegen die staatliche Disziplinierung der Justiz, die überbordende Fülle von Prozessen gegen die Presse, gegen die skandalöse höchstrichterliche Zulassung einer Anklage, die den Liberalen Karl Twesten ins Visier nahm,⁸ weil er im Abgeordnetenhaus gewagt hatte, Mißstände beim Namen zu nennen.⁹ Dieser Ausgang des Verfassungskonflikts sprengte die Einheit der Liberalen definitiv. Ab Oktober 1866 hatte sich die Gründung der Nationalliberalen Partei vollzogen. Am 17. November plädierte die „Neue Fraktion der nationalen Partei“ für die Unterstützung der auswärtigen Politik durch den Landtag. Anfang Januar 1867 erschien der Wahlauf Ruf des „Nationalliberalen Wahlkomitees“ für die Wahlen zum Norddeutschen Reichstag am 12. Februar, 14 Tage später wurde Rudolf v. Bennigsen Parteivorsitzender. Der „Deutsche Nationalverein“ löste sich im November auf. Die Deutsche Fortschrittspartei verblieb in ihrer geschrumpften Form. In den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag erreichte sie nur noch 20 Mandate. Die Nationalliberale Partei wurde stärkste Fraktion. Sie entschied sich für eine Zusammenarbeit mit Bismarck. Auf seine Seite schlug sich noch die „Freikonservative Partei“, eine Abspaltung der Konservativen, die Bismarck vorbehaltlos folgte. Auch entschiedene Liberale wie Twesten, Forckenbeck und Lasker hatten die Seite gewechselt. Thomas Nipperdey hat diese Zäsur einen der „großen Wendepunkte in der Geschichte der deutschen Parteien“ genannt.¹⁰

Die militärischen Siege der preußischen Armee veränderten die normativen Leitbilder vieler Liberaler grundlegend. Vor allem der siegreiche Krieg gegen Frankreich ließ in

sie regierungsfähig werden und sich zu einem starken Staat bekennen. Das Bürgertum, selber noch keine politische Klasse, brauche die Zusammenarbeit mit den Führungsmächten, vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1983, S. 798f. (vgl. auch Anm. 50).

⁷ Sell, *Die Tragödie des deutschen Liberalismus*, a.a.O. (Anm. 5), S. 213.

⁸ Sell, *Die Tragödie des deutschen Liberalismus*, a.a.O. (Anm. 5), S. 216f.

⁹ Nach Einschätzung von Lothar Gall „stellt das Jahr 1866 in der Geschichte Mitteleuropas eine ganz entscheidende Zäsur dar, eine viel tiefere als die eigentliche Reichsgründung 1870/71“, Lothar Gall, *Bismarck. Der weiße Revolutionär*, Frankfurt 1980, S. 381.

¹⁰ Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866*, a.a.O. (Anm. 6), S. 798.

Preußen, bald auch in Süddeutschland, eine starke Aufbruchsstimmung entstehen. Die Ansicht war verbreitet, Preußen erfülle eine „nationale Mission“. Die „schimmernde Wehr“ wurde zu einem Mythos. „Bismarck stieg nun vom ‚frivolen Junker‘ zum nationalen Heroen auf.“¹¹ Er schien die Hoffnungen aus der Zeit Friedrich Wilhelms IV. von einem „deutschen Beruf“ Preußens (S. 97) zu beflügeln. Große bürgerliche Schichten, die eigentlich Vertreter von Verfassungsstaat und Rechtsstaat waren, machten ihren Frieden mit dem neuartigen Militärstaat. Viele sahen in der machtpolitischen Leistungskraft ein Element der Überlegenheit gegenüber dem „verrotteten“ Westen.¹² Damals entstand die verhängnisvolle Idee, der monarchische Halbkonstitutionalismus, den Bismarck geschaffen hatte, sei prinzipiell stärker als parlamentarische Verfassungen. Diese Thematik beherrschte die Diskussion bis zum militärischen Zusammenbruch 1918 und ist ein Schlüssel für die Kriegsschriften von Hugo Preuß (S. 533–720). Der politische Liberalismus, der durch die Ereignisse dieser dramatischen Zeit vielfach herausgefordert wurde, hielt die innere Sprengkraft nicht aus. Er hat seine Einheit bis zum Ende des Kaiserreichs nicht mehr wiedergefunden.

Aber vorübergehend kam es doch wieder zu einer gewissen Versöhnung zwischen Bismarck und der liberalen Bewegung. Die Nationalliberale Partei betrachtete sich geradezu als „Reichsgründungspartei“. Sie bewunderte Bismarck wegen seiner außenpolitischen Triumphe und nahm ihre eigene Demütigung hin. Immer wieder hoffte sie auf einen weiteren Ausbau der Verfassung in ihrem Sinne. Bismarck hatte den Liberalen vor dem Krieg versprochen: „Wenn wir gesiegt haben, sollen Sie Verfassung genug haben.“¹³ Eine Versöhnung bürgerlicher Freiheit mit einer machtvollen Politik schien möglich. Überall wurden „Nationalvereine“ gegründet. In der „Denkmals- und Symbolpolitik“ gingen die Initiativen zunächst ganz vom stadtbürgerlichen Engagement aus. Aber mit der „Nationalisierung der Armee“ kam ein „Wechselprozeß“ in Gang, der auch zur „Militarisierung der Nation“ führte.¹⁴

Immer wieder wurden aber Illusionen einer allmählichen Weiterentwicklung der Verfassung genährt durch eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Reichs, die liberalen Forderungen weitgehend entsprachen. Dazu kam, daß im Reichstag eine umfangreiche modernisierende Gesetzgebungsarbeit aus dem Geist einer noch immer liberal orientierten höheren Ministerialbürokratie geleistet wurde.

Hans-Ulrich Wehler bescheinigt den Nationalliberalen, daß sie in der Zeit von 1867 bis 1878 „eine imponierende Reformpolitik im Reichstag verwirklicht“ haben, wenn ihnen auch das parlamentarische Regierungssystem „vorerst verwehrt“ geblieben sei.¹⁵ Im ersten Jahrfünft betrieben und erreichten namentlich

¹¹ Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, a.a.O. (Anm. 4), S. 104.

¹² Vgl. Konrad Canis, *Bismarcks Außenpolitik 1870–1890. Aufstieg und Gefährdung*, Paderborn 2004, S. 43.

¹³ Gall, *Bismarck. Der weiße Revolutionär*, a.a.O. (Anm. 9), S. 376.

¹⁴ Elisabeth Fehrenbach, *Bismarck und die politische Kultur im Kaiserreich*, in: Lothar Gall (Hg.), *Otto von Bismarck und die Parteien*, Paderborn, München 2001, S. 1–16 (6). Über die gesellschaftlichen Initiativen, die zum Bau des Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, des Niederwald-Denkmal am Rhein und des Hermann-Denkmal im Teutoburger Wald führten, vgl. Fehrenbach, ebd., S. 6f.

¹⁵ Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1815–1914*, Bd. 3, München 1995, S. 866f.

die Nationalliberalen eine Fülle von Gesetzen zur Konzentration von Aufgaben und Materien auf Reichsebene. Ab August 1867 liefen die meisten Vorbereitungen und Steuerungen über Rudolf v. Delbrück, den Präsidenten des neugegründeten Bundeskanzleramtes, der über eine glänzende Sachkenntnis und Urteilskraft verfügte. Er lenkte die liberale Wirtschaftspolitik, die über das im Februar 1868 neugewählte Zollparlament auch nach Süddeutschland ausgriff, das aber dort noch eine starke Gruppe mit Bedenken gegen einen preußisch dominierten Nationalstaat einschloß.¹⁶ Delbrück sollte ein Gewährsmann unitarischer Bemühungen im Kaiserreich werden, bis zu seinem Abschied aus dem Amt im April 1876, als Bismarck seine folgenreiche wirtschaftspolitische Abkehr vom Liberalismus begann. Beide liberale Parteien – Nationalliberale und Deutscher Fortschritt – agierten noch in den Reichstagswahlen der 1870er Jahre wie die „Doppelspitze der nationalen Bewegung“. Sie schrumpften aber in diesem Jahrzehnt auf ein kleineres Wählerpotential, während zugleich eine Verschiebung zugunsten der Linksliberalen stattfand.¹⁷

Die verbliebenen Angehörigen der Fortschrittspartei hielten noch an ihren Idealen fest. Als Minderheit nahmen sie die Verhältnisse hin und verzichteten auf Mitwirkung. Ob sie damit Gefahr liefen, daß der Kompromiß mit den alten obrigkeitstaatlichen Kräften sich verstetigte und das eigene Wertesystem verschob, mußte sich zeigen.¹⁸

Der Kampf um das Prinzip der politischen Verantwortung der Regierung

Auch ein Verfassungs- und Rechtsstaat braucht politische „Macht“ und „politische Energien“ (S. 518). Aber es war nun ein einseitig militärisches Konzept von „Macht“ entstanden, dem sich weite Kreise des Bürgertums hingaben, während nur noch kleine Gruppen an den alten freiheitlichen Zielen festhielten. War die liberale Bewegung schon durch den Ausgang des Budgetkonflikts innerlich zermürbt, so mußte sie noch einen völligen Mißerfolg bei dem anderen Grundprinzip des modernen Verfassungsstaats hinnehmen: In der Frage der parlamentarischen Verantwortung war Bismarck völlig unnachgiebig.

Bismarck hatte ein System geschaffen, das er als eine Art Föderalismus der Dynastien (S. 158) bezeichnete. Während die Liberalen den Nationalstaat gestärkt sehen wollten,¹⁹ erklärte er es als sein Ziel, im Zeichen von Kaiser und Reich die alten fürstlichen Gewalten mit dem nationalen Gedanken zu verknüpfen. Aber dabei ging es ihm vor allem darum, im Bundesrat und in den sogenannten „verbündeten Regierungen“ ein Gegengewicht zum Parlamentarismus zu perpetuieren und ein parlamentarisch verantwortliches Reichsministerium zu verhindern (S. 357). In den Haushaltsberatungen kam Eduard Lasker immer wieder auf dieses wesentliche Anliegen der Liberalen zurück. Aber bis zum Ende des Kaiserreichs erreichte der Liberalismus auf diesem Gebiet seine Ziele nicht.

Soweit die Beratungen im verfassunggebenden Reichstag des Norddeutschen Bundes Aufschluß gaben, setzte Bismarck in der Ordnung des inneren Machtgefüges den Liberalen von Anfang an hier eine deutliche Grenze. Sie verlangten eine kollegial organisierte Bundesregierung mit eigenständigen und parlamentarisch verantwortlichen Bundesministerien, um die Macht der Exekutive und namentlich den Reichskanzler in Schranken zu halten. Statt dessen stand für den angeblichen Kompromiß am Ende ein nur dem

¹⁶ Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, a.a.O. (Anm. 4), S. 110.

¹⁷ Vgl. Dieter Langewiesche, *Bismarck und die Nationalliberalen*, in: Lothar Gall (Hg.), *Otto von Bismarck und die Parteien*, a.a.O. (Anm. 14), S. 73–89 (78).

¹⁸ Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866*, a.a.O. (Anm. 6), S. 800f.

¹⁹ Canis, *Bismarcks Außenpolitik*, a.a.O. (Anm. 12), S. 54.

Kaiser verantwortlicher Bundeskanzler, der Bismarck hieß. Das war eine „klare Niederlage“ auch für die kooperationsbereiten Nationalliberalen um Bennigsen.²⁰ Bismarck bemühte sich, die Parteien von echter parlamentarischer Mitwirkung auszuschließen oder auf willfährige Rollen im Machtgefüge des preußisch-deutschen Obrigkeitsystems herabzudrücken.

Verbal zeigte sich Bismarck auch in dieser Frage gelegentlich nicht unflexibel. Wenn die oberste Zuständigkeit beim Kanzler bleibe, dann sei das „Institut selbständiger Reichsministerien [...] mit allen konstitutionell möglichen Verantwortungsgrundsätzen vereinbar“.²¹ Aber von einer Verantwortung der Regierung, namentlich des Kanzlers gegenüber dem Parlament, war keine Rede.

Bismarcks Politikwechsel von 1878/79 und sein „Staatssozialismus“

Seit 1879 entzog sich der Reichskanzler einer weiteren, auch nur partiellen Zusammenarbeit mit dem Liberalismus, eine Wendung, die der Öffentlichkeit abrupt erschien und die Nationalliberalen schockierte. Für die jetzt aktuellen Fragestellungen brauchte er die Liberalen nicht mehr.

Bismarcks Absicht eines Kurswechsels verfestigte sich, als beide liberalen Parteien seine Vorlage von 1874 zum Reichspressegesetz mit ihren Eingriffen in die Pressefreiheit grundsätzlich ablehnten.²² Er machte 1877 noch einen Versuch, wenigstens Rudolf v. Bennigsen in die Regierung einzubinden, was aber mißlang. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre ließ Bismarck kaum eine Reichstagsdebatte verstreichen, ohne kritische und abfällige Verdikte gegen die Linksliberalen anzubringen. Er warf ihnen vor, sie trachteten nach einer „Parteiregierung“ (S. 304), und verband das herablassend und höhnend mit der Genugtuung, das sei weder nach der Verfassung noch unter dem Monarchen denkbar. Er zog auch generell über den Status des Parlamentariers her, etwa in der Diätenfrage, um die Geltung des Reichstags als Organ in der Öffentlichkeit atmosphärisch herabzusetzen. Die Reichstagswahlen 1881 hatten Bismarck und seiner Politik eine schwere Niederlage gebracht. Er sah sich umsomehr getroffen, als er stärker als üblich den Regierungsapparat genutzt hatte, um sie zu beeinflussen.²³ So mißlang sein Versuch, die Wiederwahl des freisinnigen Heinrich Rickert von der „Sezession“ in Danzig zu verhindern. In Berlin gewannen durchweg die Kandidaten der Fortschrittspartei. Gegen deren Fraktion sei er, betonte Bismarck Mitte 1882 im Reichstag, „so stetig wie eine Magnetnadel immer gewesen“. Er hielt sie für eine „Gefahr“, in ihrem Herzen sei sie unterschwellig „republikanisch“.²⁴

Vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wandte sich Bismarck von liberalen Ideen ab, denen er früher nicht ablehnend gegenübergestanden hatte. Die wirtschaftlichen Verhältnisse hatten sich inzwischen dramatisch verändert.

Schon 1873 war eine ökonomische Depression eingetreten, der eine Agrarkrise folgte.²⁵ Die Verbände fragten bei Bismarck direkt nach Schutz an vor ausländischer Konkurrenz und verlangten die Bewahrung der Außenzölle sowie die Einführung von Schutzzöllen. Bereits Ende 1873 meldete sich der „Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“, im Februar 1876 rührte sich für den gesamten industriell-gewerblichen Bereich der „Centralverband deutscher Industrieller“.

²⁰ Vgl. Gall, *Bismarck. Der weiße Revolutionär*, a.a.O. (Anm. 9), S. 387.

²¹ Wolfgang J. Mommsen, *Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890*, Berlin 1993, S. 348.

²² Ebd., S. 539.

²³ Vgl. Ernst Engelberg, *Bismarck*, Bd. 2: *Das Reich in der Mitte Europas*, Berlin 1990, S. 333.

²⁴ *Fürst Bismarcks gesammelte Reden*, Bd. 3, Berlin, o.D. (14.6.1882), S. 137.

²⁵ Vgl. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, a.a.O. (Anm. 15), S. 872.

Es entstand der erste große schutzzöllnerische Verband.²⁶ Während sich Rudolf v. Delbrück abweisend verhielt, machte Bismarck im November 1875 im Reichstag Andeutungen über eine Zollreform im Rahmen einer Steuerreform,²⁷ um den Schutzzoll-Interessen entgegenzukommen. Sie gingen weit über die „Erziehungszölle“ Friedrich Lists aus der Zeit der Gründung des Zollvereins hinaus und orientierten sich z.T. an Vorstellungen nationaler Wirtschaftsautarkie oder an neuartigen wirtschaftsimperialistischen Leitbildern.

Bismarck bereitete koalitionspolitisch eine Wende vor, nahm Einfluß auf die Entstehung des Programms der im Juli 1876 neugegründeten „Deutsch-Konservativen Partei“ und begann, den Kulturkampf zu beenden, seinen ersten „innenpolitischen Präventivkrieg“,²⁸ für den er noch die Unterstützung liberaler Kräfte gefunden hatte. Nach dem Amtsantritt von Leo XIII. (1878), der sich deutlich gegen Liberalismus und Sozialdemokratie ausgesprochen hatte, warb er nun um die Gunst der Zentrumsfraktion. In einer zentralistischen Reichsfinanzreform gestand er den Bundesstaaten Vorteile zu, wobei die „Franckensteinsche Klausel“ nach dem Fraktionschef des Zentrums benannt wurde.

Hatte der Kanzler dem Freihandelsliberalismus abgesagt und mit dem Wechsel zur Schutzzollpolitik eine politische Kräftekonstellation ins Auge gefaßt, die ihm im Reichstag willfähriger sekundieren sollte, so standen allerdings nicht nur wirtschaftspolitische, sondern auch verfassungspolitische Motive dahinter. Es ging ihm auch darum, eine weitere Parlamentarisierung zu verhindern, wie sie die liberalen Kräfte wünschten.

Die Liberalen bezeugten Bismarck immer noch und weiterhin Respekt für seine glückliche Hand in der auswärtigen Politik. Das Reich galt als „saturiert“. Bismarck moderierte eine Gleichgewichtspolitik, die ohne Risiken zu sein schien, jedenfalls die Krisen beherrschte. Aber Bismarcks Politikwechsel erschütterte die loyale Grundbeziehung der Nationalliberalen Partei zum Kanzler, die jahrelang bestanden hatte. Die Fraktion der Nationalliberalen verlor im Juli 1879 die Abgeordneten, die für Bismarcks neues Zolltarifgesetz gestimmt hatten. Am 28. August 1880 kam es – parlamentarisch ausgelöst durch das Militärgesetz über einen siebenjährigen Heeresetat – zur „Sezession“ des linken Flügels der Nationalliberalen um Ludwig Bamberger, Eduard Lasker, Franz v. Stauffenberg, Max v. Forckenbeck, Theodor Barth und Karl Schrader. Sie bildeten die „Liberale Vereinigung“.²⁹

Sie vermehrte 1881 ihre Wähler von rund 385.000 auf 649.000 und erreichte 47 Mandate. Heinrich Rickert und Albert Hänel verhandelten über eine Fusion der Sezessionisten mit der Fortschrittspartei, die 1884 unter dem Namen der Deutsch-Freisinnigen Partei zustande kam. Bei den Reichstagswahlen 1884 erlitt sie den herben Verlust von 32 Mandaten und brachte es nur auf 67. Als einzige Partei hatte sie hohe Stimmenverluste – 100.000 –, obwohl die Wahlbeteiligung um 11 % angestiegen war. Die Sozialdemo-

²⁶ Vgl. Christian Jansen, *Bismarck und die Linksliberalen*, in: Lothar Gall (Hg.), *Otto von Bismarck und die Parteien*, a.a.O. (Anm. 14), S. 91–110 (96).

²⁷ Vgl. Gall, *Bismarck. Der weiße Revolutionär*, a.a.O. (Anm. 9), S. 540–544.

²⁸ Vgl. Rudolf Morsey, *Bismarck und das Zentrum*, in: Lothar Gall (Hg.), *Bismarck und die Parteien*, a.a.O. (Anm. 14), S. 43–72 (61).

²⁹ Vgl. Lothar Albertin, *Liberaler Revisionismus: Theodor Barth und Hugo Preuß*, in: Detlef Lehnert und Christoph Müller (Hg.), *Vom Untertanenverband zur Bürgergenossenschaft*. Symposium zum 75. Todestag von Hugo Preuß am 9. Oktober 2000, Baden-Baden 2003, S. 59–96 (61).

kratie hatte mehr als 230.000 neue Wähler gewonnen, insgesamt 550.000. Das bedeutete jede zehnte Wählerstimme und die doppelte Mandatszahl von 24.

Neben dem Freisinn sah Bismarck für seine Konstruktion der Reichsverfassung die größte Gefahr in der Sozialdemokratie. Er bekämpfte sie mit allen Mitteln: mit direkter Unterdrückung, vor allem mit dem Versuch, durch sozialpolitische Maßnahmen die Arbeiter ihrer Parteiorganisation zu entziehen. 1878/79 eröffnete er die Politik der Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie. Das war ein Bruch mit liberalen Prinzipien und neben der wirtschaftspolitischen Kurswende sein anderes Signal der Umorientierung. Er nutzte dazu die beiden Attentate gegen den Kaiser am 11. Mai und am 2. Juni 1878, von denen das letztere den Monarchen schwer verletzte.

Damit brachte er die Liberalen in Verlegenheit. In einer solchen Diskriminierung der Sozialdemokratie hatte Eugen Richter für die Freisinnigen 1878 noch einen „Bankrott der bürgerlichen Gesellschaft“ gesehen,³⁰ während die Nationalliberalen nach verlustreichen Reichstagswahlen ihren anfänglichen Widerstand gegen das Sozialistengesetz aufgeben hatten und später seiner Verlängerung zustimmten. Sogar die Linksliberalen lehnten diese Maßnahmen nicht geschlossen ab, sondern ließen Abstimmungen mit gespaltenem Votum zu, um die Verlängerung nicht scheitern zu lassen, weil sie den prekär gewordenen Zusammenhalt nicht gefährden wollten. Sie büßten wegen dieser Prinzipienlosigkeit beträchtlich an Ansehen ein.³¹

Auch die neuen sozialpolitischen Maßnahmen Bismarcks bereiteten den Liberalen Schwierigkeiten. Sie waren Gegner des „Staatssozialismus“. Für den Freisinn hatte Ludwig Bamberger die Grundorientierung vorgegeben. Die Partei sperrte sich gegenüber den Gesetzen, mit denen Bismarck versuchte, die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie abzuwerben. Dazu gehörten die Krankenversicherung von 1883 und die Unfallversicherung von 1884, der die Alters- und Invalidenversicherung von 1889 folgen sollten. Bamberger prangerte das neue Bündnis Bismarcks mit dem Zentrum als eine „clerikal-aristokratisch-socialistische Allianz“ an.³² Die Liberalen lehnten den Interventionsstaat ab und empfahlen – auch der Arbeiterschaft – individuelle und kollektive Selbstverantwortung und Selbsthilfe. Die Nationalliberalen hatten ebenfalls Vorbehalte gegen Bismarcks neue Sozialpolitik. Es gefiel ihnen allerdings, daß die Arbeiter in der Sozialversicherung eigene Beiträge entrichten sollten und Beteiligungsschlüssel auch für Unfallversicherung und Krankenversicherung vorgesehen waren. Das waren immerhin Einschränkungen des „Staatssozialismus“. Nur in der Alters- und Invaliditätsversicherung konnte Bismarck einen staatlichen Zuschuß durchsetzen.³³

Aber die Fronten begannen zu wanken. Unter der Führung von Johannes v. Miquel gingen die Nationalliberalen wieder auf Bismarck zu, mit der Absicht einer sozialen Be-

³⁰ Zit. bei Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, a.a.O. (Anm. 4), S. 191.

³¹ Noch unter Bismarck mißlang es, das Sozialistengesetz erneut zu verlängern. Es lief, wie im Gesetz vorgesehen, Ende September 1890 aus.

³² Zit. bei Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, a.a.O. (Anm. 4), S. 196, der auch die verwirrenden Verschiebungen der Programmatik zwischen National- und Linksliberalen darstellt.

³³ Ebd., S. 198.

friedung. Sie öffneten sich den neuen sozialpolitischen Ideen und schienen manchen berechenbarer als die Linksliberalen, wenn es darum ging, Interessen der Arbeiterschaft zu wahren. Sogar die Sozialdemokratie plädierte nach ihrem großen Wahlerfolg 1884 – ungeachtet ihrer marxistischen Hoffnungen auf eine andere Gesellschaft – nun stärker für Ziele in der näheren Gegenwart; sie verlangte nun einen Gesetzentwurf zum Arbeiterschutz mit zehnstündigem Normalarbeitstag, mit dem Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit sowie der Frauenarbeit im Hochbau und unter Tage.³⁴

Neben der direkten Unterdrückung der Sozialdemokratie und neben dem Versuch, ihr durch sozialpolitische Maßnahmen den Wind aus den Segeln zu nehmen, hatte das kühnste Manöver Bismarcks darin bestanden, bei den Wahlen zum Reichstag einer Hauptforderung der Sozialdemokratie scheinbar entgegenzukommen. Bereits Anfang April 1866 hatte er einen Antrag zur Reform des Deutschen Bundes eingebracht, der aus allgemeinen und *gleichen* Wahlen gebildet werden sollte. Damit frappte er Konservative wie Liberale und Sozialdemokraten. Unter anderem spekulierte er wohl auf die Unentschiedenheit der liberalen Gruppierungen, die einen Brückenbau zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung erschweren konnte.

Diese Abkehr vom preußischen Dreiklassenwahlrecht – wohlgemerkt: nur für den Norddeutschen Bund und später den Reichstag, nicht für Preußen – war wohl eine Frucht der Gespräche Bismarcks mit Lassalle. Der Vorschlag verwirrte die Liberalen vor allem deshalb, weil sie auf einer abstrakten Ebene zwar Anhänger der Wahlrechtsgleichheit waren, das preußische Dreiklassenwahlrecht sie aber gegen die Arbeiterschaft abschirmte und ihnen ihre Mandate gewährleistete. Die demokratisch gesinnten süddeutschen Liberalen begrüßten die neuen Ideen des gleichen Wahlrechts, während die preußischen Liberalen – auch Rudolf v. Gneist – das Klassenwahlrecht beibehalten wollten. Hugo Preuß gehörte zu den „entschiedenen“ Liberalen, die das neue Reichstagswahlrecht als Hebel für die Überwindung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen nutzen wollten (S. 685). Aber es gelang nicht einmal, alle liberalen Gruppen auf dieses Ziel festzulegen.

Eine besonders hinterhältige Form des Kampfes gegen die Sozialdemokratie bestand darin, die antisemitische Agitation zu schüren, bei der der Hofprediger Adolf Stoecker sich auf peinliche Weise hervortat. Die Konservativen ließen sich auf die Antisemitismusbewegung ein. Auch Bismarck hatte in seinem Kampf gegen die Sozialdemokratie mit vorsichtiger List den Sieg Stoeckers gewünscht, obwohl er dessen Agitation eigentlich verachtete. Aber diese Formen der antisemitischen Hetze bekamen weder den Konservativen, noch Stoecker,³⁵ noch Bismarck.

Gegenüber diesen vielfältigen taktischen Manövern Bismarcks befand sich der Liberalismus in einem Zustand völliger „Zerfahrenheit“ (S. 278). Die Nationalliberale Partei

³⁴ Vgl. Engelberg, *Bismarck*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 23), S. 413.

³⁵ Stoecker unterlag in Berlin gegen den Freisinnigen Rudolf Virchow, wenn es ihm auch gelang, sich ein Reichstagsmandat in Siegen zu holen. vgl. Engelberg, *Bismarck*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 23), S. 335.

– als Partei der Reichsgründung – war bereit, ihre Hoffnungen auf einen Ausbau des Verfassungssystems zu verschieben. Sie blieb aber argwöhnisch. Denn Bismarck machte immer wieder Anstalten, die Zuständigkeiten des Reichstags einzuschränken. Ihr Vorsitzender Rudolf v. Bennigsen hatte zuletzt in seiner großen Reichstagsrede im Juni 1882 den Kanzler historisch gewürdigt und zugleich gemahnt, die „Verbindung des monarchischen Gedankens mit parlamentarischen Institutionen“ auf der Grundlage der Reichsverfassung zu respektieren:

„Brechen Sie einen Teil dieser Elemente, die so kunstvoll und sorgsam zusammengefügt sind, heraus, dann eröffnen Sie die Bahn für Umwälzungen aller Art.“³⁶

1883 legte er seine Mandate im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus nieder, weil neben der inkommensurablen Größe Bismarcks „alle, die nicht seine Gegner sein wollten, notwendig politische Nullen neben der einen Zahl werden“.³⁷

Hugo Preuß im prägenden Umfeld: Liberalismus im Umbruch

Unter den Rahmenbedingungen des Politikwechsels von Bismarck, die der liberalen Bewegung abträglich waren, nahm der junge Hugo Preuß seinen Kampf um eine Erneuerung des Liberalismus auf. Er stand den Reichstagsabgeordneten persönlich nahe, die sich von den Nationalliberalen getrennt und die „Liberale Vereinigung“ gegründet hatten; dazu gehörten hervorragende Parlamentarier wie Max v. Forckenbeck, Franz v. Stauffenberg und Theodor Barth. Besonders Bamberger und Barth setzten unentwegt mit scharfgeschliffener Interpretation die Kritik am „System Bismarck“ fort.

Theodor Barth (1849–1909) war nach dem Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft, juristischer Promotion und Staatsprüfung, nach Tätigkeit als Anwalt, dann als Amtsassessor in Bremerhaven, 1876 zum Syndikus der Handelskammer in Bremen gewählt worden. Er gehörte dort zum mitgliederstarken nationalliberalen Reichsverein, der ihm in die „Sezession“ folgte. Als Syndikus vertrat er dort die Seestädte Bremen, Hamburg und Lübeck in der Zolltarifkommission des Bundesrats gegen das von Bismarck geplante Tabakmonopol. Er stritt auch öffentlich gegen dessen Wende in der Handelspolitik. 1881 für Gotha in den Reichstag gewählt, trug er als Berichterstatter der Reichstagskommission zur Ablehnung der Tabakmonopolvorlage bei.

Bismarck war kein toleranter Verlierer. Er setzte die Stadt Bremen unter Druck, die Nachteile fürchtete, so daß der Bremer Bürgermeister Otto Gildemeister, der Freund Theodor Barths, ihm nahelegte, ein „patriotisches Opfer“ zu bringen, seine berufliche Position oder das parlamentarische Mandat preiszugeben. Barth kündigte in Bremen, um weiteren Gesinnungskonflikten vorzubeugen, nahm hohe Einkommensverluste in Kauf, entschied sich für die Politik als Beruf und zog 1883 mit der Familie nach Berlin um. – Sie fand Unterkunft im Hause, das Georg v. Siemens in der Tiergartenstraße gekauft hatte. Mit Heinrich Rickert und Friedrich Kapp wohnten hier nunmehr vier freisinnige Reichstagsabgeordnete in

³⁶ Zitiert bei Hermann v. Oncken, *Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker*, Bd. 2: 1867–1902, Stuttgart und Leipzig 1902, S. 487, vgl. S. 512. Oncken nennt diesen persönlichen Teil der Rede aus finanzpolitischem Anlaß „die objektivste und eigenartigste Würdigung, die Bismarck jemals im deutschen Reichstage gefunden hat“, S. 484.

³⁷ Oncken, *Rudolf von Bennigsen*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 36), S. 503. Vgl. dazu die Erinnerung eines zeitgenössischen Weggefährten, des badischen Ministers Freiherr v. Roggenbach.

diesem „Sezessionistenhaus“. Hier entfaltete Barth einen gastlichen Kommunikationsstil, der politische Freunde lockte, wie Ludwig Bamberger, Franz v. Stauffenberg, den Führer des bayerischen Fortschritts, Theodor Mommsen, Karl Schrader, auswärtige und ausländische Gäste, wie Otto Gildemeister oder Karl Schurz und – unter anderen Gelehrten, Schriftstellern und führenden Journalisten – James Bryce, den Oxforder Rechtswissenschaftler, ab 1880 liberales Unterhausmitglied, später Handelsminister und Botschafter in Washington. Barth hat in vier längeren Reisen die USA, zuletzt auch Kanada besucht. Die Harvard Universität sollte ihm 1907 die Ehrendoktorwürde verleihen und ihn als Vertreter des deutschen demokratischen Idealismus loben. Er war mehrmals in England, zuletzt mit einer Journalistengruppe. Er beherrschte Englisch, Französisch und Italienisch und war ein glänzender Rhetoriker. Preuß bedauerte am Beispiel seines Freundes Barth, daß dieser sich in Aufgaben des parteiorganisatorischen Alltags aufreiben mußte, statt seine Kraft für strategische Fragen einsetzen zu können.

In Berlin machte Barth frühere Absichten wahr: Die erste Nummer der Wochenschrift *Die Nation* erschien am 6. Oktober 1883. Sie sollte ein Organ sein, das den „Staats-Sozialismus“ Bismarcks und die agrarisch-konservativen Herrschaftsverhältnisse bekämpfte. Sie berief sich auf freisinnige Grundsätze und vertrat den „Individualismus auf allen Gebieten des staatlichen Lebens“. Sie verfolgte die Wandlungen des politischen Kräftefeldes und wurde geradezu ein Kompendium anspruchsvoller Beiträge zur Fortschreibung liberaler Ideen. Darstellungen ausländischer Entwicklungen und Modelle – mit Merkmalen der deutschen Rezeption aus komparatistischer Intention – dienten oft der kritischen Kennzeichnung preußisch-deutscher Machtstrukturen. Die begleitende Beobachtung und pointierte Beurteilung politischer Vorgänge verlieh der Zeitschrift eine spritzige Aktualität. Geschätzt waren darüber hinaus die Rezensionen – manche in politischer Absicht – von aktuellen Publikationen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und schöngeistiger Literatur. Bereits der erste Jahrgang versammelte unter den Autoren hochangesehene und geistvolle Parlamentarier: Ludwig Bamberger, Georg v. Bunsen, Alexander Meyer, Friedrich Kapp, Theodor Mommsen, Rudolf Virchow. Schon im zweiten Jahrgang war aus dem engsten Freundeskreis der frisch promovierte Hugo Preuß dabei. Die Wochenschrift bot ihm ein vortreffliches Forum, eine gleichgesinnte oder kritisch interessierte Öffentlichkeit zu erreichen. Sie kam zwar über 3.000 Abonnenten nicht hinaus und blieb – bis zu ihrem Ende im März 1907 – subventionsbedürftig. Sie erreichte aber die Aufmerksamkeit der weiteren Presse und das Lob renommierter Zeitgenossen im In- und Ausland. Mit der *Nation* wurde Barth der „eigentliche publizistische Wortführer des Liberalismus“. Sie sei, erinnerte sich später Moritz Julius Bonn, „Deutschlands bedeutendste Wochenschrift“ gewesen.³⁸

Ihre Reputation haben im Laufe der Jahre nicht zuletzt die zahlreichen Beiträge von Hugo Preuß vermehrt. Querverbindungen des engeren Träger- und Autorenkreises verstärkten die Verbreitung. Trotz ursprünglich starker Distanz von Theodor Barth und Hugo Preuß zur Sozialdemokratie erkannten beide, daß der revisionistische Flügel der sozialdemokratischen Partei in vielen Fragen das Erbe der liberalen Bewegung angetreten hatte. Die Schwäche des Liberalismus ließ sich deshalb nur überwinden, wenn diese beiden Strömungen zusammengeführt wurden.

³⁸ Moritz Julius Bonn, *So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens*, München 1953, S. 50.

Eine Prämisse ihrer veränderten Sicht der Probleme bestand darin, daß sich ursprüngliche Manchesterliberale der interventionistischen, staatlichen Sozialpolitik Bismarcks öffneten, die Ludwig Bamberger und Eugen Richter noch 1884 heftig bekämpft hatten.³⁹ Aber das ließ sich langfristig nicht durchhalten. Schon die Deutsche Volkspartei hatte dem Krankenversicherungsgesetz zugestimmt. In ihr konnte dann eine linke Gruppe um die *Frankfurter Zeitung* erreichen, daß das neue Parteiprogramm vom 21. September 1895 begann, die staatliche Sozialversicherung zu akzeptieren und den Ausbau der Arbeiterschutzmaßnahmen sowie eine kommunale Arbeitslosenversicherung zu verlangen,⁴⁰ eine Auffassung, die in den neunziger Jahren nicht mehr isoliert blieb und 1910 in die Fusion zur Fortschrittlichen Volkspartei eingehen sollte.⁴¹

Erneuerungswillige Linksliberale befürworteten die Öffnung zur Sozialdemokratie. Die Akteure dieses Prozesses lehnten das Sozialistengesetz Bismarcks ab, das ihren freiheitlichen Grundsätzen widersprach. Sie hatten selber einen Teil ihrer eigenen Anhänger an die Sozialdemokratie verloren. Nun sahen sie in den anschwellenden Wählergewinnen der Sozialdemokratie die Kraft, mit der sie gemeinsam die Parlamentarisierung der konstitutionellen Monarchie vorantreiben konnten. Auch beobachteten sie, daß der sozialdemokratische Revisionismus ein hohes Niveau der programmatischen Auflockerung erreicht hatte und auch von dort aus Bündnisfähigkeit signalisiert und Brücken zu den Linksliberalen gespannt wurden. Die Sozialdemokratie – selbst im Wandel begriffen – nahm die liberale Kritik an der staatlichen Repression früh wahr. So hatte Theodor Barth im April 1886 die „Grenzen staatlicher Gewalt“ angemahnt:

„Physische Gewalt mag man wirksam mit physischer Gewalt bekämpfen, aber Lehren und Ideen überwindet man nur im geistigen Kampfe, nicht dadurch, daß man den Pallasch schlägt und den Gegner Hochverräter nennt.“⁴²

Im selben Jahr schrieb *Die Nation*, das Sozialistengesetz erweise sich immer mehr als eine „nationale Plage“. Sie berichtete von einer Versammlung des Berliner akademisch-liberalen Vereins, die polizeilich aufgelöst worden war, lediglich deshalb, weil nach einem Vortrag Barths einem Sozialdemokraten der „gemäßigten Richtung“ das Wort gegeben wurde.⁴³

Aus seiner Kritik am Sozialistengesetz machte auch Hugo Preuß keinen Hehl. Nach seinem Besuch der sozialdemokratischen Genossenschaftsdruckerei und „Volksbuchhandlung“ in Hottingen-Zürich im Jahre 1887 verspottete er in einer amüsanten Schilderung den mißtrauischen Übereifer der Überwachungsbehörden in Deutschland, die wie unter Verschwörungängsten vorgingen. Er stellte ihn dem offenen Umgang gegenüber, mit dem dort die harmlose publizistische Produktion toleriert wurde (S. 118ff.).

³⁹ Zit. bei Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, a.a.O. (Anm. 4), S. 196.

⁴⁰ Ebd., S. 196.

⁴¹ Vgl. Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, a.a.O. (Anm. 4), S. 196.

⁴² Theodor Barth, *Die Grenzen staatlicher Gewalt*, in: *Die Nation*, 3. Jg. (1885/86), Nr. 27 (3.4.1886), S. 395.

⁴³ *Politische Wochenübersicht*, in: *Die Nation*, 3. Jg. (1885/86), Nr. 44 (31.7.1886), S. 637f.

Nach den Reichstagswahlen 1893 gestand *Die Nation* ein: „In der Vorstellung der Massen ist das Programm des entschiedenen Liberalismus zusammengeschrumpft.“⁴⁴ Das Volk erwarte „positive Gegenvorschläge“, schrieb Barth in derselben Ausgabe. Statt der unverbindlichen „Behandlung der sozial-reformerischen Ideen“ kündigte er nun an, konkrete sozialpolitische Fragen in ein freisinniges Programm aufzunehmen: Verkürzung der Arbeitszeit – „eine der wichtigsten Kulturfragen“ –, Ermäßigung der Eisenbahntarife, Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, die „sogenannte Frauenfrage“, Vervollkommnung des Unterrichts, ferner Verbesserungen in den Beziehungen zwischen Schule, Kirche, Staat und Gemeinde.⁴⁵ Auf dem konstituierenden Parteitag der Freisinnigen Vereinigung im Dezember 1893 befürworteten vor allem Georg Gothein und Hugo Preuß sozialpolitische Initiativen. In der Reichstagsfraktion sorgte Ende der neunziger Jahre der Großindustrielle und Sozialreformer Richard Roesicke für weitere Anstöße.

Neben Bamberger und Barth hatte auch Preuß die marxistisch-orthodoxe Haltung der Sozialdemokratie scharf kritisiert. Sie tausche – „Phrase gegen Phrase“ – die Idee des dritten Standes gegen die vermeintlich „erlösende“ Idee des vierten Standes aus (S. 179f.). In seiner historisch weit ausholenden Abrechnung mit dem ostelbischen Junkertum widersprach Preuß indessen 1899 dem – wie er sagte – noch heute mächtigen „Wahn“, „daß die Sozialdemokratie eigentlich außerhalb des gemeingültigen politischen Parteienverkehrs stehe“ (S. 298).

Am 14. März 1899 starb Ludwig Bamberger. Wegen seiner beruflichen Verdienste bei der Gründung der Reichsbank und seines gefährlichen politischen Lebens als liberaler Bekenner genöß er ein hohes Ansehen. Er kannte Bismarck aus langjähriger Zusammenarbeit und war inzwischen zu seinem überzeugten Gegner geworden. Hugo Preuß verehrte ihn. Theodor Barth hielt die Totenrede. Ernst Feder, der Herausgeber von Bambergers Tagebüchern, schrieb später, Barth habe Bamberger für die politische Überzeugung gewonnen, „daß der Liberalismus nur im Bund mit den in der Sozialdemokratie zusammengeschlossenen Arbeitermassen den Kampf gegen Reaktion und Absolutismus gewinnen kann“.⁴⁶

In der Studie von 1903 *Sozialismus und Konstitutionalismus* bemerkt Preuß schließlich, „daß gerade diejenige Partei im praktisch politischen Leben den Liberalismus beerbt, die auf dem Felde der politischen Theorie die Erbschaft des Liberalismus angetreten“ habe. Ihn beeindruckten die Bernstein-Debatte in der Sozialdemokratie und ihre „literarischen Erfolge“. Die sogenannten Kreise von Besitz und Bildung hätten „jede Schätzung für die Macht geistiger Faktoren im sozialen Leben eingebüßt“ (S. 323). Selten beklagt Hugo Preuß so deutlich wie mit diesem Vergleich die Theoriearmut im liberalen Bürgertum.

⁴⁴ *Politische Wochenübersicht*, in: *Die Nation*, 10. Jg. (1892/93), Nr. 43 (22.7.1893), S. 644.

⁴⁵ Theodor Barth, *Ende und Anfang*, in: *Die Nation*, 10. Jg. (1892/93), Nr. 43 (22.7.1893), S. 647f.

⁴⁶ *Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers*, eingeleitet und herausgegeben von Ernst Feder, Frankfurt 1932, S. 38.

Seit die Sozialdemokratie im Reichstag Mandate gewann, bekam für sie – nach der Einschätzung von Preuß – auch „die Frage nach der Stellung des Parlaments zu den andern verfassungsmäßigen Faktoren der staatlichen Organisationen“ mehr Gewicht. Dem entsprach, daß er sie „als große politische Partei der Gegenwart“ in der „praktischen Tagespolitik“ auf ähnlichem Wege sah wie den „entschiedenen Liberalismus, der den Ausbau des Verfassungs- und Rechtsstaats in Deutschland anstrebt“ (S. 325). Daß sich nun auch sozialistische Theoretiker, wenn auch im Blick auf ihre Vorstellungen einer kollektivistischen Wirtschaftsordnung, mit der lange vernachlässigten Verfassungspolitik befaßten, erfüllte ihn mit fachlicher Genugtuung.

Eduard David, einer der führenden sozialdemokratischen Revisionisten, hat sich später scharf gegen den „Unverstand der Majorität des Nordens“ gewandt. Er hat auch, im September 1900, für die „Neutralisierung der Gewerkschaften“ plädiert, damit sozialdemokratische, freisinnige, evangelische und katholische Arbeiter zusammenarbeiten könnten.⁴⁷ Er warb im März 1908 für einen gemeinsamen Kampf von Sozialdemokratie und Linksliberalismus zur Änderung des preußischen Wahlrechts, – „eine nächste aller- notwendigste historische Aufgabe“.⁴⁸ Im folgenden Monat konstatierte Eduard Bernstein, wie Detlef Lehnert hervorgehoben hat, in einer Zuschrift an das *Berliner Tageblatt*, nach seiner Überzeugung sei die politische Verständigung der Sozialdemokratie am ehesten mit der von Barth repräsentierten liberaldemokratischen Parteirichtung zu erwarten.⁴⁹

Zweifellos hat auch Friedrich Naumann die Möglichkeit der Annäherung beflügelt. Er schloß sich mit den Nationalsozialen – nach ihrer Niederlage bei den Reichstagswahlen 1903 – der Freisinnigen Vereinigung an. Thomas Nipperdey schreibt ihm zu, die Verbindung Liberalismus und Sozialreform neu begründet zu haben.⁵⁰ Naumann belebte oder verstärkte durch seine Ideen und Visionen eine Diskussion, die den Arbeiter in seinen beruflichen und gesellschaftlichen Bezügen in den Mittelpunkt rückte. Hellmut v. Gerlach, der vom Nationalsozialen zum engsten Mitarbeiter Theodor Barths werden sollte, hielt die Verschmelzung 1906 für voll geglückt.⁵¹ Sie zahlte sich bei den folgenden Reichstagswahlen aus. Friedrich Naumann beabsichtigte mit seinem Wechsel zur Freisinnigen Vereinigung, „den Linksliberalismus durch eine Öffnung zur taktischen Kooperation mit der Sozialdemokratie politisch zu regenerieren“.⁵² Er stritt für eine zwischenparteiliche Fusion im engen Bündnis mit Theodor Barth. Aber es gab auch Linksliberale, die Widerspruch anmeldeten. Noch schärfer wurden die Konflikte in den Forderungen zur preußischen Wahlreform. Die entscheidende Zusammenführung fusionswilliger Kräfte schaffte der Landtagsabgeordnete Rudolf Oeser aus der Gruppe um die *Frankfurter Zeitung*, mit dem Naumann schon im Som-

⁴⁷ Susanne Miller/Erich Matthias, *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David. 1914–1918*, Düsseldorf 1966, S. XV.

⁴⁸ Ebd., S. XXIV.

⁴⁹ Detlef Lehnert, *Kommunale Institutionen zwischen Honoratiorenverwaltung und Massendemokratie. Partizipationschancen, Autonomieprobleme und Stadtinterventionismus in Berlin, London, Paris und Wien*, Baden-Baden 1993/94, S. 249.

⁵⁰ Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2: *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1992, S. 531.

⁵¹ Konstanze Wegner, *Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung. Studien zur Geschichte des Linksliberalismus im Wilhelminischen Deutschland (1893–1910)*, Tübingen 1968, S. 94.

⁵² Peter Theiner, *Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland. 1860–1919*, Baden-Baden 1983, S. 143.

mer 1903 das Projekt erörtert hatte.⁵³ Es folgten Treffen in Frankfurt und Entwürfe für ein linksliberales Mindestprogramm durch Naumann und Müller-Meinigen im Jahre 1904, das Anfang Januar 1905 verabschiedet wurde. Der Delegiertentag der Freisinnigen Volkspartei äußerte sich geradezu schockiert über die Beteiligung Naumanns und Barths an den Einigungsgesprächen und verlangte deren Ausschluß. Naumann dachte strategisch und handelte flexibel. Der weitere Weg zur Fortschrittlichen Volkspartei wurde zunächst in der Freisinnigen Vereinigung geebnet. Stärkster Konfliktpunkt, der die Annäherung an die Sozialdemokratie, vor allem in Preußen behinderte, war das Dreiklassenwahlrecht. Stärker in Nord- als in Süddeutschland lehnten viele Liberale die Wahlrechtsgleichheit ab, wie sie die Sozialdemokraten – als klassisches liberales Postulat – vertraten.

Hugo Preuß beklagte in diesen Jahren immer wieder die mangelnde Politikfähigkeit und die eklatante Perspektivlosigkeit der linksliberalen Führungen, die politische Lethargie und die Unfähigkeit, entscheidungsfähige Repräsentanten zu rekrutieren. Es kann unterstellt werden, daß Naumann und Barth mit ihren Forderungen nach organisatorischer Regeneration der Linksliberalen ihm aus dem Herzen sprachen.

Am engsten und nachhaltigsten war der Schulterschuß von Hugo Preuß mit der Sozialdemokratie in der Berliner Selbstverwaltung. Mit 35 Jahren 1895 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, war er damals ihr jüngstes Mitglied. In der ersten Klasse des Wahlbezirks „Südlicher Tiergarten“ aufgestellt, in dem er als Hausbesitzer wohnte, übte er sein Mandat ohne Rücksicht auf seinen sozialen Status und auf seine Wähler aus. Zunächst gehörte er der „Neuen Fraktion der Linken“ an. Sie unterschied sich von anderen freisinnigen Fraktionen durch ihr Verständnis liberaler Sozialpolitik und zählte zu ihren Mitgliedern einige Befürworter „municipal-sozialistischer“ Forderungen. Mit dem Jahre 1904 konstituierten sich sieben ihrer Stadtverordneten – unter ihnen Theodor Barth und Hugo Preuß – in einer eigenen „Sozialfortschrittlichen Fraktion“, mit Herkunft aus dem schon existenten „Sozialfortschrittlichen Kommunalverein“. Dieser Verein hatte 1903 ein Kommunalprogramm ausgearbeitet, das aber von der Mehrheit der „Neuen Linken“ abgelehnt worden war. Darauf trennte sich die Gruppe um die Autoren und stellte es öffentlich vor. Eine Prämisse wies auf die Nähe zu sozialdemokratischen Forderungen:

„Die Selbstverwaltung wurzelt in einer entschieden liberalen Staatsanschauung und muß in ihrer Betätigung vom sozialen Geist durchdrungen sein.“⁵⁴

Mehr bürgerliche Distanz hielten die anderen freisinnigen Fraktionen, die stärkste unter dem Geheimrat Oskar Cassel, eine weitere unter dem Bankdirektor Karl Mommsen.

Die Sozialdemokratie, die 1896 im Reichstag über 56 Mandate verfügte, erreichte 1912, trotz Wahlbehinderung, 110 Mandate.⁵⁵ Sie wurde von dem politisch erfahrenen Paul Singer geleitet, einem Fabrikbesitzer, der seit 1885 auch Vorsitzender der Reichstagsfraktion war. Bei den Reichstagswahlen 1887 waren die Sozialdemokraten in Berlin

⁵³ Theiner, *Sozialer Liberalismus*, S. 147. Hierin auch die folgenden Daten.

⁵⁴ Die Daten zu diesem Hergang finden sich bei Ursula Reuter, *Paul Singer (1844–1911). Eine politische Biographie*, Düsseldorf 2004, S. 510f.

⁵⁵ Vgl. dazu die sonstigen Daten bei Siegfried Grassmann, *Hugo Preuß und die deutsche Selbstverwaltung*, Lübeck und Hamburg 1965, S. 10.

zum erstenmal stärkste Kraft geworden. Singer war auch Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Singer erhielt im 4. Berliner Reichstagswahlkreis die „höchste Stimmenzahl aller Reichstagskandidaten im Deutschen Reich“.⁵⁶ Er kannte aus mehreren London-Reisen Friedrich Engels und aus Kontakten in Zürich Eduard Bernstein, gehörte bald zur Führungsgruppe der Sozialdemokratie und genoß insbesondere seit seiner Ausweisung im Juli 1886 unter dem preußischen Minister v. Puttkamer in Berlin und darüber hinaus die Sympathie der liberalen Presse.⁵⁷

Hugo Preuß arbeitete im Abgeordnetenhaus in den lokalen politischen Tagesfragen eng mit ihm zusammen. Das verschaffte Preuß zweifellos einen Gewinn an Bekanntheit und Ansehen in der Sozialdemokratie, in gleicher Weise wie auch das demokratische Engagement Singers die Liberalen beeindruckte.

Feindbild: Preußisches Junkertum

Welche objektiven Hemmnisse und immanenten Beeinträchtigungen auch immer den Linksliberalismus in den neunziger Jahren empfindlich schwächten, als sein eigentlicher Widerpart fungierte im Geschichtsbild und in den politischen Schriften von Hugo Preuß das ostelbische Junkertum. *Die Junkerfrage*, in einer Folge von Aufsätzen zuerst in der *Nation* publiziert, dann 1897 als Buch veröffentlicht, erscheint wie das Schlüsselthema für die historische Deutung und die Zielsetzungen von Hugo Preuß im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft im Kaiserreich. Grundaussagen und Versatzstücke kehren in anderen Aufsätzen wieder. Preuß beklagt die Ohnmacht des Liberalismus, der seine „ursprünglichste Aufgabe“ noch nicht gelöst habe: „die endgültige Überwindung der altständischen Gesellschaft, die Beseitigung der feudalistischen Rudimente“. Für ihn war es die gemeinsame Aufgabe aller liberalen Richtungen:

„die endliche Durchfechtung des vor bald einem Jahrhundert begonnenen, immer wieder versumpften und doch als Voraussetzung jeder gesunden, modernen Entwicklung unvermeidlichen Entscheidungskampfes wider das preußische Junkertum“ (S. 280).

Der Autor hält sich nicht mit den Versuchen einer Adelsreform auf, die im Sinne der Reformen um Stein und Hardenberg, woran Stephan Malinowski erinnert hat, auf Gruppen des preußischen Kleinadels zielten, die nicht „für den Staat, sondern – in Form von Staatsdienst und Offizierkorps – vom Staat“ lebten.⁵⁸ Preuß sieht im ostelbischen Adel ein Arsenal reaktionärer Prinzipien und Verhaltensweisen, mit denen er sich an eine überlebte historische Kontinuität klammert und Entwicklungen blockiert, die seit langem nötig waren. Auch dem frühen Bismarck selber hält Preuß anti-urbane Aversionen

⁵⁶ Ursula Reuter, *Paul Singer (1844–1911)*, a.a.O. (Anm. 54), S. 174.

⁵⁷ Ebd., S. 130, 144, 179. Ende 1887 verließ Singer, unter dem Druck einer Hetzkampagne, die Firma Gebrüder Singer, deren Teilhaber er 18 Jahre gewesen war (S. 163). Bei U. Reuter findet sich eine dicht belegte Würdigung seines politischen Lebens.

⁵⁸ Stephan Malinowski/Christoph Müller, *Die ‚Junkerfrage‘ in der Analyse von Hugo Preuß und ihre Überprüfung an Entwicklungen in der Geschichte des deutschen Adels. Ein Gespräch*, in: Christoph Müller (Hg.), *Gemeinde, Stadt, Staat: Aspekte der Verfassungstheorie von Hugo Preuß*, Hugo-Preuß-Symposium 2004, Baden-Baden 2005, S. 191–221 (200).

gegen freiheitliche Bewegungen aus großstädtischen Räumen vor.⁵⁹ Er empfiehlt angesichts der inhaltlichen Verwirrung des Landtagswahlkampfes 1898 die agitatorische Beschränkung auf wenige Gesichtspunkte: „Die größte Einfachheit ist hier die größte Kunst“, die Konzentration auf den Kampftruf „Bürgertum wider Junkertum“ (S. 281f.). Er bekämpft die augenscheinlichsten Relikte des Feudalismus als bis in die Gegenwart reichende Reformhemmnisse, wie die Gutsbezirke mit Polizeigewalt, die in den östlichen Provinzen die kleinen Landgemeinden einschnürten.

Die *Junkerfrage* ist eine politische Kampfschrift. Sie wählt vereinfachte Aussagen, unachtsichtige Verdikte, aggressive Attacken mit antagonistischen Zuspitzungen auf ein radikales Feindbild. Michael Dreyer weist darauf hin, daß weder Friedrich Naumann noch Max Weber eine derart heftige Gegnerschaft in Inhalt, Form und Sprache gewählt hatten, obwohl auch Weber vom wirtschaftlichen Todeskampf der Junker überzeugt gewesen sei.⁶⁰ Ausgangspunkt sind die Konflikte aus der Zeit der „neuen Ära“. Als es noch eine starke liberale Opposition gab, sei dem Volke in der Gesamtheit erstmalig die Bedeutung der Junkerfrage zum Bewußtsein gekommen: „die Größe jener Zeit liegt in dieser klaren und scharfen Herausstellung der Kernfrage unseres inneren Staatslebens“ (S. 259). Damals habe es das „soziale Empfinden“ gegeben, „daß es sich jetzt um einen Existenzkampf der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Staatsform wider das rückständige Junkertum handelte“. Es geht darum, „auch das ostelbische Junkertum der modernen Staatsidee zu erschließen“; aber es ist deren Todfeind.⁶¹ Mit Ingrimme schreibt er:

„So war der Zusammenbruch der neuen Ära ein Triumph des Junkertums – nicht über den Liberalismus, sondern über die Krone“ (S. 311).

Ähnlich wie für Gordon Craig das Ende Preußens mit dem Scheitern der Reformen in der Zeit der Auseinandersetzungen mit Napoleon beginnt,⁶² ist Kern der scharfen Polemik von Preuß, daß er dem „verstockten“ ostelbischen Junkertum schon seit der preußischen Reformperiode Haß gegen Konstitutionalismus und Verfassungsstaat vorwirft. Dabei hätten die Reformen Steins und Hardenbergs dem preußischen Adel gerade in der Selbstverwaltung durchaus neue und konstruktive Perspektiven geboten. Denn schon ihrem Wesen nach, sagt Preuß, enthalte die Selbstverwaltung ein aristokratisches Element. Der Adel hätte sich damals für die geplante Neuordnung unentbehrlich machen können (S. 217). Denn:

„In dem so lange durch die Bevormundung des Absolutismus jeder Selbsttätigkeit entwöhnten Volke fehlte es anfänglich fast völlig an geeigneten Trägern der Selbstverwaltung.“⁶³

⁵⁹ Ebd., S. 208.

⁶⁰ Michael Dreyer, *Hugo Preuß. Biographie eines Demokraten*, Habilitationsschrift Universität Jena, 2001, S. 210, 214.

⁶¹ Sandro Mezzadra, *Die Theorie der Stadt bei Hugo Preuß und Max Weber*, in: Müller (Hg.), *Gemeinde, Stadt, Staat*, a.a.O. (Anm. 58), S. 91.

⁶² Gordon Craig, *Das Ende Preußens. Acht Portraits* (Orig. engl. 1984), München 1985.

⁶³ Malinowski/Müller, *Junkerfrage*, in: Müller (Hg.), *Gemeinde, Stadt, Staat*, a.a.O. (Anm. 58), S. 200.

Er spricht dem Junkertum jede Fähigkeit und Bereitschaft zur politischen Auseinandersetzung ab, hält es historisch weder für lernwillig noch für lernfähig. Meistens pauschal gefaßt, figuriert es gelegentlich in beruflichen oder politischen Rollen: das Junkertum und seine Affilierten, das Beamten- und Hofjunkertum, als Stimmführer der Kamarilla oder als Mitglieder des Herrenhauses, der Hochburg des Junkertums,

„deren Rechtsbeständigkeit ebenso zweifelhaft, wie ihre historische Unechtheit und politische Wertlosigkeit unzweifelhaft ist“, als „ein Element des Feudalismus in seiner rückständig junkerlichen Verkommenheit“ (S. 249).

Der erbitterte Widerstand gegen die als „Jacobiner“ verunglimpften Reformer, die die Monarchie retten wollten, hatte auch eine Modernisierung der Selbstverwaltung ruiniert. Es fehlte der tragfähige Unterbau: Provinz, Kreis und Landgemeinde (S. 138). Nachdem es seine Chancen verspielt hatte, war für ihn das ostelbische Junkertum eine entscheidende Gegenmacht, die Ansätze und Tendenzen eines gesellschaftlichen und politischen Geländegewinns für den liberalen Fortschritt konterkariert, unterläuft, zersetzt und zerstört. Diese Grundüberzeugung läßt Preuß so apodiktisch und unerbittlich schreiben: desavouierend und brüskierend, spöttisch und ironisch, unversöhnlich aus historischer Erbitterung und moralischem Zorn. Diese Kampfschrift ist nach Inhalt, Stil und Sprache das Pendant seiner präzisen, rechtlich und logisch geschliffenen Argumente und Diskurse.

Preuß sieht im erfolgreichen Widerstand des ostelbischen Adels gegen den Frhr. vom Stein und den Staatskanzler v. Hardenberg wesentliche Ursachen für die verhängnisvolle Spätfolge, daß noch das Preußen-Deutschland nach 1871 „mit einem zugleich unfertigen und tief erschütterten Verfassungsleben“ geschlagen war. Verfassungsstaat und Rechtsstaat wurden hier hinter die westeuropäischen Standards zurückgebildet und die Fortentwicklung der konstitutionellen Monarchie zu stärkeren Parlamentsrechten behindert. Die alte Antithese: Absolutismus oben, Feudalismus unten, hatte die Form angenommen: Pseudo-Konstitutionalismus oben, Polizei- und Junkerherrschaft darunter. Friedrich Wilhelm IV. hatte vom „deutschen Beruf“ Preußens gesprochen. Hugo Preuß mißt die Entwicklungen in Preußen daran, ob es dieser Rollenerwartung entspricht, „Vorkämpfer für die modernen Ideen in unserer staatlichen Entwicklung“ zu sein. Er sieht eine tragische, falsche Weichenstellung darin, daß Preußen gerade diese Erwartungen nicht erfüllt hat. „Seit mehr als einem Jahrhundert“ ist deshalb „mit logischem Zwange die Frage der inneren preußischen Reform eine deutsche Frage.“⁶⁴

Antisemitismus: Im Kampf um den liberalen Verfassungsstaat

In der Polemik des altständisch-konservativen Ludwig von der Marwitz gegen die Reformer Stein und Hardenberg war noch ein Stichwort aufgetaucht, das in diesem Zusammenhang überrascht und für Preuß ein Zeichen für eine besonders rückständige und verkommene Haltung ist. Marwitz hatte Stein und Hardenberg auch vorgeworfen, sie

⁶⁴ Müller, *Einleitung*, in: Müller (Hg.), *Gemeinde, Stadt, Staat*, a.a.O. (Anm. 58), S. 11.

wollten aus Preußen einen „neumodischen Judenstaat“ machen. Obwohl die Emanzipation der Juden, die die Französische Revolution eingeführt hatte, auch in Preußen beschlossen worden war, gab es damals in Preußen keine Juden in politisch maßgebender Stellung, gegen die sich ein solcher Angriff hätte richten können. Marwitz meinte eigentlich auch gar nicht die Juden, sondern zielte auf den modernen Verfassungs- und Rechtsstaat, wie er im Zusammenhang mit dem Aufstieg des liberalen Bürgertums entstanden war. Preuß analysiert treffend, daß es geschickter war, nicht die große gesellschaftliche Schicht des modernen Bürgertums anzugreifen, sondern eine kleine Minderheit, sozusagen als *pars pro toto*, und dabei mit hinterhältiger List „alte Instinkte der Ausschließung und des Gegensatzes“ zu mobilisieren (S. 219).⁶⁵ Diese infame Methode blieb bis in die jüngste Gegenwart hinein virulent. Preuß stellte sich den tosenden Beifall vor, den diese Art von Polemik in einer Versammlung des „Bundes der Landwirte“ finden würde (S. 218).⁶⁶

Es gab seit langem einen dumpfen, vulgären Antisemitismus. Der Historiker Heinrich v. Treitschke löste im Novemberheft der *Preußischen Jahrbücher* 1879 einen Antisemitismusstreit aus, der auch in die Universität eindrang. Allerdings fand er damals auch scharfen öffentlichen Widerspruch bedeutender Geister aus Wissenschaft und Politik, unter ihnen Theodor Mommsen und Ludwig Bamberger. Die konservativen Kräfte hielten an dem Erfordernis einer homogenen christlichen Leitkultur fest und waren nicht gewillt, die neuen grundrechtlichen Standards zu übernehmen, die die Stellung als Staatsbürger von einem religiösen Glaubensbekenntnis unabhängig machten. Viele Juden gaben dem gesellschaftlichen Druck nach und ließen sich taufen.

Linksliberalismus und Sozialdemokratie standen in der Tradition der Aufklärung und verwarfen den Antisemitismus jeder Art. Zu ihrem Führungspersonal zählten auch einige bedeutende deutsche Juden. Der Hofprediger Adolf Stoecker und die ihm nahestehenden Kreise betrieben eine massenagitorische Wühlarbeit, in der Hoffnung, mit antisemitischer Propaganda von der Proletarisierung bedrohte kleinbürgerliche Schichten der Sozialdemokratie zu entreißen. Jüdische Kandidaturen bei den Reichstagswahlen wurden weitgehend boykottiert. Die Sozialdemokratie blieb nahezu die einzige politische Kraft, die ihren jüdischen Mitgliedern den Zugang zu Mandaten offen hielt.

Unter den Betroffenen mit liberaler Orientierung wurde deshalb die Frage diskutiert, ob Juden nicht ihre eigenen Kandidaten aufstellen sollten, um ihre Rechte als Minorität besser vertreten zu können. Aber als Folge drohte dann eine selbstgewählte Form der Ausgrenzung. Hugo Preuß intervenierte dagegen 1898 mit einem Beitrag *Konfessionelle Kandidaturen* im Oktoberheft der *Nation*. Theodor Barth stellte ihm dieses Forum zur Verfügung, weil das seinem eigenen persönlichen Engagement in dieser Grundfrage entsprach. Er gehörte mit Gneist und Hallgarten zu den Gründern des „Vereins zur Ab-

⁶⁵ Malinowski/Müller, *Junkerfrage*, in: Müller (Hg.), *Gemeinde, Stadt, Staat*, a.a.O. (Anm. 58), S. 213f.

⁶⁶ Ebd.

wehr des Antisemitismus“, dessen Vorsitz er 1903 nach dem Tode Heinrich Rickerts übernahm.⁶⁷ Die *Nation* nahm früh und unentwegt gegen den Antisemitismus Stellung. Im Berliner Antisemitismusstreit 1879/1880 waren führende Linksliberale unter den Unterzeichnern der Protesterklärung.⁶⁸ Barth griff persönlich antisemitische Kampagnen auf, wie 1892 das Pamphlet *Judenflinten* des berüchtigten Reichstagsabgeordneten und Volksschulrektors Hermann Ahlwardt, um zugleich die Indifferenz und Passivität der öffentlichen Meinung anzuprangern; viele meinten, die von Verleumdungen Betroffenen sollten sich selber rechtlich wehren. Barth warnte immer wieder vor den Wirkungen: „Wie der Antisemitismus der Gosse vergleichsweise harmlos ist gegenüber dem akademischen Antisemitismus, der die Niedrigkeit der Gesinnung in ethisch-pathetische Phrasen kleidet“, so sei auch der Rückhalt dieser Agitation in „äußerlich anständigen Kreisen“ die bedenklichste Seite der Sache. Er verwies auf den „Programm-Antisemitismus“ der Konservativen Partei und schloß: „Der Antisemitismus in Glacéhandschuhen – das ist der Feind.“⁶⁹

Allen aufklärerischen und moralisch-appellativen Beschwörungen der Öffentlichkeit durch den Autorenkreis um die *Nation* lag oft genug die bohrende Frage nach dem moralischen Gesamthabitus der deutschen Gesellschaft zugrunde, die weder geistige noch sittliche Kraft zu einer massiven Abwehr und Gegenwehr aufbrachte. Einmal gab Hugo Preuß – was er nur selten tat – auch seine tiefe persönliche Verletzung zu erkennen:

„Nur wer es selbst empfunden hat, was es heißt, als Fremdling zu gelten im Vaterland, alle Schmähungen verblendeten Nationalhasses zu erdulden in der eigenen Muttersprache traulich liebem Klang, sich in einen feindlichen Zwiespalt gebracht zu sehen mit eben jener Kultur, in der man lebt und webt, deren bestimmende Keime man vor allem Bewußtsein schon in sich aufgenommen hat, sich auf Schritt und Tritt als ein Anderer unter Gleichen, als ein Ausgeschlossener unter den Genossen fühlen zu müssen – nur wer all das empfunden hat von den Spielen der Schulzeit ab [...] nur der vermag vielleicht einmal den rechten und vollen Ton zu treffen, um auf die ‚Judenfrage‘ die gebührende Antwort zu geben“ (S. 289).⁷⁰

Die Flucht in eigene konfessionelle Kandidaturen will Preuß aber auch aus „Notwehr“ nicht gelten lassen: Die ganze Existenz des deutschen Juden als Staatsbürger „wurzelt einzig und allein in dem liberalen, modernen Prinzip der Unabhängigkeit politischer Rechte und Pflichten vom Glaubensbekenntnis“ (S. 291). Dieser Anspruch darf nicht geschmälert werden. „Deshalb steht und fällt der Jude als Staatsbürger mit der liberalen Idee auf konfessionellem Gebiete.“ Er hat in dieser Hinsicht „seinen politischen Status im Liberalismus; und er hat keinen anderen politischen Status“ (S. 291). Das ist auch

⁶⁷ Carlheinz Gräter, *Theodor Barths politische Gedankenwelt. Ein Beitrag zur Geschichte des unterschiedenen Liberalismus*, Bad Mergentheim 1963.

⁶⁸ Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Vom radikalen Frühsozialismus des Vormärz zur liberalen Parteipolitik der Bismarckzeit: Friedrich Kapp*, in: Wehler, *Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918*, 2. Aufl., Göttingen 1979, S. 249–269 (267).

⁶⁹ Theodor Barth, *Verleumdung und Freiheit der Meinungsäußerung*, in: *Die Nation*, 9. Jg. (1891/92), Nr. 34 (21.5.1892), S. 511f.

⁷⁰ Zit. bei Günther Gillessen, *Hugo Preuß: Studien zur Ideen- und Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik* (Diss. Freiburg 1955), Berlin 2000, S. 67.

die Mahnung an den politisch organisierten Liberalismus. Zeigt er Schwäche gegenüber antisemitischen Infektionen, so ist das seine tödliche Gefahr. Die Gleichberechtigung des jüdischen Staatsbürgers wird zum Testfall für die essentielle Überlebenskraft des Liberalismus. Wieder bestätigt Preuß der Sozialdemokratie, daß sie in die Rolle der Linksliberalen eingetreten ist und ihre rechtlichen Errungenschaften ideell und tatsächlich gewährleistet. Preuß selber war unermüdlich im Einsatz für rechtlich Benachteiligte, wie im langwährenden Schulstreit zugunsten der jüdischen Lehrerinnen,⁷¹ und lehnte energisch jeden direkten oder indirekten, gesellschaftlichen Zwang zur Taufe ab.

Bismarcks System und Politik in der Kritik

Während der Nationalismus über Militarismus, Antisemitismus und verschiedene Ansätze des Imperialismus seine Steigerungen und Entgleisungen erreicht und das politische Klima von der lauten, haßerfüllten und selbstbezogenen Sprache der neuen Bewegungen beherrscht wird, unternimmt Hugo Preuß einen großen öffentlichen Versuch, den Nationsbegriff gegen seinen Mißbrauch zu retten und als Ausdruck liberaler Staatsauffassung verständlich zu machen. Er prangert seine Verzerrungen und Verfälschungen an, beklagt die „exotische Pflanze des Chauvinismus“, „die krankhafte Hypertrophie der Vaterlandsliebe“, den „hirnlosen Nationalitätsschwindel“ am Ende des Jahrhunderts, mitten im zivilisierten Europa, den „wüsten Anachronismus barbarischen Rassenhasses [...] in der rohen Gemeinheit der Judenhetze“ (S. 83f.). Er bestimmt die internationale Rolle der Nation in vorsorglicher Abgrenzung von unfruchtbarem Kosmopolitismus und „unklarer Weltbürgerei“: Jedes Volk muß sich fühlen „als Glied des großen Ganzen der Menschheit“. Aber „ein guter Weltbürger“ kann der einzelne nur sein, „indem er ein guter Bürger seines Volkes ist“ (S. 85). Das richtet sich vor allem auch gegen den politisch diffusen, staatlich ungerichteten Begriff der „Kulturnation“.⁷²

Wenn es Friedrich Schiller in der Zeit der territorialen Zersplitterung für unmöglich hielt, daß auch die Deutschen „sich zur Nation“ bilden könnten (S. 445, 457), und Bismarck meinte, für die Deutschen sei die „dynastische Anhänglichkeit“ wichtiger als ein „Nationalgefühl“ (S. 522), so warb Preuß nun um ein neues Verständnis für die Aufgaben und Ziele des modernen Staats. Daraus sollte und mußte auch ein neues Verständnis für die Bedeutung der „politischen Nation“ erwachsen und die Bürger befähigen, Verantwortung für ihr eigenes Land – auch Lasten und Pflichten – zu übernehmen. Die Nation soll das Ferment bilden, das die Entfaltung von Freiheit im Staat und durch den Staat gewährleistet. Ein solches politisches Nationalgefühl würde auch gegen jede Form des Extremismus und Fanatismus immunisieren. Aber die Adressaten seiner Beschwörungen blieben taub. Preuß beklagte die „politische Unreife“ des Volkes. Sie war für ihn eigentlich unfaßbar, – in den Zeiten der allgemeinen Wehrpflicht und des allgemeinen Wahlrechts.

⁷¹ Dazu näher in Bd. 5 unserer Edition.

⁷² Dazu jetzt auch Wolf Lepenies, *Kultur und Politik. Deutsche Geschichten*, München 2006.

Sein Befund einer „Verworrenheit und tief innerlichen Zerrissenheit“ traf vor allem den Zustand des auseinanderdriftenden Liberalismus. Unter dem Eindruck so vieler divergierender Geister und Kräfte fragte Preuß nach einer integrativen Perspektive des Liberalismus und der Möglichkeit, die fortschreitende politische Entwicklung „zum Zeichen der Zeit zu erheben“ (S. 82). Dabei setzte er seine Hoffnung auf eine latente Grundstimmung der Friedfertigkeit: „der Geist unserer Zeit [ist] kein Geist des Blut und Eisens“ (S. 72). Wenn aus der Parole „Einheit und Freiheit“, die noch in der Revolution von 1848 gegolten hatte, „auf der via triumphalis Bismarckscher Politik“, auf dem Weg über „Düppel, Königgrätz, Sedan“ und mit viel „Waffenlärm und Siegesjubiläum“ die Einheit erreicht worden war und darüber das Wort „Freiheit“ überhört wurde (S. 76), so war es nun die Aufgabe des Linksliberalismus, den Akzent neu zu setzen. Er war an dieser Geschichte der Einheit beteiligt und deshalb legitimiert und verpflichtet, den Begriff der Nation gegen hybriden Mißbrauch abzugrenzen und den Ausbau der Verfassung und die Stärkung der Parlamentsrechte wieder aufzunehmen. Aber Bismarck hatte Mitte Januar 1887 mit manipulativem Geschick die Auflösung des Reichstags durchgesetzt und mit den Neuwahlen fünf Wochen später die Fortschrittspartei aufs schwerste getroffen.

Mit der Formel „Kaiserliches oder Parlamentsheer“ hatte er einen neuen Verfassungskonflikt vom Zaun gebrochen. Und er korrigierte nicht – wider besseres Wissen – Gerüchte über eine französische Kriegsgefahr, wenn er eine mehrdeutige Rhetorik gebrauchte: „Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg.“⁷³ Der Freisinn, der noch Eugen Richters Distanz zur Sozialdemokratie fortschleppte, erreichte zwar mit ihrer Hilfe 16 Mandate in den Stichwahlen, darunter das Mandat Rudolf Virchows. Viele freisinnige Wähler bevorzugten aber währenddessen bürgerliche Gegenkandidaten, so daß die Sozialdemokratie ihrerseits zehn weitere aussichtsreiche Mandate nicht gewann. Die Wahlbeteiligung war die bislang höchste. Die Nationalliberalen wurden mit 99 (statt 55) Mandaten stärkste Fraktion. Sie bildeten – Benignen war wieder dabei – mit den Konservativen und Freikonservativen die Kartellmehrheit, die sie bereits am Tage nach der Reichstagsauflösung vereinbarten, und die Bismarck sich gewünscht hatte, – und nun auch mit allen Folgen bis zur Revision der Heeresverfassung, der Verlängerung der Dienstzeit, einer anderen Eingliederung der Ersatzreserve, sowie einer Erhöhung der Kriegsstärke.⁷⁴

Das Ergebnis für den Freisinn war desaströs. Ludwig Bamberger sprach von der „Zermalmung“ des Liberalismus. Am 9. November 1887 hatte Hugo Preuß in der *Nation* einen Aufsatz über *Liberale und autokratische Revolutionäre* veröffentlicht. Anlaß war der Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Francesco Crispi in Friedrichsruh im Oktober. Er war in gewisser Weise „Schüler und Nachfolger Camillo Cavour“. Preuß erinnert an dessen Verdienste bei der Entstehung des demokratischen Italien und vergleicht sie mit der Reichseinigung Bismarcks (S. 122ff.). Auch vergleicht er Bismarck mit George Washington. In diesen beiden Revolutionären erkennt er „wahre Liberale“, denen er Bismarck als Typ des autokratischen Revolutionärs gegenüberstellt. Preuß rühmt an Cavour und Washington, daß sie beide auf persönliche, konstitutionell nicht geregelte Macht verzichtet hatten. George Washington hatte unterschieden: „Einfluß ist nicht Regierung“ (S. 125).

⁷³ Engelberg, *Bismarck*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 23), S. 482.

⁷⁴ Ebd., S. 480–486.

Das war eine Absage an Einflüsterungen aus dem Hintergrund und ein Votum für verantwortliche Mitwirkung. Eine verfassungsmäßige Regierung war mit persönlichem Regiment unvereinbar. Und Camillo Cavour hatte erklärt: „Mit dem Belagerungszustand kann Jeder regieren“ (S. 125). Hier sieht Preuß die Vorbilder, denen Deutschland folgen sollte. Theodor Barth hatte in der *Nation* den erdrückenden, die Kooperation mit anderen politischen Talenten ausschließenden Herrschaftsstil Bismarcks scharf kritisiert: „Ein selbständiger politischer Charakter kann nicht unter ihm, wird sich nur gegen ihn entwickeln.“⁷⁵ Wie Barth zollt Preuß der Bismarckschen Außenpolitik seinen Respekt – er sei der zeitweilige Schiedsrichter Europas geworden –, um ihm aber seine zentralen innenpolitischen Versäumnisse vorzuhalten: „[...] in unserem Verfassungsleben ist alles provisorisch [...]. Die Begründung dauernder Institutionen hat Deutschland erst von der Zukunft zu erwarten“ (S. 126). Die verfassungspolitische Maxime lautet, durchaus im Anschluß an Gneist: Das Streben nach dem Rechtsstaat ist ein Kardinalpunkt; das Heil kommt nicht vom Belieben der leitenden Männer, sondern aus der Kraft der Institutionen.

In vieler Hinsicht war England ein Vorbild. Die dritte Reformbill – die Wahlreform 1884/85 unter Gladstone, dem Bismarck nur Antipathie entgegenbringt – wird von der rechten Presse in Deutschland heftig kritisiert. Als Gladstone in der Frage der irischen Home Rule an den sogenannten Unionisten aus dem eigenen Lager scheitert, die Mitte 1886 zu den Konservativen wechseln, quittieren deutsche Blätter dies mit unverhohlener Schadenfreude. Sie möchten seine außenpolitischen Probleme als Schwäche und Niedergang des Staates auslegen. Preuß verteidigt – in *Finis Britanniae* – den gestürzten Premier. Seine auswärtigen Optionen waren nach seinem Urteil nicht Zeichen der Instabilität des englischen Systems. Preuß nutzt die öffentliche Aufmerksamkeit, um den schrillen Tönen nationalistischer Stimmungen die traditionelle Sympathie der Liberalen für England entgegenzuhalten, für das „Mutterland moderner, rechtlich geordneter politischer Freiheit“. Die Engländer gelten ihm als die „politisch fähigste Nation der modernen Welt“. Und er versäumt nicht, einen Grund mit Friedrich Christoph Dahlmanns *Geschichte der englischen Revolution* in der ethnischen Durchmischung der Bevölkerung Großbritanniens zu sehen (S. 101). Dieser Aspekt erscheint immer wieder in seinen Betrachtungen über die historische Wechselwirkung von Nation und Staat. Alle Nationen unterliegen in Sprache, Sitte, Recht und Religion fremden Einflüssen. Das gehört zum Reichtum der modernen, europäischen Kultur. Die nationale Kultur wird in diesem Prozeß nicht vernichtet, „sondern vielmehr gestärkt, veredelt und gehoben“. In diesem Sinne knüpft Preuß im Januar 1887 an einen Vortrag von Rudolf Gneist aus dem Jahre 1872 über das Nationalitätsprinzip in der Staatenbildung an (S. 113). Die Folgerung konnte jedem überzogenen Nationalismus entgegengehalten werden: Das Wesen des modernen Staates verlangt, der Betonung einseitiger Elemente Grenzen zu setzen.

Preuß hat in den letzten Jahren unter Bismarck immer wieder auf den historischen Vorsprung und das Vorbild des englischen Parlamentarismus hingewiesen. In mehreren Stufen hatte hier das liberale Bürgertum – ungeachtet schwerer Erschütterungen – Rechtsstaat, Nation und Verfassungsstaat aus vor-liberalen und vor-demokratischen Ansätzen entwickelt. Die Frühformen der Arbeiterbewegung fanden ihre Heimat lange bei den Reformliberalen. Als die Labour Party sich bildete, waren längst Brücken zum poli-

⁷⁵ Zit. bei Albertin, *Liberaler Revisionismus*, in: Lehnert/Müller, *Vom Untertanenverband zur Bürgergenossenschaft*, a.a.O. (Anm. 29), S. 64.

tischen System geschlagen, wie durch die 1884 gegründete *Fabian Society* – unter wütendem Protest von Karl Marx und Friedrich Engels.⁷⁶

Ganz anders in Deutschland, wo die Herrschaftseliten mit ihrer Kampfansage die Sozialdemokratie durch Exklusion und Verfolgung bedrohten und andererseits durch staatssozialistische Fürsorge die Arbeiterschaft ihr zu entfremden suchten – statt ihren Revisionismus als politisches und parlamentarisches Integrationsangebot wahrzunehmen.

Wenn manche Linksliberalen später ihr Wunschbild von einer Parlamentarisierung mit Hilfe Friedrichs III. unter dem Signum eines „Kabinetts Gladstone“ beschrieben, so wollten sie zweifellos Bismarck provozieren. Er fürchtete, wie er gesprächsweise eingestand, den „Einfluß britischer Ideen in Deutschland [...], die den Konstitutionalismus und Liberalismus betreffen“, und sah in Gladstone, wie Hans-Ulrich Wehler früh beobachtet hat, „zu Recht den großen Gegenspieler eines volksnäheren, bürgerlichen Liberalismus“.⁷⁷ Lord Salisbury, der konservative Premierminister, war ihm willkommener, wie seine Bemühungen zeigten, Großbritannien in seine Vertragspolitik zur Einhegung internationaler Spannungen einzubinden, bis zu seinem Bündnisangebot vom 11. Januar 1889, das freilich nicht realisiert wurde. Zu einer engeren deutsch-englischen Beziehung kam es nie.

Bismarck war nüchtern genug, um die anti-englischen Spannungen seit dem Folgejahr abzubauen, weil seine Außenpolitik es nahelegte, England mit Italien und Österreich sowie mit der Türkei zur Eindämmung der russischen Gefahr im Mittelmeer und auf dem Balkan zu vermitteln. Wo der Kanzler außerdem Salisbury ausdrücklich wissen ließ, daß das Reich „saturiert“ sei, konnte er gerade der Zustimmung der Linksliberalen sicher sein.⁷⁸

Preuß verband mit dem Lob für das englische Modell eine aktuelle Handlungsanleitung für die deutsche Situation. Er konstatierte offen, daß die Fortbildung des modernen Staatssystems und des politischen Parteienkampfes – in den klassischen Formen von Selbstverwaltung und Parlamentarisierung – möglich sei. Die günstige Ausgangsposition sei die Reichsverfassung mit ihrem allgemeinen und gleichen Wahlrecht. Sie gewährleiste die Teilnahme des ganzen Volkes, es gebe keine „staatsgefährlichen“ Parteien (S. 107). Preuß lehnte antagonistisches Denken im Vergleich der Systeme ab. Das „neuere Europa“, sagte er mit der Vision Dahlmanns von 1815, hat einen „gemeinsamen Grundcharakter, ist also ähnlicher Verfassungen“ fähig; und alle seien sich darin einig, „daß in England die Grundlagen der Verfassung, zu welcher alle neuuropäischen Staaten streben, am reinsten ausgebildet und aufbewahrt sind“ (S. 115). Für das Konzept innerer Ausgestaltung des Staates hielt er an friedlicher Außenpolitik fest: „Für den nationalen und freien Staat ist Vergrößerung kein Vorteil, sondern ein Übel“ (S. 117).

Während Preuß die bruchlose Kontinuität des öffentlichen Rechts in der englischen Entwicklung immer wieder hervorhob, warnte er aber auch vor Tendenzen, in der deutschen Reichsverfassung die Grundlagen parlamentarischer Entwicklung samt Parteienkampf zu ändern. Gelänge dies, so „wäre der traurig hoffnungslose Beweis für die un-

⁷⁶ Vgl. Christoph Müller, *Zur Grundlegung der Kommunalpolitik bei Hugo Preuß*, in: *Jahrbuch der Liberalismusforschung*, 18 (2006), S. 13–44.

⁷⁷ Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich. 1871–1918*, 2. Aufl., Göttingen 1975, S. 187–189.

⁷⁸ Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 50), S. 458–462.

heilbare Krankheit des deutschen Staates, die politische Lebensunfähigkeit des deutschen Volkes erbracht“ (S. 109).

Neue Hoffnungen auf freiheitlichen Ausbau des Reichs: Desiderata und Defizite

Die englische Analogie – in welchen idealisierten Verkürzungen auch immer – diene als Wunschbild für die Fortbildung des eigenen Staatslebens. blieb Bismarck auf diesem Weg eine sperrige, einzigartige Größe, so eröffnete sich doch für die linksliberalen Protagonisten ein Schimmer der Hoffnung auf konstitutionelle Reformen und politischen Klimawechsel mit dem Tode des Kaisers am 9. März 1888. Sowohl der schwerkranke Kronprinz, der als Friedrich III. die Nachfolge antrat – die nur 99 Tage dauern sollte – als auch seine willensstarke Gemahlin Viktoria standen angesehenen Freisinnigen nahe. Deren Vorstellungen zerrannen aber bekanntlich bald unter der Wirksamkeit der herrschenden Kräfte. Nichtsdestoweniger war dies zunächst eine Situation, in der Hugo Preuß seinen Aufsatz *Was uns fehlt* hoffnungsvoll mit einer Zueignung für Ludwig Bambergers versah, der zum engsten Beraterkreis des Kronprinzen gehörte.

Bambergers politische Biographie – Aktivitäten und Verfolgung während der Ereignisse von 1848 – bot Gelegenheit, die Verdienste der Liberalen in der Geschichte der deutschen Einheit zu vergegenwärtigen und diese aus der einseitigen Fixierung auf die militärische und diplomatische Steuerung durch Bismarck herauszuführen. Die Konsequenz lautete: Der Liberalismus insgesamt ist berechtigt und verpflichtet, die Einigung durch den inneren Ausbau des Reichs zu vollenden. Bismarcks persönliches Regiment war für Preuß das Gegenbild eines wahrhaft schöpferischen Staatsgründers, dessen höchstes Ziel es sei, „sich selbst überflüssig zu machen“ (S. 144).

Maßstab der Kritik ist die These: „Der konstitutionelle Staat erklärt das Volk für mündig.“ Preuß sagte oft genug, daß das Volk diese Eigenschaft noch nicht erreicht habe. Er konstatierte immer wieder, daß es dazu keiner Gängelung bedarf (S. 135). Denn nur durch Gebrauch der politischen Freiheit kann ein Volk zur politischen Reife gelangen. Dieser verfassungspolitische Grundsatz ist das Kriterium für die Mängelliste der obrigkeitsstaatlichen Politik: Preuß bekämpft die Stigmatisierung politischer Gegner zu „Reichsfeinden“, – er nimmt „unsere geächteten und gehetzten Sozialdemokraten“ in Schutz und prangert den Kulturkampf an durch einen Staat, dem die Kraft der Ideen fehlt (S. 133, 527f.). Er kritisiert den bevormundenden Polizeistaat, der schon unter dem Freiherr vom Stein verlassen werden sollte, die offizielle und offiziöse Beeinflussung von Wahlen, die mißtrauische Behandlung von Selbstverwaltungskörperschaften durch die staatlichen Aufsichtsbehörden in Preußen, statt deren Ebenbürtigkeit zu beachten, zumal die Selbstverwaltung – wie der Freiherr vom Stein gezeigt hatte – das Fundament einer parlamentarischen Verfassung ist. Doch als der Aufsatz *Was uns fehlt* im April 1888 erschien (S. 129ff.), erwiesen sich die Erwartungen der Linksliberalen bereits als Illusionen. Die schwere Kehlkopferkrankung Friedrichs III. schritt voran.

Indessen war dies nicht das einzige Hindernis. Wolfgang J. Mommsen hat hervorgehoben, daß selbst bei bester Gesundheit ein Umbau im Sinne eines deutschen „Ministeriums Gladstone“ nicht mehr denkbar

gewesen wäre. Die antiliberale Fronde hatte die Weichen längst gestellt.⁷⁹ Der entschiedene Liberalismus war überdies in den Reichstagswahlen 1887 erheblich geschwächt worden. Der engere Kreis politischer Berater, der ehemalige badische Minister Franz v. Roggenbach, der anglophile ehemalige Chef des Admiralsstabs Admiral v. Stosch, der frühere preußische Justizminister Robert v. Friedberg und der intellektuell und rhetorisch brillante Ludwig Bamberg waren ohne Hausmacht oder geschlossenen Anhang. Einige von ihnen hatten bereits 1884 in mehreren Sitzungen an den Proklamationen für den Thronwechsel mitgewirkt. Über den Appell „An mein Volk“ empfand dann zwar Hugo Preuß ausdrücklich Genugtuung: Deutschland solle zu einem Hort des Friedens, die Interessen der verschiedenen Gesellschaftsklassen sollten versöhnt werden. Das Dokument zum Tode des Vaters hielt sich unmißverständlich im Rahmen des konstitutionellen Systems, unter Wahrung der monarchischen Prärogativen. Als Bismarck den kranken Kaiser in Leipzig – im Zug von San Remo nach Berlin – begrüßte, erhielt er die Kopien beider Proklamationen, studierte sie und empfahl die sofortige Veröffentlichung ohne Änderungen. Bismarck sah nichts Bedrohliches und bemühte sich um umgängliche Aufmerksamkeit. Ohnehin kannte der Kanzler die kurze Lebenserwartung des Kaisers. Dessen behandelnder Berliner Chirurg Bergmann, von ihm am Tage nach dem Tode Wilhelms I. danach befragt, hatte geantwortet, er werde nicht den Sommer überleben.⁸⁰ Die konsequente Ablehnung Bismarcks erfuhr Viktoria, als sie ihre gleichnamige Tochter mit dem Prinzen Alexander v. Battenberg verheiraten wollte. Der Kanzler befürchtete schwerwiegende Folgen für die deutsch-russischen Beziehungen, reagierte mit einem 30seitigen Memorandum und drohte sogar mit seinem Rücktritt. Inoffiziell blieb er in dieser Sache gegenüber der Kaiserin verbindlich.⁸¹

Der Verbleib des Kanzlers im Amt blieb unstrittig. Das Drängen zu einer Regentschaft des Kronprinzen Wilhelm für den Vater durch eine Fronde um den Grafen Waldersee blieb erfolglos. Viktoria, die diese Umtriebe wachsam und rührig verfolgte, hätte am liebsten ein liberales Kabinett befürwortet. Ihr Einfluß auf den Kaiser erwies sich aber als schwach und punktuell. Bismarck sperrte sich nicht gegen einige Ordensverleihungen an Liberale wie Forckenbeck und Virchow. Als der Monarch aber dem Rat Ludwig Bambergers, den Viktoria weitergab, folgen und die Gegenzeichnung der beiden Gesetze über die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses ablehnen wollte, belehrte ihn Bismarck, daß diese verfassungskonform beschlossenen Gesetze nicht verweigert werden konnten: Der Kaiser sei kein Faktor der Gegenzeichnung. Die Verlängerung des Sozialistengesetzes, die von dem liberalen Beraterzirkel wie auch von Hugo Preuß mißbilligt wurde, gelang auch noch unter Friedrich III.⁸²

Durchgesetzt unter liberalem Druck wurde nur die Entlassung des reaktionären preußischen Innenministers Robert v. Puttkamer wegen seiner amtlichen Wahlbeeinflussung – die nicht zuletzt Hugo Preuß öffentlich angeprangert hatte. Bismarck stellte sich nicht mehr vor den Minister, zumal Puttkamer in der Reichstagsdebatte über die Verlängerung des Sozialistengesetzes eine peinlich scharfmacherische Rolle gespielt hatte.⁸³ Gegen ein Amnestiegesetz seitens Friedrichs III., das auch Sozialisten einschließen sollte, hatte sich Bismarck ebenso gewandt, wie er noch im April 1888 mit Puttkamer für die Vertreibung sozialdemokratischer Redakteure, Verleger und Drucker eingetreten war.⁸⁴

⁷⁹ Mommsen, *Das Ringen um den nationalen Staat*, a.a.O. (Anm. 21), S. 679.

⁸⁰ J. Alden Nichols, *The Year of the Three Kaisers. Bismarck and the German Succession 1887–1888*, Urbana and Chicago 1987, S. 175.

⁸¹ Mommsen, *Das Ringen um den nationalen Staat*, a.a.O. (Anm. 21), S. 682.

⁸² Ebd., S. 680f.

⁸³ Ebd., S. 681.

⁸⁴ Engelberg, *Bismarck*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 23), S. 520.

Die Kaiserin wurde wegen ihrer Kontakte zu Liberalen mit Mißtrauen und Feindschaft beobachtet. Sie mußte Ludwig Bamberger raten lassen, das Kaiserpaar nicht im Charlottenburger Schloß zu besuchen.⁸⁵ Die Gegner verfolgten Viktoria weiterhin. Ihnen genügte nicht, daß der Sohn und Kronprinz am 31. März 1888 mit der Stellvertretung des Kaisers beauftragt worden war. Zu den hinterhältigen Angriffen gehörte die Unterstellung, einseitig englisch orientiert zu sein und Affinitäten zu Juden zu haben. Die *Kreuzzeitung* war schamlos genug, Friedrich III. *Cohn I., King of the Jews* zu nennen.⁸⁶ Heinrich v. Treitschke spottete über die politischen Hoffnungen des liberalen Freisinns und frohlockte zynisch über den Mißerfolg einiger Berliner Gelehrter, der Kaufmannschaft und der „allerdings ansehnlichen Macht des internationalen Judentums“.⁸⁷

So öffnete sich während des 99tägigen Interims ein Fenster auf die reaktionären und antisemitischen Umtriebe gegen jede Eventualität liberaler Politik. Es gab Einblicke in ein vergiftetes Klima in den Führungscliquen des monarchischen Deutschland. Zugleich bot diese Zeit dem entschiedenen Liberalismus Gelegenheit, sich die Defizite und Desiderata eines inneren Ausbaus des Reichs zu vergegenwärtigen, die er anlässlich des kaiserlichen Hoffnungsträgers bilanzierte. Hugo Preuß war dafür ein maßgeblicher Sprecher.

II. Hoffnungen und Enttäuschungen nach Bismarcks Sturz

Konstitutionelle Reformchance nach dem Abgang Bismarcks?

Zweifellos hatte Bismarck es verstanden, mit der Kartellmehrheit aus Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen jede flüchtige Intervention der Linksliberalen unter Friedrich III. abzuwehren, die dem Reichstag mehr Gewicht geben wollten. Noch nach dem Amtsantritt Wilhelms II. am 15. Juni 1888, auch noch nach der Entlassung des Kanzlers 1890 sah Preuß neue Chancen: „Diese – voraussichtlich nur kurze – Gunst der Lage sollte nicht ungenutzt bleiben.“ Bismarcks „alles erdrückender Einfluß als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident“ beruhe auf einem „tatsächlichen“, durch seine Individualität praktizierten Zusammenhang beider Regierungen. Eine „rechtlich klar normierte Organisation [sei] selbst bei gleichem Umfange der Machtsphäre, in ihren schädlichen Folgen mit dem unnormierten Walten rein persönlichen Einflusses nicht zu vergleichen“.

In der dreiteiligen Artikelserie *Die Organisation der Reichsregierung und die Parteien* (S. 155ff.) unterläßt Preuß nicht die Erinnerung an die konsequente Fortschrittspartei, die die Verfassung abgelehnt habe, weil sie keine parlamentarisch verantwortlichen Bundesministerien vorgesehen hatte (S. 162). Schon in der Norddeutschen Bundesverfassung sei der Reichstag ein „Parlament ohne Regierung“ gewesen; das Gegenüber ei-

⁸⁵ Nichols, *The Year of the Three Kaisers*, a.a.O. (Anm. 80), S. 260; Engelberg, *Bismarck*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 23), S. 521.

⁸⁶ Nichols, *The Year of the Three Kaisers*, a.a.O. (Anm. 80), S. 184.

⁸⁷ Zit. bei Mommsen, *Das Ringen um den nationalen Staat*, a.a.O. (Anm. 21), S. 683.

ner verantwortlichen „Regierung des Gesamtstaates“ – „Quintessenz aller liberalen Verbesserungsvorschläge“ – habe ihm gefehlt. Bismarck hatte zunächst die „föderalen“ Elemente betont und die Bundesratsausschüsse als eigentliche Regierung sehen wollen. Er sträubte sich gegen eine klare Regelung der exekutiven Befugnisse und Konzessionen an einen unitarischen Verfassungsaufbau.⁸⁸ Er lehnte Minister mit Ressortverantwortlichkeit ab mit dem Argument, sie schwächten den „föderalen“ Charakter. Im Kern ging es ihm aber darum, nicht auf dem Weg über eine parlamentarisch verantwortliche Reichsregierung den Reichstag zu stärken. Der von Preuß angesprochene Art. 17 gab dem Kanzler politische Verantwortlichkeiten für Anordnungen und Verfügungen des Kaisers; der Kanzler war aber nur dem Kaiser, nicht dem Parlament verantwortlich. Ein Ausführungsgesetz wurde versprochen, blieb aber aus.

Als sich Bismarck 1876 von Rudolf v. Delbrück, dem langjährigen Präsidenten des Kanzleramtes, trennte, schien sich bei dem Kanzler allerdings eine Sinnesänderung anzudeuten. Er ging aber nicht über die Halbheiten eines „Stellvertretergesetzes“ hinaus, das im März 1878 diskutiert und im gleichen Jahr beschlossen wurde: Bei Verhinderung durften die Staatssekretäre der Reichsämtler den Kanzler vertreten. Preuß nannte das einen „Notbehelf“, wie auch schon den früheren Versuch, durch eine preußische Kabinettsordre die Stellung des Premiers zu heben. In letzter Instanz blieb der Kanzler allein verantwortlich, – aber nur gegenüber dem Kaiser. Der Reichstag durfte die Chefs der Reichsämtler einbestellen, – aber nur zum „Rapport“. Es erschreckte Bismarck, daß die Deutsch-Freisinnige Partei in ihrem Gründungsprogramm vom 3. März 1884 die Entwicklung eines „wahrhaft konstitutionellen Verfassungslebens durch gesetzliche Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums“ verlangte. Der Kanzler unterstellte dem Kronprinzen, er wollte nach dem Tode des Kaisers unitarischen Tendenzen Vorschub leisten, und fürchtete, er könne solche „liberalen“ Ideen aufgreifen; deshalb lancierte er eine gemeinsame Aktion der verbündeten Regierungen gegen die Freisinnigen.⁸⁹

Preuß lobt den Nachfolger Leo v. Caprivi und dessen erklärte Absicht, dem preußischen Kollegialsystem mehr Geltung als unter seinem Vorgänger zu geben, geht aber doch darüber hinaus. Der Liberalismus müsse auf seinen „Liebling, das reine Kollegialsystem“, nunmehr verzichten, denn der Reichskanzler könne nicht dem preußischen Staatsministerium unterstehen. Jetzt käme es darauf an, dem Reichskanzler und preußischen Staatskanzler in Personalunion die allgemeine politische Verantwortung zuzusprechen, neben den Reichs- und preußischen „Staatssekretären“ mit jeweiliger parlamentarischer Ressortverantwortlichkeit.

„Der deutsche Reichs- und preußische Staatskanzler wäre als verantwortlicher Minister das genaue Gegenteil zum deutschen Kaiser und Könige von Preußen als unverantwortlichem Monarchen. Dessen Stellung bedarf dieser Stütze; und nach Lage der Dinge kann sie nur beides oder keines von beiden sein“ (S. 174f.).

⁸⁸ Rudolf Morsey, *Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867–1890*, Münster 1957, S. 288.

⁸⁹ Ebd., S. 297.

Das ist die zeitgemäße, systemimmanente Devise des Liberalen Hugo Preuß. Gerade die „Machtfülle“ der beiden Spitzenämter verlangt – zumal nach den Erfahrungen mit Bismarck – die rechtliche Normierung parlamentarischer Verantwortlichkeit.

Preuß geht es um die Gewichtsverlagerung zugunsten des Reichstags, der „Vertretung der Bevölkerung des Gesamtstaates“. Die wiederholte Formel von den „verbündeten Regierungen“, hinter deren Schein-Föderalismus Bismarck die Hegemonie Preußens habe verstecken und mit der er die Existenz der Reichsregierung habe leugnen wollen, sei eine Behauptung gewesen, die „die Impotenzklärung des Reichstages“ in sich geschlossen habe. Generell konstatiert er, das alte Dogma sei überlebt, wonach „das Wesen des Parlaments“ ausschließlich in der gesetzgebenden Kompetenz bestehe; seine Funktion bestehe auch in der Kontrolle von Regierung und Verwaltung. Sein Konzept von Unitarismus war nicht am Zentralismus orientiert. Im Gegenteil:

„Republikanischer Föderalismus wäre mit Demokratie und Parlamentarismus vereinbar; monarchischer Föderalismus ist es absolut nicht.“⁹⁰

Theodor Barth wollte in Bismarcks Abgang einen Etappensieg sehen, um den Reichstag zu stärken. Er hielt es für undenkbar, der Kaiser werde nun selber ein „persönliches Regiment“ ausüben. Emphatisch äußerte er die Erwartung, daß in einem Land mit allgemeinem Wahlrecht auf Dauer kein persönliches Regiment mehr durchführbar sei, „und sei es das klügste und wohlwollendste“. Die Notwendigkeit einer parlamentarischen Regierungsweise wird für ihn nicht erst „durch Verfassungsparagraphen“ begründet; schon die allgemeine „politische Kulturentwicklung“ verlangt sie. Barth rechnete in seinem euphorischen Temperament die „Triebkraft“ freisinniger Überzeugungen zu diesen Faktoren der Kulturentwicklung. Er hegte im Moment dieser Zäsur Hoffnungen auf einen parlamentarisch hervortretenden Volkswillen von gleichsam originärer Perfektibilität. Preuß war nüchterner. Bei gemeinsamer Zielsetzung, in der er mit Theodor Barth über das staatsrechtlich Notwendige nachdachte, sah er die Realität skeptisch.

Erfahrungen der Linksliberalen in der parlamentarischen Mehrheit unter Caprivi

Nach Bismarcks Entlassung wollten die Linksliberalen unter Leo Graf v. Caprivi an einer parlamentarischen Regierung mitwirken. Er wurde in den ersten Wochen seiner Kanzlerschaft von Barth und dessen politischen Freunden beraten. Hauptsächlich sollte die neue politische Mehrheit die agrarisch-konservative Vorherrschaft brechen. Dieses Ziel thematisierte Hugo Preuß seit längerem mit aller Stetigkeit und Schärfe. Caprivi verhiß die Fortsetzung der Handelsverträge. Das lief zumindest auf einen „aufgeklärten Protektionismus“ hinaus.

Zum Problem wurde die Vorlage zur Heeresvermehrung, schließlich mit zweijähriger Dienstzeit. Das Militärbudget war für die Linksliberalen meistens ein heißes Eisen. Historisch verinnerlicht war das bei Preuß, der die Militärfrage die „Mutter liberaler Niederla-

⁹⁰ Preuß an Witting, Berlin, 14. Juni 1917, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, NL Preuß, 90 Pr I, Bd. 1, Bl. 66–68.

gen“ nannte (S. 278). Diesmal trat Barth aber für die Vorlage ein. Die Gruppe unter seiner Führung folgte ihm mit dem Argument, die Heeresverstärkung berühre nicht liberale Grundsätze, und sie machte bei der Flottenpolitik mit, weil sie meinte, sie würde auch die Offenhaltung der Meere und damit den internationalen Güteraustausch sichern. Eugen Richter dagegen verlangte den Ausschluß der Dissidenten und provozierte 1893 die Trennung der Partei in die Freisinnige Volkspartei und die Freisinnige Vereinigung. Beide Flügel gingen getrennt in den Wahlkampf, den beide verloren. Der Versuch, über eine pragmatische Mitwirkung an der parlamentarischen Mehrheit Einfluß auf die Politik zu nehmen, war mißlungen.

In ihrer Barth-Biographie hat Konstanze Wegner diese Spaltung der Partei den „Tiefpunkt in der Geschichte des Links-Liberalismus“ genannt.⁹¹ Es bestand in dieser Konstellation aber auch – laut Wolfgang J. Mommsen – die „Hoffnung, daß die Freisinnige Vereinigung künftighin in nationalen und sozialpolitischen Fragen eine konstruktive Politik betreiben und zum Nukleus eines erneuerten Liberalismus werden könnte“.⁹²

Die Beteiligung an der parlamentarischen Mehrheit unter Caprivi brachte den Linksliberalen nicht die erhofften politischen Gewinne. Nach den Mißerfolgen der Freisinnigen bei den Reichstagswahlen sprach die *Nation* Anfang November 1893 von einem „neuen Zusammenbruch“ bei den preußischen Landtagswahlen.⁹³ Der Freisinnige Karl Schrader beklagte die Schwäche des Liberalismus sowohl in den Parlamenten als auch in seiner Resonanz in der Bevölkerung; das politische Leben sei matt geworden, lebendig allenfalls durch die „Interessen- und Radaupolitik“.⁹⁴

Er empfahl, der Liberalismus sollte seine Stärke wieder im außerparlamentarischen Leben suchen, in Lebensbereichen, aus denen seine Leistungen, sein politisches Personal und seine Ideen hervorgegangen seien: in der Wissenschaft und Sozialarbeit, in der kommunalen Selbstverwaltung und im kirchlichen Leben, im Vereins- und Pressewesen. Während den eigenen Fraktionen die parlamentarische Auseinandersetzung und der Wettbewerb bei Wahlen vorbehalten blieben, sollte er seine Revitalisierung im außerparlamentarischen Leben durch inhaltliche Geschlossenheit betreiben. Es war die nostalgische Flucht in eine ideelle Gemeinsamkeit, für die es in der Bevölkerung das soziale Substrat und die mentale Befindlichkeit nicht mehr gab.

Tatsächlich hatten die Linksliberalen Mühe, sich ein Bild von ihrem Wählerpotential zu machen. Die Ablösung von der Hoffnung auf eine „klassenlose Bürgergesellschaft“ (Lothar Gall) war objektiv längst vollzogen. Der Liberalismus vertrat seit den fünfziger Jahren nicht mehr ein Konzept der sozialen Emanzipation (Wolfgang J. Mommsen). Er

⁹¹ Wegner, *Theodor Barth*, a.a.O. (Anm. 51), S. 34; so laut Barth, in: *Die Nation*, 15. Jg. (1897/98), 19.3.1898.

⁹² Wolfgang J. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918*, Berlin 1995, S. 159.

⁹³ *Politische Wochenübersicht*, in: *Die Nation*, 11. Jg. (1893/94), Nr. 5 (4.11.1893), S. 63–65 (63).

⁹⁴ Karl Schrader, *Der Liberalismus und die Bevölkerung*, in: *Die Nation*, 11. Jg. (1893/94), Nr. 5 (4.11.1893) S. 65–67 (65).

geriet in eine strukturelle Krise: „Die Realität der Klassengesellschaft höhnte den Anspruch des älteren Liberalismus auf Allgemeinheit aus.“⁹⁵

Es war die Freisinnige Vereinigung, die in der Krise von 1893 zukunftsfähige Zeichen setzte. Die Freisinnige Volkspartei nahm, wie Konstanze Wegner konstatiert, die staatliche Sozialpolitik hin, die Freisinnige Vereinigung brachte eigene Konzepte ins Spiel.⁹⁶ Barth beobachtete Probleme und den Austausch von Lösungen über den Liberalismus hinaus. Er benutzte Eindrücke aus seinen Reisen und bat Lujo Brentano um seine Einflußnahme. Publizistische und persönliche Diskurse von Fachgelehrten, Politikern und Vereinigungen begleiteten die parlamentarischen Verhandlungen. Für die involvierten Linksliberalen war dies immer auch ein Stück neuerlicher Selbstfindung.

Friedensarbeit gegen Chauvinismus und Imperialismus

Im „Obrigkeitsstaat“ wurde der Zusammenhang der „Untertanen“ nur über den Herrschaftsapparat der Dynastie hergestellt. Ein „Volksstaat“ dagegen sollte auf einer Bürgerschaft beruhen, die in ihrer Selbstverantwortung der „nationalen“ Bewegung auch Ziele und Grenzen setzte. Die Folgen waren gravierend, daß dies mißlang. Schon vor Ausbruch des Weltkriegs hatten extrem militante, nationalistische Bewegungen mit kriegstreiberischen, chauvinistischen Tendenzen eine solche Weiterentwicklung behindert. Hugo Preuß und seine Gesinnungsfreunde bekämpften diese „krankhafte Hypertrophie der Vaterlandsliebe“, die gegen die wahren Interessen der Nation gerichtet waren (S. 83). Sie warben in ihren öffentlichen Beiträgen und Aktionen um friedliche Formen bei der Gestaltung der internationalen Politik.

Im Linksliberalismus und in der Sozialdemokratie trafen sich auf vielfache Weise Ideen und Richtungen verschiedener ethischer, ökonomischer und rechtlicher Observanz. Hugo Preuß war „ein früher Verfechter des Völkerrechtsgedankens“ und lieferte, wie Detlef Lehnert gezeigt hat, „eine gesellschaftstheoretische Begründung für dessen – über Kriegsverhütung hinausgehende – Zukunftsperspektive“.⁹⁷ Schon in seinen ersten publizistischen Stellungnahmen hat Hugo Preuß den Gedanken der Nation gegen eine chauvinistische Instrumentalisierung verteidigt und den Nationalstaat als Rechtsstaat auf seine grenzüberschreitenden Friedenspflichten in der internationalen Politik festgelegt: Während nationalistische Ideologen den Krieg verherrlichten, war jeder Krieg für ihn ein „fürchterliches nationales Unglück“. Die Handelsverträge unter Caprivi konnten die Linksliberalen begrüßen, die leichtfertige Mobilisierung imperialistischer Ansprüche in der sich rasch entwickelnden Kolonial- und Flottenpolitik dagegen, die sie zunehmend begleiteten, nahmen die meisten von ihnen sorgenvoll auf.

Hugo Preuß schrieb in der gärenden Stimmung Anfang der neunziger Jahre eine Abhandlung über *Das Völkerrecht im Dienste des Wirtschaftslebens*, eine nüchterne und

⁹⁵ Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 50), S. 525.

⁹⁶ Wegner, *Theodor Barth*, a.a.O. (Anm. 51), S. 22.

⁹⁷ Detlef Lehnert, *Der Beitrag von Hans Kelsen und Hugo Preuß zum modernen Demokratieverständnis*, in: Christoph Gusy (Hg.), *Demokratisches Denken in der Weimarer Republik*, Baden-Baden 2000, S. 221–255 (250).

gründliche Studie über den Prozeß, bei dem der internationale Austausch eine Alternative zu dem bisher für unvermeidlich gehaltenen Krieg verlangt. Der Grund für die moderne Weiterentwicklung und die Suche nach einem Gegenpol zum Krieg liegt in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Sukzessiv entwickelte sich ein internationales Recht – zunächst jedenfalls der zivilisierten Nationen – und eröffnete „ein weites Feld segensreichster Wirksamkeit“: Die „materielle Friedensarbeit“ geht neben den „Kriegsrüstungen unablässig und unwiderstehlich ihren Weg“.⁹⁸ Zwar besitzt das internationale Recht noch keine Organisationsformen, die den innerstaatlichen Institutionen entsprechen; die internationale Rechtsgemeinschaft aber schreitet voran. Nur nach der negativen Seite hin – zur Begrenzung des Kriegsrechts – gehöre der Krieg noch zum Völkerrecht.⁹⁹ Die internationale Entwicklung aber setze neue Maßstäbe für den „Kulturfortschritt“.¹⁰⁰ Preuß suggeriert Optimismus: Das umfassende System spezifischer Friedensarbeit des Völkerrechts beweiße, „wie lächerlich der immer wieder unternommene Versuch ist, das Völkerrecht durch Berufung auf die Fortexistenz des Krieges zu depossedieren“.¹⁰¹

Immer noch wurde sogar in der völkerrechtlichen Literatur der Krieg „als ein notwendiges Erziehungs- und unentbehrliches Zuchtmittel des Menschengeschlechtes“ ausgegeben und Völkern ein Rückstand an Kultur unterstellt, wenn sie wenig Kriege geführt hatten.¹⁰² Im *Handbuch für Völkerrecht* hatte der Erlanger Völkerrechtler Karl Lueder gemeint,¹⁰³ es sei „kein Ruhm unserer Zeit, daß in ihr das Gefühl für die sittliche Bedeutung des Krieges vielfach abhanden gekommen ist“. Das bezeichnet Preuß als eine „moralische Begriffsverwirrung“, um seine Besprechung der aktuellen Literatur mit dem Satz zu schließen:

„Wir aber würden es für einen unvergleichlichen Ruhm unseres Zeitalters halten, wenn die Bedeutung des Krieges als eines Rudiments der rohen Form, in der sich einst der natürliche und ewige Interessengegensatz äußerte, zum Durchbruch und zur Erkenntnis käme.“¹⁰⁴

Unter den Linksliberalen war es Theodor Barth, der fast zeitgleich – 1891/92 – Preuß sekundierte, wenn es darum ging, der Kriegsverherrlichung durch pseudowissenschaftliche und pseudoreligiöse Schriften mit aller argumentativen Schärfe zu begegnen. Er verwies auf einen ausgedienten preußischen Generalleutnant, der seinen Lesern unter dem Titel *Der Krieg in seiner Bedeutung für Volk und Staat* weismachen wollte, der Krieg sei ein „Element der göttlichen Weltordnung“. Barth genügte es nicht, diesen verschrobenen Überhöhungen aus Kenntnis ausländischen Schrifttums die Originalität abzusprechen. Die

⁹⁸ Hugo Preuß, *Das Völkerrecht im Dienste des Wirtschaftslebens*, in: Volkswirtschaftliche Zeitfragen, hg. von der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin, Berlin 1891, S. 4 [wird im Zweiten Band unserer Edition veröffentlicht].

⁹⁹ Ebd., S. 17.

¹⁰⁰ Ebd., S. 19.

¹⁰¹ Ebd., S. 50f.

¹⁰² Ebd., S. 63.

¹⁰³ Karl Lueder hatte 1880 *Recht und Grenze der Humanität im Krieg* und 1889 *Krieg und Kriegsrecht*, in: *Handbuch des Völkerrechts*, hg. von Franz v. Holtzendorff, veröffentlicht.

¹⁰⁴ Preuß, *Das Völkerrecht*, a.a.O. (Anm. 98), S. 64.

herrschende Mentalität im Wilhelminischen Deutschland hoffte er eher zu erreichen, indem er auf die Kritik des *Berliner Tageblatts* gegen den Autor verwies, wonach „seine Theorie von der Verweichlichung der Völker in Friedenszeiten von der Geschichte nicht ratifiziert wurde“; große Siege habe das Deutsche Reich seit nach 50jähriger „Verweichlichung“ durch Frieden errungen.¹⁰⁵

Man spürte bei Barth die unmittelbare sittliche Empörung über das leichtfertige und verantwortungslose Reden vom Kriege bei Intellektuellen mit europäischer Denktradition. Dann wurde auch die innere Überzeugung in der Kraft der Sprache spürbar:

„Dem Kriege gegenüber aber predigen selbst Weise des Abendlandes Passivität und vindizieren diesem schlimmen Übel eine privilegierte Ausnahmestellung unter den Übeln dieser Welt. Diese Afterweisheit verdient verspottet zu werden. Von Kriegen wird die Menschheit wohl noch lange heimgesucht werden, aber notwendig sind sie ebensowenig wie Duelle. Sie wurzeln in den tierischen Trieben und Leidenschaften der Menschen, deren Bändigung in gesetzmäßige Schranken wir Kultur nennen. Es gibt keinen wichtigeren Kulturkampf, als den Kampf gegen die Ursachen des Krieges.“¹⁰⁶

Theodor Barth hielt bis zu seinem Tode (1909) an seinen Bemühungen um die deutsch-englische Verständigung fest. Er nutzte dazu seine engen Kontakte mit prominenten liberalen Politikern wie Lord Asquith, John Morley, Winston Churchill und Lloyd George. James Bryce ließ er 1905 in der *Nation* einen Artikel schreiben, der mit dortigen Liberalen abgestimmt war, worin den Deutschen das Recht auf Flottenrüstung zugestimmt, Konflikte mit ihnen aber ausgeschlossen wurden.¹⁰⁷ Glaubte Barth den deutschen Flottenbau mit der Freihaltung der Meere und dem internationalen Güteraus-tausch rechtfertigen zu können, so erkannte er freilich bald das gefährliche Ausmaß des Wettrüstens. Er versuchte deswegen 1907 beim englischen Kriegsminister Haldane zu vermitteln – indessen vergeblich.

Die Sympathie und Bewunderung für die englische Demokratie teilte er mit anderen verständigungspolitisch bemühten Linksliberalen. Unter ihnen profilierte sich zusehends Conrad Haußmann, dessen Deutsche Volkspartei auf ihrem Delegiertentag in München 1895 den Leitsatz in ihr Programm aufgenommen hatte:

„Die Volkspartei ist eine Partei des Friedens. Sie erkennt im Krieg und im Militarismus die schwerste Schädigung des Volkswohlstandes, wie der Kultur- und Freiheitsinteressen. Sie erstrebt einen Friedens- und Freiheitsbund der Völker.“¹⁰⁸

Theodor Barth empfahl seinen deutschen Kollegen 1906 ausdrücklich – nach seinen Gesprächen mit Haldane und Bryce über völkerrechtliche Fragen – den Besuch einer Londoner Tagung der (1888 gegründeten) *Interparlamentarischen Union*, die nach und

¹⁰⁵ Theodor Barth, *Der schlimme Friede*, in: *Die Nation*, 9. Jg. (1891/92), Nr. 41 (9.7.1892), S. 613f.

¹⁰⁶ Ebd., S. 614.

¹⁰⁷ Vgl. Wegner, *Theodor Barth*, a.a.O. (Anm. 51), S. 80.

¹⁰⁸ Lothar Albertin, *Das Friedensthema bei den Linksliberalen vor 1914: Die Schwäche ihrer Argumente und Aktivitäten*, in: Karl Holl und Günter List (Hg.), *Liberalismus und imperialistischer Staat. Der Imperialismus als Problem liberaler Parteien in Deutschland 1890–1914*, Göttingen 1975, S. 89–108 (96).

nach zu einer institutionellen Plattform für die Vorbereitung der Haager Konferenzen wurde. Die Londoner Konferenz empfing immerhin 620 Delegierte aus 23 Ländern und endete mit einer Resolution über Rüstungsbeschränkungen für die auf 1907 verschobene II. Haager Konferenz, die aber – nicht zuletzt wegen deutscher Vorbehalte – über bloße Beteuerungen nicht hinauskam.

Seitdem blieb das budgetpolitische und ökonomische Kostenproblem des „bewaffneten Friedens“ auf der Tagesordnung der Interparlamentarischen Konferenzen, deren nächste in Berlin stattfand, die aber, mit einer heterogenen Zusammensetzung der deutschen Gruppe, doch nur eine verklausulierte Empfehlung für die III. Haager Konferenz zustande brachte. Die friedenspolitischen Auffassungen differierten unter den Linksliberalen. So hatte Barth seit seiner engeren Zusammenarbeit mit Friedrich Naumann dessen Englandfremdheit beklagt. Dieser war 1912 zum erstenmal dorthin gereist, verwarf gesinnungsethische Begründungen der Friedensfrage, hielt aber wirtschaftliche Verflechtungen und eine daraus folgende „Logik der Interessen“ für die „beste Friedenspropaganda“.¹⁰⁹ Im anderweitigen Diskurs war aber auch Friedrich Naumann lernfähig. Er band sich in die deutsch-französischen Verständigungsbemühungen ein. Noch im Juni 1914 ging er mit einer Delegation aus Abgeordneten der Sozialdemokratie, der Fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums – die Linksliberalen diesmal, wie im Vorjahr die Sozialdemokratie, im Auftrag ihrer Fraktion – zu einer Parlamentarierkonferenz in Basel.¹¹⁰

Schwächen des Linksliberalismus im Kräftefeld der wilhelminischen Politik

Mit wachsender Sorge beobachtete Hugo Preuß seit den neunziger Jahren die Selbstdarstellung und Politik des Linksliberalismus, ihren Mangel an unverwechselbarer Kompetenz, prinzipientreuer Konsequenz, sichtbarer Klarheit und öffentlicher Anziehungskraft. Die Handlungsbedingungen hatten sich gewandelt. Für Jahrzehnte war der Hauptgegner Bismarck gewesen. Den Liberalen schien es, als hätte seine Entlassung eine neue Chance eröffnet. Deshalb wollten sie sich an der Regierung Caprivi beteiligen. Aber es tauchten auch neue Fragen auf: Die Öffnung zur Sozialdemokratie, sozialpolitische Anstöße, Diskurse eines völkerrechtlichen, ökonomischen und ethischen Pazifismus und Notwendigkeiten einer entschiedenen Abwehr des Antisemitismus verlangten eine Antwort. Die überlieferten Ideen und Grundsätze der eigenen Identität mußten fortgeschrieben werden.

Unter Caprivi hatte Theodor Barth noch gehofft, der junge Kaiser werde ein persönliches Regiment nicht ausüben. Aber der Monarch, der den Reichstag bald als „Schwatzbude“ verhöhnte, praktizierte früh eine „neoabsolutistische Selbstherrschaft“, wenn er etwa den Einflüsterungen des Liebenberger Kreises um Philipp Graf zu Eulenburg-Hertefeld folgte.¹¹¹ Seine Neubesetzungen von Ämtern der Reichsleitung waren „klare Akte des persönlichen Regiments“. Da nutzte es den Kritikern der ostelbischen Junker wenig, daß der folgende Reichskanzler Fürst Chlodwig v. Hohenlohe, früherer bayerischer Ministerpräsident, Botschafter in Paris, dann Statthalter in Elsaß-Lothringen, „preußendistanziert, ja voller Widerwillen gegen die Junker“ war.¹¹² Er war 75 Jahre alt, ein schwacher und hilfloser Kanzler unter der Willkür des Monarchen. Es war geradezu der Eindruck eines „System-

¹⁰⁹ Vgl. Theiner, *Sozialer Liberalismus*, a.a.O. (Anm. 52), S. 222.

¹¹⁰ Ebd., S. 222f.

¹¹¹ Vgl. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, a.a.O. (Anm. 92), S. 92f.

¹¹² Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 50), S. 709.

wechsels“ entstanden.¹¹³ Wenn Eugen Richter 1897 im Reichstag gegen das persönliche Regiment protestiert hatte, so erweiterte und verschärfte sich diese Kritik anlässlich des zweiten Flottengesetzes, namentlich durch August Bebel, bis hin zu Ernst Lieber vom Zentrum.

Wilhelm II. ließ keinen Zweifel, was die sozialpolitischen Erlasse vom Februar 1890 bezweckten: sie sollten die Arbeiterbewegung schwächen. Immerhin erreichte der Freiherr v. Berlepsch in der Sozialgesetzgebung die breite Mitarbeit der Fraktionen im Reichstag, wie bei der Gewerbeordnung, bei den Arbeiterausschüssen und Gewerbegerichten.¹¹⁴ Die eigentliche Absicht, die Sozialdemokratie zurückzudrängen, erwies sich als unrealistisch. Die Partei war unter dem Sozialistengesetz erstarkt; bei den Reichstagswahlen im Februar 1890 gewann sie 35 Mandate, 19,7 % der abgegebenen Stimmen. Das machte sie zu einem politischen Machtfaktor.

Der Kaiser, das Regierungsestablishment und die dominanten Gesellschaftsgruppen provozierten immer wieder Konflikte mit der Sozialdemokratie, der sie systemgefährdende Bedrohung unterstellten. Gesetzgeberische Anläufe und gelegentliche exekutive Interventionen taten ein übriges, um die öffentliche Meinung kontrovers zu mobilisieren. Aber der Reichstag reagierte nicht wie vom Kaiser gewünscht: Die SPD blieb in ihrer Defensive nicht isoliert. Strafgesetz, Pressegesetz und Militärstrafgesetz sollten verschärft werden. Aber die sogenannte „Umsturzvorlage“ mißlang.¹¹⁵ Der Entwurf dazu stammte von Anfang Dezember 1894. Zahlreiche Änderungen hatten dann in der zweiten Lesung am 8. Mai 1895 den ursprünglichen Zweck zurückgedrängt, die „Besorgnis vor revolutionären und anarchistischen Ausschreitungen“ zu beseitigen und „die bürgerliche Gesellschaft zu schützen“, wie der Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe erklärt hatte, was einen Sturm der Entrüstung in der öffentlichen Meinung hervorrief. Am 11. Mai wurde die Vorlage im Reichstag abgelehnt. Wilhelm II. übte sich in Andeutungen über Staatsstreichpläne, Reichstagsauflösung, bis zur Auflösung und Neugründung des Reichs. Eine undurchsichtige Rolle spielte der reaktionäre General Waldersee.¹¹⁶ Die staatliche Sozialpolitik stagnierte; Berlepsch zog sich im Juni 1896 zurück. Polizeimaßnahmen gegen die Sozialdemokratie, wie die kurzzeitige Auflösung des Parteivorstandes, muteten wie Rückfälle in die Zeit des Sozialistengesetzes an. Als im Winter 1896/97 die Hamburger Hafentarbeiter in einem Großstreik begrenzte Forderungen zum Schlichtungs- und Schiedsverfahren erhoben, ergriffen Sozialreformer wie Friedrich Naumann und Ferdinand Tönnies zu ihren Gunsten Partei. Dem Kaiser fiel nichts Besseres ein, als eine seiner sanguinischen Reden zu halten, als er am 28. Februar 1897 den „Kampf gegen den Umsturz mit allen Mitteln“ ankündigte. Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde die Vorlage, die das Vereinsgesetz verschärfen sollte, mit 209:205 Stimmen verworfen. Die im April 1899 eingebrachte sogenannte Zuchthausvorlage scheiterte ebenfalls. Ihre Vorgeschichte ging auf Drohungen des Kaisers zurück, der am 17. Mai 1897 und am 6. September 1898 Maßnahmen gegen die Behinderung „Arbeitswilliger“ bei Streiks verlangt, ja sogar Zuchthausstrafen gefordert hatte. Die beabsichtigte Verschärfung des Strafgesetzbuches stieß auf den breiten Protest der Öffentlichkeit und einer Reichstagsmehrheit, der sich auch die Nationalliberalen anschlossen, und wurde im November 1899 abgelehnt.

Immerhin entspannte sich die gereizte Stimmung, als Graf v. Posadowsky-Wehner – dem längst das Zentrum sekundierte – den Kaiser für eine Reform des Vereinsrechts mit Aufhebung des Koalitionsverbots und die Verbesserung der Stellung der Gewerkschaften gewinnen konnte.¹¹⁷ In dieser Gemengelage häufiger Bedrohungen und des breiten

¹¹³ Ebd., S. 712.

¹¹⁴ Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, a.a.O. (Anm. 92), S. 110f.

¹¹⁵ Hugo Preuß, *Die Umsturzvorlage und die Städte* (1895) [in Bd. 5 unserer Edition].

¹¹⁶ Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 50), S. 713.

¹¹⁷ Ebd., S. 714f.

kritischen Widerhalls hatte der Linksliberalismus Mühe, einen deutlichen, eigenen Kurs zu steuern, zumal seine Solidarität mit der Sozialdemokratie nicht von allen seinen Gruppen stetig durchgehalten wurde. Es mangelte ihm auch an Geschlossenheit in wichtigen politischen Handlungsbereichen.

Am deutlichsten wurde dies in der Rüstungspolitik, als Tirpitz 1898 über den Flottenverein seine Großkampagne einleitete. Der Flottenbau entglitt unter der disparaten Zahl der Akteure, Interessen, Intentionen und Effekte immer mehr der Sphäre berechenbarer Politik. Wilhelm II. hatte die Thematik anlässlich des 25jährigen Reichsjubiläums am 18. Januar 1896 angestoßen, als er bürgerliche Abgeordnete wissen ließ, das Deutsche Reich sei ein Weltreich geworden.¹¹⁸ Flottenpatrioten fanden hier ihre Stichworte. Als die Reichstagsmehrheit 1897 eine Vorlage zum Marine-Etat zwar annahm, aber mit Kürzungen versah, empörte sich der Kaiser in seiner berüchtigten Depesche an den Admiral Prinz Heinrich, seinen Bruder, die dieser vor versammelter Mannschaft an Bord verlas. Es war darin die Rede von den „bösen Folgen des Verhaltens jener vaterlandslosen Gesellen, die die Beschaffung der für das Deutsche Reich notwendigen Kriegsschiffe zu hintertreiben wissen“.¹¹⁹

Die Vorlage zum ersten Flottengesetz wurde Ende März 1898 in namentlicher Abstimmung angenommen. Die Freisinnige Vereinigung war bei der Zustimmungsmehrheit, die Freisinnige und die Deutsche Volkspartei lehnten sie mit den Sozialdemokraten, Polen, Welfen und den meisten bayerischen Zentrumsangehörigen ab. Der Übergang zur Schlachtflotte war – noch moderat – eröffnet. Das Zentrum, das zunächst mit 61 von 101 Abgeordneten dafür gestimmt hatte, sorgte beim zweiten Flottengesetz fast einmütig für einen Sieg. Zwar erreichte Tirpitz nicht den geplanten Nebeneffekt, eine möglichst effektive Entmachtung des Reichstags – dieser wurde vielmehr wegen der Kostenfrage mittelfristig unentbehrlich und gewann so an Gewicht. Diese Genugtuung konnten die Freisinnigen aber ihren Wählern kaum vermitteln. Der Kaiser meldete sich weiterhin durch unbedachte Reden oder Trinksprüche zu Wort – „Reichsgewalt bedeutet Seegewalt“.¹²⁰ Durch manche anmaßende Drohgebärde erhielt der Schlachtschiffbau eine anti-englische Spitze, so daß die „internationale Normalität“ der Rüstungspolitik sukzessiv überdehnt wurde.¹²¹ Die Akteure und Trägergruppen der Flottenpolitik mobilisierten zudem kollektive Stimmungen und Erwartungen, denen sich auch viele Linksliberale nicht ganz entziehen konnten. Max Weber und Friedrich Naumann traten währenddessen rhetorisch und publizistisch als wirksame Protagonisten einer Weltpolitik auf, die Wachstum und Wohlstand verhieß und zeitweilig auch die Einbindung der organisierten Arbeiterschaft intendierte. Naumanns *Demokratie und Kaisertum* propagierte Ideen und Konzepte, in denen der Kaiser in überhöhter Rollenerwartung fungierte, so daß die tatsächlichen Mißgriffe seiner Amtsausübung als seltene peinliche Störfälle behandelt wurden.

Mitunter erbrachten Wilhelms II. Interventionen auch willkommene Ergebnisse. So erwähnte Preuß das Projekt des Mittellandkanals – vor den Landtagswahlen 1898 –, das der Kaiser gegen die Interessen der ostelbischen Junker verfolgte. Auch Preuß hielt den Kanal wirtschaftspolitisch für wichtig und ließ sich an diesem Punkte ein Bündnis gegen die rückständigen Junker gefallen. Zu diesem Wasserstraßennetz, das Rhein und Elbe verbinden sollte, war ein Plan 1899, dann 1903 im preußischen Landtag abgelehnt worden, bis wenigstens die Strecke Dortmund–Hannover 1905 bewilligt wurde. 18 Landräte, die sich widersetzt hatten, wurden zeitweilig zur Disposition gestellt.

Naumann verfolgte die Absicht, die Arbeiterschaft von bürgerlicher Seite aus zu gewinnen. Aber dieses Ziel erreichte der von ihm gegründete Nationalsozialer Verein nicht. Das Gros der 48 % lohnarbeitenden Schichten der Gesamtbevölkerung blieb weiter der Sozialdemokratie und partiell dem Zentrum organisatorisch verbunden.¹²² Als intime

¹¹⁸ *Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1893–98.* Hg. vom Sozialdemokratischen Parteivorstand, Berlin 1898, S. 203f.

¹¹⁹ Ebd., S. 206.

¹²⁰ Ebd., S. 209.

¹²¹ Vgl. Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 50), S. 639.

¹²² Vgl. Walter Gagel, *Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien 1848–1918*, Düsseldorf 1958, S. 159.

Beobachter der Wählerrends wußten Preuß und Barth, daß die Liberalen mit ihrem bescheidenen Anhang der wählerstarken Sozialdemokratie bedurften, um parlamentarisch wirksam handeln zu können. Friedrich Naumann hatte schon auf der Gründungsversammlung der Nationalsozialen in Erfurt 1896 den Beschluß über die Ausweitung der Wahlrechtsgleichheit auf die Kommunen durchgesetzt, um Sozialdemokraten an den lokalen Aufgaben zu beteiligen. Paul Göhre befürwortete die Annäherung an den revisionistischen Flügel. Diese Perspektive der Linksliberalen auf dem Wege zur Fortschrittlichen Volkspartei wurde aber immer wieder durch interne Hemmnisse beeinträchtigt: So fürchtete eine Gruppe um Hermann Pachnicke die Konkurrenz der Arbeiterpartei in den Städten.

Hugo Preuß hielt um die Jahrhundertwende die Krise des Liberalismus für dramatisch. Diese Schwäche beruhte auf einer veränderten politischen und wirtschaftlichen Landschaft, in der versucht wurde, den Spagat zwischen programmatischer Identität und praktischem Einfluß zu bewältigen. So viel war auch für den Linksliberalismus, der als „entschiedener“ Liberalismus angetreten war, offensichtlich: Wenn er sich an der Regierungspolitik parlamentarisch beteiligen wollte, mußte er seine Kritik am obrigkeitstaatlichen System sowie seine Forderungen nach einem weiteren freiheitlichen Ausbau der konstitutionellen Monarchie moderat halten. Die linksliberalen Protagonisten mußten zudem oft genug in Kauf nehmen, daß die durchgeführte Politik auch antilibérale Sekundärziele verfolgte, wie die Schwächung der Sozialdemokratie, wiederholte Aktionen zur Entmachtung des Reichstags, demagogische Abwerbung und Umlenkung des eigenen Wählerpotentials in den Sog der großen nationalistischen Agitationsverbände. Die Rückkopplung an die Sozialdemokratie brachte die Liberalen auch in die zwiespältige Situation, einerseits deren Zugewinn in den Städten zu brauchen, indessen ihn auch zu fürchten, zumal deren Revisionismus noch lange eine „Intellektuellenbewegung“ blieb.¹²³

Interessenlagen und Ziele des Linksliberalismus waren innerparteilich sehr heterogen. Das entsprach seinem vielschichtigen Anhang und verlangte Aufschübe und Abstriche an einer entschiedenen Programmatik, insbesondere bei den *ad-hoc*-Kompromissen in Stichwahlen. Zuletzt – 1912 – erreichte der Linksliberalismus sämtliche 42 Reichstagsmandate nur noch über Stichwahlen.¹²⁴

Parlamentarischer Pragmatismus im Bülowblock: Sprengkraft liberaler Grundsätze

Der Bülowblock ab 1907 brachte für die Linksliberalen einen neuerlichen Versuch, pragmatisch über eine parlamentarische Mehrheit Einfluß zu gewinnen und zugleich das Gewicht des Reichstags im konstitutionellen Gefüge der Organe zu verstärken. Eindeutig und geschlossen war ihre handlungsleitende Strategie nicht. Sie mußten auf innerparteiliche Spannungen gefaßt sein. In Sachauseinandersetzungen bei der parlamentarischen Kooperation wurde ihnen Kompromißbereitschaft abverlangt. Es war die Frage, welche Grundsätze liberalen Denkens ihnen als unverzichtbar gelten würden. Für solche Konfliktfälle schieden sich dann die Geister an der salvatorischen Lösungsformel: Wel-

¹²³ Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 50), S. 569.

¹²⁴ Ebd., S. 523.

che normativen Postulate durften zeitweilig suspendiert werden – mit der Hoffnung auf spätere Durchsetzung unter günstigeren Kräftekonstellationen? Schon im Jahr 1909 sollte der Bülowblock an der Reichsfinanzreform wieder zerbrechen.

Für Theodor Barth, der seit 1903 dem Reichstag nicht mehr angehörte und der dieses Bündnis von Anfang an abgelehnt hatte, waren der Sprachenstreit und die Rechtsstellung von Minderheiten der Konfliktfall schlechthin. Er sah „den wichtigsten Grundsatz des Liberalismus verletzt, den Grundsatz der Rechtsgleichheit“.¹²⁵ Er hatte noch am 22. März 1908, unterstützt von 50 Ortsvereinen – auch Hugo Preuß hatte unterzeichnet – die eigenen Reichstagsabgeordneten beschworen, nicht nachzugeben. Ihr „Gesinnungsoffer“ erschien ihm als „das letzte Glied in einer Kette von Konzessionen“.¹²⁶ Nunmehr bestand er darauf:

„Das Prinzip der Rechtsgleichheit kann gar nicht strikt genug interpretiert werden, zumal in einem Lande wie Preußen in Deutschland, in dem die Staatsverwaltung es täglich schon beinahe gewohnheitsmäßig verletzt.“¹²⁷

Er warnte vor den Folgen: Die Fraktion könne sich nicht mehr auf das Recht berufen, „sollte es einmal zu einer gesetzgeberischen Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden oder der Sozialdemokratie oder der Freidenker kommen“.¹²⁸

Im Wahlkampf hatte Bernhard Fürst v. Bülow sogar das Bild einer „konservativ-liberalen Paarung“ vorgegeben. Conrad Haußmann von der Süddeutschen Volkspartei warnte, der Kanzler sei ein „Opportunist durch und durch“. Tatsächlich hielt Bülow nicht, was er den Liberalen versprochen hatte. Die preußische Wahlreform griff er nicht auf,¹²⁹ um nicht mit der Gunst der Konservativen die schwache Mehrheit zu verlieren. Es wurde aber endlich ein Reichsvereinsgesetz in Gang gebracht. Es ersetzte die vielfältigen Landesgesetze und bot längst fällige Verbesserungen, wie die Zulassung von Frauen zu politischen Versammlungen.

Die Beratung des Reichsvereinsgesetzes deckte illiberale Grundtendenzen auf. Der Entwurf verschärfte die Germanisierungspolitik im Osten, die mit der Ausweisung von 48.000 Polen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit – darunter 9.000 Juden – im März und Juli 1885 und der „Germanisierung des Bodens“ durch das preußische Ansiedlungsgesetz von 1886 gesteigert worden war.¹³⁰ Es wurde verboten, in öffentlichen Versammlungen fremde Sprachen zu sprechen. Das fügte sich in die ältere sprachkulturelle Verfolgung nationaler Minderheiten ein.¹³¹ Unter den Linksliberalen entbrannten heftige Auseinandersetzungen. Die 1907 geschaffene Fraktionsgemeinschaft ihrer drei Parteien hatte zunächst namentlich die Unterdrückung des Polnischen als Versammlungssprache abgelehnt. Sie gab sich schließlich – in großer Mehrheit – mit einem Kompromiß zufrieden: Die Vorschrift des alleinigen Gebrauchs der deutschen Sprache entfiel für Versammlungen in Wahlkämpfen für den Reichstag und für die gesetzgebenden Versammlungen der Bundesstaaten und Elsaß-Lothringens. Der Mitgebrauch einer nicht-deutschen Muttersprache sollte für die nächsten 20 Jahre in Landesteilen gestattet sein, deren alteingesessene Bevölkerung nichtdeutscher Muttersprache nach jeweils letzter Volkszählung 60 % der Gesamtbevölkerung überstieg.¹³² Faktisch ging es dabei vor allem um die Provinz Posen.

Vier freisinnige Abgeordnete folgten am 8. April 1908 im Reichstag dem Votum nicht: Heinrich

¹²⁵ Theodor Barth, *Der Freisinn im Block*, Berlin 1908, S. 8.

¹²⁶ Ebd., S. 14 und S. 8.

¹²⁷ Ebd., S. 17.

¹²⁸ Ebd., S. 19.

¹²⁹ Im *Berliner Tageblatt* vom 31.7.1907 erklärte Friedrich Naumann die Wahlrechtsfrage zu einer „Lebensfrage des Blocks“. Vgl. Theiner, *Sozialer Liberalismus*, a.a.O. (Anm. 52), S. 174–176.

¹³⁰ Vgl. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3, a.a.O. (Anm. 15), S. 963f., 1068.

¹³¹ Vgl. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, a.a.O. (Anm. 92), S. 246.

¹³² *Reichsgesetzblatt* 1908, Nr. 18, Paragraph 12.

Dohrn, Georg Gothein, Adolf Neumann-Hofer und Heinz Potthoff. Die Spaltung reichte weiter und tiefer.

Auf dem Frankfurter Vertretertag des „Wahlvereins der Liberalen“ am 22. April 1908 stritten dann Theodor Barth und Friedrich Naumann leidenschaftlich über die Motive der Fraktionsmehrheit. Die Abstimmung ergab für sie 315 gegen 98 Stimmen bei 18 Enthaltungen. Mit Barth erklärten Rudolf Breitscheid und 16 weitere Delegierte ihren Austritt. Am Ende stand auch der Bruch zwischen Lujo Brentano und Naumann. Letzterer wurde wiederum von Max Weber bestärkt. Weber rechnete die Frage der sprachkulturellen Autonomie zu den Elementen, die eine reichspolitische Einbindung erlaubten; aber die Einschränkungen des Polnischen in politischen Versammlungen lehnte er ab. Naumanns aufreibenden Einsatz für die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft hielt er für folgerichtig.

Der Süddeutsche Conrad Haußmann verteidigte später die Haltung der Fraktionsgemeinschaft; sie habe durch ihre parlamentarische Mitarbeit das „persönliche Regiment“ des Kaisers auf seine „verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten“ zurückgeholt – ein Vorgang von „geschichtlicher Bedeutung“ – und an wichtigen Gesetzen mitgewirkt. Nach Meinung der großen Mehrheit wogen diese Fortschritte das Zugeständnis beim Sprachenparagrafen auf. Sie folgte Barths Prinzipientreue nicht und betrieb die Fusion ihrer Parteien – Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Süddeutsche Volkspartei – zur Fortschrittlichen Volkspartei im Jahre 1910. Auch Hugo Preuß blieb in dieser Formation. Er fürchtete die weitere Zersplitterung des Liberalismus. Von dieser sollte er – als er bei den Reichstagswahlen 1912 erfolglos kandidierte – selber betroffen werden.

Entschiedenheit: Demokratische Vereinigung

Auf seiner Generalversammlung beschloß der Sozialliberale Verein zu Berlin am 25. April 1908 den Austritt aus der Freisinnigen Vereinigung. Am 16. Mai gründeten Theodor Barth und Rudolf Breitscheid die „Demokratische Vereinigung“. Das Programm war konsequent: Beendigung des Dreiklassen-Wahlrechts in Preußen, unbeschränkte Selbstverwaltung in den Kommunen, die allgemeine Volksschule, eine sozialfortschrittliche Politik, Rechte der Frauen, konstitutionelle Regierung, weitgehender Einfluß des Parlaments auf die auswärtige Politik.¹³³ Die Kooperation mit der „in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiterschaft“, mit ihrem „Millionenheer“, war für Theodor Barth „in den politischen Kämpfen gegen die reaktionäre Herrschaft“ nunmehr allein erfolgversprechend. An diese Devise hielt sich auch der erste Parteitag in Berlin April 1909. Der „Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem“ galt als „konstitutionelle Kardinalforderung“ der neuen Vereinigung. Das alte System habe abgewirtschaftet.

Rudolf Breitscheid lud sowohl Republikaner als auch Monarchisten ein; von letzteren erwartete er, daß sie den Monarchen auf die Sphäre beschränken sollten, „die ihm in einem demokratischen Staatswesen gesetzt“ sei. Die Stellung zur Staatsform könne dann als Privatsache gelten. Auf ihrem ersten Parteitag zählte die Vereinigung 5.063 Mitglieder, im Juni 1911 waren es 11.000. Die Öffentlichkeitsarbeit besorgte bis zum Kriegsbeginn *Das freie Volk. Demokratisches Wochenblatt*. Herausgeber war Breitscheid, bis zu seinem Wechsel zur Sozialdemokratie am 10. Februar 1912.¹³⁴ Zur Programmkommission zählte Hellmut v. Gerlach, der von 1903 bis 1907 als Reichstagsabgeordneter Hospitant der

¹³³ Vgl. Dieter Fricke (Hg.), *Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in Deutschland 1830 bis 1945*, Köln 1981, S. 138–144 (Die Entstehung der Demokratischen Vereinigung, und weitere Daten).

¹³⁴ Fricke (Hg.), *Deutsche Demokraten*, a.a.O. (Anm. 133), S. 142.

Freisinnigen Vereinigung gewesen war. Er half auch, als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Demokratischen Verlagsanstalt, durch die Einwerbung von Spenden, was vor Wahlkämpfen auch über einen Barth-Fonds geschah.

Die Demokratische Vereinigung positionierte sich im Parteienfeld zwischen Fortschrittlicher Volkspartei und Sozialdemokratie. Während sie aus der ersteren die eigene Herkunftspartei, die Freisinnige Vereinigung, „noch immer die liberalste“ nannte, belegte sie die fusionierte Gesamtpartei mit dem Verdikt des „Scheinliberalismus“. Sie beobachtete und bewertete deren fallbezogene Stellungnahmen in Parlamenten, auf Parteitag und in Wahlkämpfen als Abweichungen von der eigenen Linie eines entschiedenen Liberalismus im Sinne Theodor Barths aus taktischem, koalitionspolitischem Kalkül. Sie warf ihr vor, linksliberale Normen und Ziele nicht konsequent genug zu verfolgen oder sogar zu konterkarieren, indem sie sich den Nationalliberalen näherte und sich, wie es später hieß, „auf dem Marsch nach rechts“ befände.¹³⁵

Hugo Preuß hat von Theodor Barth, der am 3. Juni 1909 starb, in tiefem freundschaftlichen Schmerz Abschied genommen. Er hat ihn als eine Persönlichkeit gewürdigt, für die der entschiedene politische Liberalismus noch vollgültiges Lebenselixier war. Die Leidenschaft seiner Überzeugungen, „die unentrinnbare Selbsttreue einer vornehmen Seele, eines vornehmen Geistes“, war mitunter mit dem politischen Alltagsgeschäft in Parteien und Parlamenten nicht vereinbar. Preuß hat kurz nach dem Tode Barths gefragt, warum der ältere Mitstreiter nicht zu Lebzeiten die gesuchte Resonanz und Realisierung seiner politischen Vorstellungen erreicht hat. Und er nannte – aus zeitgenössischer Beobachtung und Erfahrung – zwei objektiv zusammenhängende Phänomene des Kaiserreichs: den verblüffenden Mangel an politischen Führern großen Stils und die „Unfähigkeit“ des Volkes, „sich spontan von Männern führen zu lassen, die nicht von Obrigkeit und Amtes wegen bestellt, sondern vom Gemeinwillen dazu berufen werden“ (S. 370).

Die falsche Auslese der Parteiführer warf Preuß wiederum der „Fraktionsbürokratie“ und dem „Einfluß der Fraktionskamarilla“ vor: „Es wiederholt sich hier im Parteiverbande noch einmal die politische Aphasie des Gemeinwillens wie im Staatsverbande“ (S. 370). So erklärte sich, daß trotz des „erschreckenden Mangels politischer Führernaturen“ Theodor Barth nach dreißig Jahren politischen Wirkens außerhalb aller Parteien und Parlamente angelangt war. Daß er kein parlamentarisches Mandat besaß, nannte Preuß „eine der Ungeheuerlichkeiten unseres deutschen politischen Lebens“ (S. 368).

Ludwig Bamberger, Theodor Barth und Karl Schrader hat Preuß zu seinen Vorbildern gerechnet. Der Liberalismus verband sie als konsequente Lebensanschauung. Ein „taktisch politischer Gegensatz“ zu Schrader „in Barths letzter Lebenszeit“ habe dieses Band nicht gelockert (S. 378), betonte er noch Jahre danach, als er sich in einer Würdigung Schraders über „eine der grotesksten Erscheinungen unseres Parteigetriebes“ ausließ, „indem wir bei einem Versuche, seinen letzten Wahlkreis unserer Sache zu erhalten, auf die Jünger unseres liebsten Freundes Barth als unsere heftigsten Gegner stießen“ (S. 380). – Der Sachverhalt ist rasch notiert. Die Demokratische Vereinigung hatte sich bei den Reichstagswahlen im Januar 1912 um Absprachen mit der Sozialdemokratie für die Haupt- und Stichwahlen bemüht und, soweit sie angetreten war, sporadischen Zugewinn erzielt. Die Schützenhilfe für die Sozialdemokratie sollte auch die Hoffnungen von Hugo Preuß im Dessauer Wahlkreis Anhalt I zunichte machen. Hier war aus Altersgründen der Linksliberale Karl Schrader nicht mehr angetreten. Er hatte seinen Wählern Hugo Preuß als seinen Nachfolger empfohlen. Die Demokratische Vereinigung hatte hier Hermann Lüdemann aufgestellt, der in der Weimarer Republik als Sozialdemokrat preußischer Landtagsabgeordneter und

¹³⁵ Vgl. die weiteren Ausführungen und Belege bei L. Albertin, *Liberaler Revisionismus*, in: Lehnert/Müller, *Untertanenverband*, a.a.O. (Anm. 29), S. 85ff.

kurzzeitiger Finanzminister werden sollte. Mit seinen knapp 2000 Stimmen hinderte er Preuß an einer bürgerlichen Sammelkandidatur. Die Orientierung der eigenen Wählerschaft war eindeutig und sollte in der Stichwahl den sozialdemokratischen Kandidaten Wolfgang Heine begünstigen. Die Instruktion begann mit der Hoffnung „auf den Sieg der Demokratie auch in diesem Wahlkreise, den man seit Richard Roesickes Zeiten gern als die Hochburg des entschiedenen Liberalismus bezeichnet hat“. Dann distanzierte sie sich von Hugo Preuß: „Ein Reichstagsmandat ist schon eine Messe wert – so dachte nicht nur Herr Preuß, als er in dem Augenblicke, wo ihm die Fortschrittler die Kandidatur für Anhalt I anboten, seine Beziehungen zur Demokratischen Vereinigung löste, sondern so dachten auch die anhaltischen Fortschrittsführer, als sie aus ihrem reaktionären Herzen eine Mördergrube machten und Herrn Preuß auf den Schild hoben.“ Der Kampf werde gegen alle Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei geführt, hieß es dann, „deshalb führen wir den Kampf mit aller Energie auch gegen Herrn Preuß“.¹³⁶

Als Preuß im August 1917 einen seiner Beiträge zur dringend gewordenen Wahlrechtsreform schreiben sollte, plädierte er in der *Frankfurter Zeitung* für das Proportionalwahlrecht und den Fortfall der ungleichen Wahlkreise. Das neue System sollte die Parteileitungen nicht zuletzt zwingen, der „Auslese der politisch höchst Qualifizierten“ mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Daß es zudem „die in jeder Hinsicht widerwärtigen, politisch entsittlichenden Stichwahlen“ ganz ausschloß, war für ihn „ein glatter Reingewinn“ (S. 664f.). Er hielt die opportunistische Taktik solcher Absprachen, die programmatisch-normatives Denken korrumpierte, geradezu für unmoralisch. Sicherlich berücksichtigte er damit auch die eigene Erfahrung. Indessen war das Verfahren nicht selten, 1912 gab es fast in der Hälfte aller Wahlkreise Stichwahlen.¹³⁷ Nach den Mißerfolgen ihrer Kandidaten bei den Reichstagswahlen 1912 geriet die Demokratische Vereinigung in eine prekäre Lage. Sie litt unter Gerüchten einer Auflösungsabsicht und „massenhafter Fahnenflucht“. Es bleibt aber bemerkenswert, daß in der kleinen Partei selber auch neue, jüngere Leute diesen Bekennermut fortsetzten. So nahm sich Carl v. Ossietzky als Redakteur des Wochenblatts mit aufklärerischer Leidenschaft ihrer programmatischen Forderungen an. Der letzte Parteitag vor dem Kriege, zu Pfingsten in Dortmund, galt dem Versuch, sich wechselseitig Mut zu machen. Das letzte Parteiblatt vom 8. August 1914 empfahl den eigenen Organisationen praktischen „Liebesdienst“ statt Parteiarbeit. Die politischen Hoffnungen wurden vertagt: „Wie das Jahr 1870 uns die Einheit brachte, so wird uns dieser Weltenkrieg größere Ellenbogenweite schaffen und dem Volk freiere Luft.“¹³⁸ Diese Illusion wurde bald enttäuscht.

III. Schriften im Weltkrieg

Reformappell im Kriege: Metamorphose des Volkes zur Politikfähigkeit

Im August 1914 brach der vorausgeahnte, von vielen gewünschte, aber auch von vielen gefürchtete Krieg wirklich aus. Wir betrachten ihn heute als „Urkatastrophe“ Europas,

¹³⁶ *Das freie Volk. Demokratisches Wochenblatt*, 6.1.1912. Vgl. L. Albertin, *Liberaler Revisionismus*, a.a.O. (Anm. 29), S. 89ff.

¹³⁷ Vgl. Gerhard A. Ritter, *Die Reichstagswahlen und die Wurzeln der deutschen Demokratie im Kaiserreich*, in: *Historische Zeitschrift*, Band 272 (2002), S. 385–403 (389). Hierin auch Angaben zur großen Zahl der Wahlbündnisse in Haupt- und Stichwahlen.

¹³⁸ *Das freie Volk*, a.a.O. (Anm. 136), 8.8.1914.

die noch größeres Unheil heraufbeschwören sollte. Aber damals erfaßte ein Begeisterungstaukel fast die ganze Gesellschaft. Er übertönte auch skeptische Minderheiten. Vor dem Berliner Schloß versammelte sich eine große Menschenmenge. Als sie die Nachricht von der Mobilmachung erfuhr, wurde spontan der Choral „Nun danket alle Gott“ angestimmt. Vor dem Reichstag erklärte der Kaiser: „Ich kenne keine Parteien mehr; ich kenne nur noch Deutsche.“ Der Reichskanzler Theobald v. Bethmann Hollweg hatte ihm diese Formel eingegeben.¹³⁹ Sie sollte die Beschimpfung der Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen“ vergessen machen. Sie waren seit 1912 im Reichstag die stärkste Fraktion und stimmten nun am 4. August für die Kriegskredite – aus Fraktionsdisziplin sogar einstimmig, obwohl am Vortage 14 Abgeordnete sich gegen die Bewilligung ausgesprochen hatten.

Hugo Preuß hat sich der selbstgerechten Zustimmung der ersten Kundgebungen nicht angeschlossen und den ominösen Aufruf von 93 prominenten Vertretern aus Kunst und Wissenschaft *An die Kulturwelt* vom 4. Oktober 1914 nicht unterzeichnet.

Indessen konnte auch Preuß dem kollektiven Stimmungsdruck der ersten Kriegsmonate nicht völlig widerstehen. Er beobachtete die überfüllten Kirchen und die spontane Einmütigkeit, die dem Krieg eine pseudosakrale Weihe gab. So unternimmt er es, in einem zweiteiligen Aufsatz *Aus dem Schuldbuche englischer Frömmigkeit* deren angebliche Mängel aufzuzählen und sie mit deutscher Frömmigkeit zu kontrastieren (S. 533ff.). Zwar lobt er den Calvinismus, seine weltgeschichtlich bedeutsame Lehre und seine „wahrhaft ritterlichen Gestalten“ wie Gaspard de Coligny, den Hugenottenführer. Aber er vermißt diese Ritterlichkeit in England und sieht den Calvinismus hier deckungsgleich mit der Ehre und dem Nutzen Englands, der Identität von Nation und Gottesreich.

Er kritisiert den Anspruch, auserwählt zu sein wie das Volk Israel – beide seien „Handelsvölker“. Er prangert den „Missionseinfall“ der vielen Sekten an, den „Buchstabenbiblizismus“ und Erscheinungen calvinistischen Glaubenslebens. Er demonstriert an einem ausgefallenen Zitat aus dem aggressiven, militärähnlichen Organ *Kriegsruf* der Heilsarmee, warum ihm deren Missionsmethoden mißfallen, wie auch die dortige „philtröse Krämerart“, die nur nach dem „Nützlich-Notwendigen“ frage. Die katholisierende Prägung der englischen Staatskirche wird unter Zeichen des Mißfallens beschrieben. Elemente der Sprache, der religiösen Kunst – mit Beispielen der „Scheinkunst“ –, wie das Liedgut seien „Gemisch“ und nicht bodenständig. Am Ende gewährt der Autor dann seinen Lesern noch die tröstende Rückbesinnung auf den profiliertesten Repräsentanten eigener, deutscher Frömmigkeit: „Da sollte man Martin Luther nicht vergessen. Nicht bloß wegen seiner klassischen Furchtlosigkeit, sondern weil seine Frömmigkeit einzig der unserem Volke von Gott verliehenen Eigenart ganz entspricht.“ „Kirchenstatistisch angesehen“, schreibt Preuß, „ist England mit Amerika das zerrissenste Land der Erde“. Manches indessen aus der bunten Vielfalt religiöser Sondergruppen und der internationalen Vermischung der Elemente, die er aufführt, ließe sich ohne Mühe unter Prädikaten wechselseitiger Befruchtung betrachten und gewichten. Hugo Preuß selber wird bald zahlreiche Gelegenheiten der kommenden Jahre nutzen, um die Zerstörung dieses internationalen Reichtums durch den Krieg zu beklagen und den Völkern ins Gewissen zu reden.

¹³⁹ Gerhard Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des ‚Militarismus‘ in Deutschland*, Bd. 3: *Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914 - 1917)*, München 1964, S. 543f.

Sicher war dies in Teilen eine Karikatur, eine spöttisch und spitz zugeschnittene Schwarz-Weiß-Zeichnung, vielleicht auch ein Zugeständnis an den aufgewühlten und oberflächlichen Geist selbstherrlicher Einseitigkeit unter den Lesern des *Reichsboten*, dem bedeutendsten Blatt „für das evangelische Deutschland“. Sein Publikum war bekannt dafür, daß es Beiträge liberaler oder gar sozialdemokratischer Observanz – wenn überhaupt – nur oppositionell oder indifferent aufnahm.

Diese emotionalisierte Polemik von 1914 fällt deutlich ab von den nüchternen Analysen seiner Kriegsschriften. Das gilt besonders von seinem großen Buch *Das deutsche Volk und die Politik*. Geschrieben schon 1915, als die militärischen Entwicklungen noch nach vielen Seiten offen waren, zeigt er hier eine Schärfe seines Urteilsvermögens und eine klare Linie, die er bis zum militärisch-politischen Zusammenbruch und darüber hinaus nicht mehr ändern mußte. Als Vater seiner drei im Felde stehenden Söhne, von denen der erste als Artillerieoffizier mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse, der zweite in einem Mannschaftsrank mit dem EK II ausgezeichnet wurde und der dritte seinen Kriegsverwundungen erlag, identifiziert er sich mit den militärischen Leistungen seines Landes. Mit Respekt beobachtet er die „kernhafte Tüchtigkeit unseres Volkes in diesem furchtbarsten Kriege“ (S. 384), in dem es einer Welt von Feinden standhalten muß. Aber gleichzeitig äußert er auch hier wieder seine Fundamental-Kritik an den Ungereimtheiten des Obrigkeitsstaats, nun aber zugespitzt auf die konkreten Kriegsprobleme. Er vertritt nicht die Position eines „theoretischen Pazifismus“, der im deutschen „Militarismus“ den Hauptverantwortlichen für diese Menschheitskatastrophe ausmacht; er stellt sich also nicht in eine Linie, die später zur Behauptung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands führt. Aber er verzichtet auch nicht darauf, die Umstände zu benennen, aus denen sich eine beträchtliche Mitverantwortung Deutschlands am Ausbruch des Krieges ergab. Seine damalige Kritik ist mit der heutigen, historisch gesicherten Auffassung von Anfang an vereinbar, daß die Völker in diesen Krieg „hineingeschlittert“ waren, ohne daß die Schuldfrage eindeutig geklärt werden konnte, aber daß es viele Faktoren gab, die gerade auch das „deutsche Schuldkonto“ belasteten. Eine deutsche Mitverantwortung für diese Katastrophe sieht er jedenfalls darin, ganz in Übereinstimmung mit der Grundlinie seiner Politiktheorie, daß dieses große, tüchtige Land auf dem Gebiet der politischen Selbstbestimmung schmachlich versagt hat. Er schreibt:

„Und wie anders müßte die Stellung dieses Volkes in der Welt sein, wenn seiner friedlichen und kriegerischen Tüchtigkeit ein politischer Sinn auch nur annähernd entspräche!“ (S. 384).

Die Argumentation dieses Buchs unterscheidet sich an diesem Punkte von den gesamten kriegsbegeisterten Veröffentlichungen der deutschen Elite jener Zeit. Trotz des Burgfriedens und trotz der damit auch gemeinten Einschränkung der Pressefreiheit – Preuß spricht manchmal vom Belagerungszustand – wendet er sich mit seinen alten Kritikpunkten nun, in einem Buch gebündelt und zugespitzt, an die breite Öffentlichkeit.

Deutsche Kultur und westliche Zivilisation

Als der Krieg ausbrach, waren Deutschland und Österreich in der Weltöffentlichkeit völlig isoliert. Frankreich und England war es gelungen, sogar den russischen Zarismus – den alten Verbündeten Preußens gegen die Gefahren von Parlamentarismus und Demokratie – in eine weltweite Allianz einzubinden. Nun standen die Mittelmächte eingekreist einer *Entente* nahezu der ganzen übrigen Welt gegenüber und konnten sich nicht mehr verständlich machen. Auf einmal wurde deutlich, welche ungeheure Macht die „öffentliche Meinung“ darstellte. Die Anhänger der unpolitischen deutschen „Kulturnation“ erkannten sich nicht wieder, als die Weltöffentlichkeit von Deutschland nur noch den „preußischen Militarismus“ wahrnahm. Sie meinten, es müsse doch allen Völkern und Regierungen wie Schuppen von den Augen fallen, wenn sie mit dem Satz um Verständnis warben, „ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt“.¹⁴⁰ Deutschland wollte doch nur, in Wissenschaft und Technik zur Großmacht herangewachsen, sich an dem Imperialismus und Kolonialismus der bereits etablierten Großmächte mitbeteiligen. Aber der Weltöffentlichkeit gelang es, Deutschland als internationalen „Störenfried“ an den Pranger zu stellen. Deutschland stand dem Rest der Welt, wie Preuß schreibt, als „andersartig“, als „fremd“ und „unverständlich“ gegenüber (S. 583ff.).

Dabei hatte ausgerechnet ein Theoretiker des britischen Imperialismus eine sogar den großen Historiker Otto Hintze überzeugende Rechtfertigung für den deutschen „Militärstaat“ geliefert. John R. Seeley schreibt:

„Das Maß von Freiheit in den Staaten muß normalerweise umgekehrt proportional sein dem militärisch-politischen Druck, der auf ihren Grenzen lastet. Je stärker dieser Druck von außen, desto straffer muß die Organisation im Innern sein, wenn der Staat seine Selbständigkeit behaupten will“ (S. 551).

Preuß bohrt das Holz an der härtesten Stelle, er analysiert das Seeley-Theorem. Es ist für ihn eine *petitio principii*: Was bewiesen werden soll, wird als Prämisse vorausgesetzt. In seinen Auseinandersetzungen mit Seeley und Hintze bringt er Beispiele vor, die Seeley widersprechen. Es sei ein Irrtum, die Freiheit im Innern eines Landes für Schwäche zu halten, was durch die kriegerische Härte gründlich widerlegt wurde, zu der die

¹⁴⁰ „Es ist nicht wahr, daß der Kampf gegen unseren sogenannten Militarismus kein Kampf gegen unsere Kultur ist, wie unsere Feinde heuchlerisch vorgeben. Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt. [...] Glaubt uns! Glaubt, daß wir den Kampf zu Ende kämpfen werden als ein Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, eines Beethoven, eines Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle. Dafür stehen wir Euch ein mit unserem Namen und mit unserer Ehre!“, aus dem Aufruf *An die Kulturwelt*, unterzeichnet u.a. von Emil v. Behring, Wilhelm v. Bode, Lujo Brentano, Richard Dehmel, Adolf Deißmann, Paul Ehrlich, Gerhard Esser, Fritz Haber, Ernst Haeckel, Adolf v. Harnack, Gerhart Hauptmann, Max Klinger, Paul Laband, Max Liebermann, Franz v. Liszt, Ludwig Menzel, Eduard Meyer, Friedrich Naumann, Max Reinhardt, Adolf v. Schlatter, Gustav v. Schmoller, Reinhold Seeberg, Franz v. Stuck, Siegfried Wagner, Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorf, Wilhelm Windelband, Wilhelm Wundt, vgl. Jürgen v. Ungern-Sternberg/Wolfgang v. Ungern-Sternberg, *Der Aufruf ‚An die Kulturwelt‘. Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1996, S. 144ff.

für verrottet gehaltenen westlichen Demokratien in stande waren. Vor allem ließ sich das Seeley-Theorem umkehren, was Otto Hintze nach dem Krieg auch einsah.¹⁴¹ Deutschland hätte durch inneren Ausbau eines freiheitlichen Verfassungsstaats und durch den Bau von Brücken der Verständigung den Druck auf die Grenzen vermindern können.

Offenbar leuchtete dies den führenden Schichten Deutschlands nicht ein, weil sie mit ihrem unpolitischen Kulturbegriff die realen Machtfaktoren in ihren weltwirtschaftlichen Verflechtungen, unter deren Einfluß die Politik auch in Deutschland zunehmend geriet, nicht nüchtern wahrnahmen, sondern verbrämten. „Ideale als Kriegsziele“ sind aber „niemals wahr; denn nur für reale Machtinteressen kann ein Staat Krieg führen“ (S. 640). Mit den bornierten Vorstellungen einer spezifisch „deutschen Freiheit“ (S. 636) war eine realistische Wahrnehmung der internationalen Interessenkonflikte nicht vereinbar.

Das galt umgekehrt auch für die *Entente*. In seinen Kriegsschriften versucht Hugo Preuß, diese heillosen Widersprüche aufzulösen. Da Demokratie nur „von innen“ wachsen konnte (S. 667f.), sah er in der Präntion, der Krieg werde um die Demokratisierung Deutschlands geführt, die größte Gefährdung seiner ganzen politischen Arbeit. Das theoretische Werk von Hugo Preuß beruht auf der Annahme, daß es langfristige, universelle gesellschaftliche Notwendigkeiten gibt, um im Innern aller Länder demokratische Verhältnisse und nach außen eine friedliche Völkerrechtsgemeinschaft herzustellen, was der Historiker Georg v. Below in der Rezension eines Buchs von Preuß fast amüsiert zur Kenntnis nahm.¹⁴² Aber das ließ sich nicht linear hochrechnen. In den Wechselfällen der Geschichte konnte es Blockaden, Irr- und Umwege geben. Preuß konnte sich nicht vorstellen, daß nach diesen unsäglichen Menschenschlächtereien der Krieg noch einmal als *Stahlgewitter* verherrlicht werden könnte. 1806 war die Not nicht groß genug, um der Vernunft zum Durchbruch zu helfen. Preuß sah Anzeichen eines neuen Problembewußtseins, aber zunehmend mußte er erkennen, daß auch diese Chance wieder verspielt wurde.

Die Ereignisse des Weltkriegs hatten noch deutlicher gemacht, was er schon in seinen Untersuchungen über die Morschheit des Obrigkeitsregimes herausgearbeitet hatte, daß die veralteten Formen eines „persönlichen Regiments“ schwere organisatorische Schäden mit sich brachten. Mit Preuß erkannten auch Max Weber und Friedrich Naumann, daß ein starkes Parlament als Instrument der Auslese befähigter Führungskräfte unerlässlich war. Die konstitutionelle Monarchie, in der die Akte der Krone an die Gegenzeichnung eines parlamentarisch verantwortlichen Ministeriums gebunden waren, erwies sich stärker als die neo-absolutistische Regierungsweise in Preußen-Deutschland und Österreich. Die mangelnde Kompetenz des Reichstags – vor allem in Sachen der Außenpolitik und der Militärpolitik – hatte das politische System geschwächt. Auch

¹⁴¹ Otto Hintze, *Liberalismus, Demokratie und auswärtige Politik* (1926), in: Hintze, *Soziologie und Geschichte. Gesammelte Abhandlungen*, Bd. 2, 3. Aufl., Göttingen 1982, S. 200.

¹⁴² Georg v. Below, *Bürgerschaften und Fürsten*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 102 (1909), S. 523–555 (528).

wenn Regierung und Volk den Krieg nicht „gewollt“ hatten, so waren Politikfremdheit und Fehlorientierung maßgebender Eliten und Mängel in der Auswahl von Entscheidungsträgern durchaus Bedingungen, die das Hineinschlittern in den Weltkrieg mitverursacht hatten. Der Ausbruch des Krieges war eine grausame Bestätigung dafür, wie wichtig die Reformen gewesen wären, die in der preußischen Reformperiode nach 1808 versucht worden waren, aber in Reaktion und Demagogenverfolgung steckengeblieben waren. Die Bedeutung des Kampfes um eine Regierungsweise, die in engem Kontakt mit einer lebendigen „öffentlichen Meinung“ steht, wurde auf einmal sichtbar. Der offene, freie Austrag innerer Gegensätze erwies sich nicht als Schwäche, sondern als Stärke.

Alles das sind heute Gemeinplätze. Aber in dem politisch-kulturellen Klima der Zeit saß Hugo Preuß zwischen allen Stühlen. Sein Buch war in dieser frühen Phase des Krieges ein eindringlicher, couragierter Appell. Unter Linksliberalen fand es neugierige Aufmerksamkeit und verhaltene Zustimmung. Die militärischen Ereignisse hatten noch nicht ihre prekären Rückschläge und Belastungen erreicht, die den Ruf nach konsequenter „Neuorientierung“ hervorriefen. Marcus Llanque verweist indessen auf eine „geradezu euphorische“ Rezeption durch Gerhard Anschütz in den *Preußischen Jahrbüchern*, die Hans Delbrück ermöglichte, aber mit einem kritischen Nachwort aus seiner Sicht versah. Im August 1916 schrieb Delbrück an Preuß, er halte seine Idee des Volksstaates für ein „mystisches Phantom“. Ihn interessierten zwar einige Elemente des Parlamentarismus, er schätzte aber den tatsächlichen Einfluß des Volkes im konstitutionellen, „modernen Obrigkeitsstaat“ höher ein als im parlamentarischen System.¹⁴³ Er befürwortete, wie er schreibt, eine „Tradition des pränationalen Etatismus“ und stimmte mit Otto Hintze überein, der erklärte: „Es ist eine Fiktion, daß das Volk sich selbst regiert.“¹⁴⁴

Sein Buch *Das deutsche Volk und die Politik* zeichnet sich durch eine überraschende Fülle von analytischen Aussagen und Urteilen aus, fundiert durch einen reichen historisch-vergleichenden Erfahrungsschatz. Preuß entwickelt Reformstrategien, appelliert an die Einsicht durch moralische Appelle, die für den Autor und persönlich involvierte Zeitgenossen mit dem Kriegsverlauf, den militärischen, politischen und gesellschaftlichen Ereignissen, ihre Geltung und Bedeutung bekamen, ein Buch zwischen Hoffnungen, Erwartungen, aber auch Befürchtungen. Sein altes Konzept, das deutsche Obrigkeitsystem in einen Volksstaat zu verwandeln, wurde immer dringlicher, nun auch getrieben vom Handlungsdruck der militärischen, innen- und außenpolitischen Entwicklungen. Dabei wurden die allgemeinen Formeln immer präziser und anschaulicher. Obrigkeitsstaat bedeutete zum Beispiel ein Staat ohne Meinungsfreiheit.¹⁴⁵ Es gab Situationen und Phasen,

¹⁴³ Marcus Llanque, *Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2000, S. 89. Für einen „mystischen“ Ausdruck hielt Hans Delbrück den Ausdruck „Volkswillen“ in dieser Thematik schon in seiner Vorlesung: *Regierung und Volkswille*, Berlin 1914, S. 45.

¹⁴⁴ Ebd., S. 93.

¹⁴⁵ Schon eine ruhige Kritik an der Annexionspolitik stand im Ruch des Landesverrats. So wurde dem Bund Neues Vaterland jede weitere Tätigkeit verboten, als Ernst Reuter, angeregt durch einen Beitrag

in denen das Regime eine Chance verfehlte, eine Entscheidung aufschob, abschwächte oder durch „Verheißungsrhetorik“ (Thomas Nipperdey) ersetzte. Die preußische Wahlrechtsfrage gab Preuß reichlichen Anlaß zu kritischer Erwähnung, bis zu seinem sarkastischen Unmut über die Gedankenspiele und Überlegungen zum Pluralwahlrecht, die unter den Belastungen aller durch den „totalen“ Krieg eigentlich längst obsolet waren. Die zornige Verbitterung, mit manchen Vorschlägen und Ermahnungen nicht rechtzeitig und meistens gar nicht gehört worden zu sein, wurde zu einem Grundton der Aufsätze im Laufe des Krieges – zumal der grauenvolle Anstieg seiner Opfer jede Sinnfrage ausschloß.

Einen wichtigen Faktor in seinem Umgestaltungsdiskurs sah Preuß weiterhin in der Sozialdemokratie. Er befürwortete ihre Mitwirkung an der öffentlichen Zustimmung zu Anfang des Krieges. Ihre Haltung war das maßgebliche Kriterium seiner Beobachtungen zur Geschlossenheit – aber auch seiner Folgerungen in der Frage der „Gegenleistungen“. Daß unter den wenigen Apologeten der deutschen Sache unter neutralen Stimmen der norwegische Sozialist Gustaf F. Steffen war, der den deutschen Revisionisten nahegestanden hatte, nahm Preuß mit großem Nachdruck auf. Auch dessen drittes Buch *Demokratie und Weltkrieg* habe zum Leitmotiv, die Unwahrhaftigkeit der die öffentliche Meinung der Welt beherrschenden Behauptung darzutun, „daß Deutschlands brutale Eroberungsgier und Weltherrschaftsstreben den idyllischen Frieden der Staatengesellschaft gestört habe und also die alleinige Schuld an diesem ungeheuren Kriege trage“ (S. 629). Unter Berufung auf Steffen hielt Preuß den französischen und englischen Sozialisten ihre Haltung gegen den russischen Zarismus in den Kongressen der Internationale in Kopenhagen 1910 und Basel 1912 vor, sowie ihre Generalstreikdrohung 1914 gegen den Krieg, die ihrer späteren Haltung widersprach. Es sei inkonsequent, den deutschen Sozialdemokraten die Solidarisierung mit ihrer Volksgesamtheit vorzuwerfen, obwohl diese in anderen Ländern ähnlich war (S. 634f.). Mit Steffen hob Preuß bei den deutschen Sozialdemokraten hervor, daß sie als „politische Demokraten“ unter der Obrigkeitsregierung die „größere Selbstüberwindung“ hatten aufbringen müssen. Preuß trat wie ein Interpret und Anwalt der deutschen Sozialdemokratie auf, der dem herrschenden Obrigkeitssystem Rücksicht auf sie und entsprechende Handlungsanleitung nahelegen wollte. So referierte er auch Wolfgang Heine, Reichstagsmitglied und früher Revisionist, der eine Aufsatzsammlung *Zu Deutschlands Erneuerung* aus den Jahren Ende 1914 bis Ende 1916 veröffentlicht hatte (S. 643ff.). In der Weimarer Republik sollte Heine preußischer Justizminister, von März 1919 bis März 1920 preußischer Minister des Innern werden. Preuß verwies auf die „Abbröckelung“, die längst der Geschlossenheit gewichen war, und stimmte Heine zu, daß die Sozialdemokratie nicht nur sozialpolitische, sondern auch staatspolitische Ziele verfolge. Auch bei Heine fand er, was er im März 1917 für dringlich hielt: Der Reichskanzler solle mit Reformen nicht warten und sie selber auf den Weg bringen; nicht Programme, sondern neue Männer würden jetzt zählen, der Kanzler müßte „schon jetzt mit starker Hand eine neue schöpferische innere Politik in Angriff nehmen und die Männer und die Kräfte dafür suchen, wo er sie findet“ (S. 646).

Preuß beobachtete viele kleine Schritte, die nach und nach zu einem Meinungs- und Stimmungswandel führten. Ohne bewußt intendiert zu sein, wurden die Kompetenzen des Reichstags ausgeweitet. Sozialdemokratie und bürgerliche Parteien entwickelten weitreichende Pläne. Die kritischen Kommentare von Preuß und anderen wurden ungeduldiger angesichts der unterlassenen oder aufgeschobenen Entscheidungen über dringendste Probleme. Der vergleichsweise unbefangene Austausch von Denkschriften und Kriegzielkonzepten der ersten beiden Kriegsjahre wurde zurückgedrängt und überlagert.

von Hans Delbrück in den *Preußischen Jahrbüchern* (Bd. 158, S. 182ff.), eine Denkschrift verfaßte, die mit Bismarck-Zitaten für eine vorsichtigeren Außenpolitik warb und vor den Risiken von Präventivkrieg und Annexion warnte, Ernst Reuter, *Schriften. Reden*, Bd. 1, Berlin 1972, S. 368–378. Hans Delbrück hatte vor Annexionen und den Irrtümern Napoleons gewarnt; – „eine unabsehbare Reihe von Kriegen würde die Folge sein“, Reuter, ebd., S. 352. Das Oberkommando untersagte weitere Flugschriften.

Nichts was im politischen Kräftefeld, in der Reichsregierung und in der öffentlichen Meinung getan oder gesagt wurde, konnte an dem grauenvollen und sinnlosen Ausmaß der Toten vorbeisehen, die das dritte Kriegsjahr auf allen Seiten einforderte. Daran muß erinnert werden – es war der fatale Hintergrund aller weiteren politischen Entwicklung.

Die Realität des Zweifrontenkrieges hatte die anfängliche Einheitsfront bald zerbröckeln lassen. Die Versenkung von Handels- und Passagierdampfern ohne Vorwarnung im U-Boot-Krieg im Sommer und Herbst 1915 war das „Symptom der Entartung des modernen Krieges zum Totalkrieg“. ¹⁴⁶ Auch die Neutralen hielten ihn für unmenschlich. ¹⁴⁷ Im Sommer 1916 mischte sich unter die lauten Erwartungen eines annexionistischen Siegfriedens das Gespenst, daß auch eine Niederlage denkbar war. Die verlustreiche Verdun-Offensive, die bei „entsetzlichem Blutvergießen“ viel zu lange durchgehalten wurde, kommentierte der Generalstabschef Erich von Falkenhayn gegenüber dem Reichskanzler mit dem verblendeten Urteil, Frankreich habe „eine starke Viertelmillion erprobter Soldaten vor Verdun mehr verloren als wir“. ¹⁴⁸ Im Kampf um Verdun starben 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen. Er endete im Stellungskrieg Mitte Dezember 1916; die Truppen standen wieder dort, wo die Schlacht am 21. Februar begonnen hatte. In der Materialschlacht an der Somme, der „größten Material- und Menschenschlacht des Weltkrieges überhaupt“, ¹⁴⁹ die den Briten ab Anfang Juli 1916 Erfolge, aber nicht den Durchbruch brachte, und Ende November abgebrochen wurde, verloren die Deutschen 400.000, die Franzosen fast 200.000 und die Briten 400.000 Soldaten. ¹⁵⁰ Die politischen Parteien konnten längst nicht mehr stillhalten, am wenigsten die Sozialdemokraten. Das Vaterländische Hilfsdienstgesetz verpflichtete die Gewerkschaften, aber disziplinierte nicht unbegrenzt ihre Mitglieder. Die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten lagen auf der Hand: Nahrungs- und Kohlenmangel des Kohlrübenwinters 1916/1917, Mangel an Rohstoffen und an Arbeitskräften für den Zivilbedarf, steigende Unfallrate in der Arbeitswelt, zumal der Rüstungsindustrie. Mitte April 1917 streikten Hunderttausende in deutschen Industriestädten. Eine von den Gewerkschaften einberufene Protestversammlung, mit einem Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands (USPD) – die sich vom 9. bis 11. April in Gotha gegründet hatte – stellte Forderungen an die Reichsregierung: Versorgung mit billigen Lebensmitteln und Kohle, Erklärung sofortiger Friedensbereitschaft, Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur sowie volle staatsbürgerliche Freiheit, allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle öffentlichen Körperschaften auf allen Ebenen, vom Reich bis zur Gemeinde. In Berlin beschloß die Mehrheit von 300.000 am 17. April das Ende des Streiks, aber die Arbeiter der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken setzten ihn fort. ¹⁵¹ Die praktisch anerkannten Gewerkschaften bemühten sich während der Streiks um eine „Doppelstrategie“: Beteiligung zwecks innerer Steuerung und Kontrolle. Die Zerrissenheit der Sozialdemokratie hatte sich bei der mehrfachen Bewilligung der Kriegskredite sukzessiv verschärft.

Der Abbruch der Beziehungen durch die USA am 3. Februar 1917 nach der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und ihre Kriegserklärung am 6. April, Wilsons moralische Devise, „to make the world safe for democracy“, stimulierten die ideologische Auseinandersetzung um die politischen Systeme. Das Gewicht der militärischen Kräfte hatte sich eindeutig gegen die Mittelmächte verlagert. Der Reichstag wurde in der U-Boot-Frage stärker einbezogen, in Gestalt des Hauptausschusses, aber der Entscheidungsprimat lag unverrückbar bei der Obersten Heeresleitung (OHL).

¹⁴⁶ Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 3, a.a.O. (Anm. 139), S. 148.

¹⁴⁷ Ebd., S. 149.

¹⁴⁸ Ebd., S. 220.

¹⁴⁹ Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 50), S. 777.

¹⁵⁰ Vgl. die Daten in: *Chronik der Deutschen*, 3. Aufl., Augsburg 1996, S. 750.

¹⁵¹ Susanne Miller, *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974, S. 293f.

Parlamentarisierung und Führungsauslese

Das Obrigkeitsregime hatte Deutschland und Österreich-Ungarn in die Vereinsamung und in einen Gegensatz zu „sämtlichen anderen Staaten unseres Kulturkreises“ geführt. Es hatte jede werbende, anziehende Wirkung verloren. Die „öde Verkümmerng“ der Auslese der politischen Führungskräfte kam für Preuß einem Verdikt gleich: das System „schließt den geschulten Politiker von der politischen Leitung tatsächlich aus“ (S. 658). In diesem Jahr, in dem der Reichstag mühsam versuchte, größeren Einfluß zu gewinnen, war die Frage der Auslese geeigneter Führungspersönlichkeiten das zentrale Problem.

In der geistigen Nähe zu Preuß hatte auch Walther Rathenau schon 1912 in der schwachen Position des Reichstages ein entscheidendes Hemmnis für die Weiterentwicklung Deutschlands gesehen. In seiner Bilanz der Zeit nach Bismarck war „das führende Land Europas in wirtschaftlicher Verwaltung und Geschäftsführung“ mit einem Mangel an leitenden Männern und Ideen in der Politik geschlagen.

„Ein Parlament ohne Regierungsverantwortlichkeit wird weder Männer und Ideen produzieren, noch eine zeitlose, den Parteien enthobene Verantwortung begreifen lernen.“¹⁵²

In den ersten Kriegsjahren nahm Rathenau dieses Thema wieder auf. Seine Forderungen nach einer „tiefen Reform des Parlamentarismus“ korrespondierten unter einigen Aspekten mit den Beiträgen von Max Weber und Hugo Preuß.

Sein Buch *Von kommenden Dingen*, an dem er seit 1915 arbeitete und dessen erste von vielen Auflagen 1917 erschien, trat mit leidenschaftlichem Nachdruck für die politische und soziale Gleichberechtigung der Sozialdemokratie ein. In seinen Vorstellungen über Parlament und Parteien entwickelte er einen „funktionalen“ Elitebegriff, der sich liberaler Auslegung geradezu anbot. Aus Verhältniswahlen, die auch Minoritäten zur Geltung bringen und den Aufstieg von Politikern mit staatsmännischer Übersicht statt von lokalen Parteigrößen gewährleisten würden, sollte ein Parlament hervorgehen, das nicht auf Gesetzgebung und Verwaltungskontrolle beschränkt bleiben durfte, sondern auch personell an der Regierung beteiligt werden mußte. Denn nur in der Exekutive lerne der Politiker die „Verantwortung des Handelnden, Erfindenden und Schöpfenden“ und werde zum „Staatsmann“.¹⁵³ Mit der gesteigerten Bedeutung des Parlaments würden sich auch Selbstverständnis und Wirksamkeit der politischen Parteien wandeln. Statt „Zweckorganisationen“ von Interessengruppen zu sein, sollten sie „durch ihre Organisationen, vor allem durch ihre Führer, Staatsmänner und Denker“ das „politisierte, denkfähige Volk“ darstellen. Rathenau gebrauchte dafür den Begriff des „Volksstaates“.¹⁵⁴ Früh warnte er vor den Illusionen der Selbstüberschätzung, wie sie namentlich in der akademischen Intelligenz gang und gäbe waren, etwa in der stereotypen Polarisierung der „Ideen von 1914“ als Gegensatz zu den „Ideen von 1789“, überhöht durch einen angeblichen Gegensatz von „Kultur“ und bloßer „Zivilisation“. Auch Ernst Troeltsch distanzierte sich auf seine Weise von dem bramarbasierenden Überlegenheitsdünkel dieser Geister, ohne bereits dem parlamentarischen System das Wort zu reden. Max Weber setzte seinen parlamentarischen Karrierebegriff gegen die unzeitgemäße Stilisierung der „kontrollfreien Beamtenherrschaft“ des Obrigkeitsystems. Weber hielt engen Kontakt mit führenden liberalen und sozialdemokratischen Abgeordneten und hat in den Jahren 1917/18 mit intensiver Ausführlichkeit zu einem neuen Verständnis des Parlamentarismus beigetragen, indem er die konkreten Funktionen eines „arbeitenden Parlaments“ genauer verfolgte. Vor allem war für ihn das Parlament eine Stätte der Ausbildung und Auslese politischer Führer, „unentbehrlich als Korrektiv gegenüber den Gefahren cäsaristischer Führerherrschaft“, die er favorisierte. Er stellte sich vor, das Parlament müsse durch seine Verwal-

¹⁵² Walther Rathenau, *Gesammelte Schriften*, 5 Bände, 1. Bd., Berlin 1918, *Politische Auslese*. S. 223ff. (224 u. 227).

¹⁵³ Ebd., S. 311.

¹⁵⁴ Ebd., S. 320, S. 321: „geistiger Volksstaat“.

tungskontrolle richtungweisende Instanz für das „alles umspinnende Beamtentum“ werden, und der Abgeordnete solle als gut ausgerüsteter „Berufsparlamentarier“ den Schwerpunkt seines Wirkens in den Ausschüssen finden. Er sah im Hauptausschuß des Reichstages ein „in der Richtung der Entwicklung eines Arbeitsparlaments liegendes Gebilde“, und er verlangte, künftige Führer müßten durch die „Schule intensiver Ausschußarbeit eines Arbeitsparlaments“ hindurchgehen.¹⁵⁵

Im Frühjahr 1915 hatte Hugo Preuß in seinem grundlegenden Buch es für notwendig gehalten, die „verbindungslose Gegensätzlichkeit von Regierung und Parlament“ aufzuheben, die „jede wirkliche staatsmännische Verantwortlichkeit“ ausschließe (S. 389); das Parlament sollte Gelegenheit finden, seine gewandelte Aufgabe auszuüben, „den Druck des sich in der öffentlichen Meinung manifestierenden Volkswillens auf die Regierung überzuleiten“ (S. 520). Das Kernproblem dieser theoretisch so glatten Formel war indessen, daß die öffentliche Meinung und ihre parlamentarische Repräsentanz längst ihre soziale Homogenität verloren hatten. Noch im vorletzten Kriegsjahr, in dem Liberalismus und Sozialdemokratie ihre parlamentarische Zusammenarbeit wesentlich verstärkt hatten, sah er eine „ungeheure Schwierigkeit“ darin, „daß sich die politische Überwindung des Obrigkeitsystems nicht auf eine sozial einheitliche Schicht stützen“ konnte (S. 671). Ihm kam es darauf an, ein parlamentarisch gestütztes System zu erreichen, das ein für unentbehrlich gehaltenes Reservoir an Führungskräften im liberalen Bürgertum erschloß. Darin unterschied er sich kaum von Gustav Stresemann, der 1917 vor dem Zentralvorstand der Nationalliberalen ausrief: „Ja, wie soll ich zu anderen Persönlichkeiten kommen, wenn ich das System nicht ändere.“¹⁵⁶

England hatte das Glück, daß sich dort der Parlamentarismus in Jahrhunderten allmählich entwickeln konnte. Hier diente er vordemokratischen, frühbürgerlich-aristokratischen, später plutokratischen Schichten, war aber so fest gefügt, daß er auch neu empor kommende Volksteile aufnehmen konnte. In keinem Land der Welt konnten diese Entwicklungsbedingungen imitiert werden. Aber wenn in Deutschland zunächst nur „ein ziemlich schwacher und höchst unorganischer konstitutioneller Einbau in das aufrechterhaltene Obrigkeitsystem“ gelungen war, dann mußten die parlamentarischen Einrichtungen sich durch ihre Bewährung rechtfertigen. Echter „politischer Parlamentarismus“ war hier, „wenn überhaupt, nur sofort in seiner demokratischen Gestalt denkbar“, schrieb Preuß 1917 in seinem Aufsatz *Deutsche Demokratisierung*.¹⁵⁷ Das traf auf große Schwierigkeiten, aber auch auf unerwartete neue Umstände.

Halbherzige, verspätete und unterbliebene Reformen. Die Denkschrift für Ludendorff

Aus Petersburg trafen Nachrichten von der Revolution in Rußland ein; das eröffnete die Chance eines Friedensschlusses. Die Sozialdemokratie forderte durch Philipp Scheidemann am 19. März 1917 die sofortige Einführung der Gleichheit des Reichstagswahlrechts für Preußen. Zehn Tage später bestürmten die Fraktionen der Linken, aber auch Stresemann für die Nationalliberalen, den Kanzler im Reichstag, nicht bis zum Ende des Krieges mit Reformen zu warten. Dieser kannte die konservativen Gegenkräfte im Par-

¹⁵⁵ Lothar Albertin, *Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei*, Düsseldorf 1972; vgl. den dortigen Exkurs: Parlament und „plebiszitäre Führerdemokratie“ bei Max Weber 1917/18, mit Belegen, S. 250–256.

¹⁵⁶ Vgl. die Belege bei Albertin, *Liberalismus und Demokratie*, a.a.O. (Anm. 155), S. 235f.

¹⁵⁷ Christoph Schönberger, *Die überholte Parlamentarisierung. Einflußgewinn und fehlende Herrschaftsfähigkeit im sich demokratisierenden Kaiserreich*, in: *Historische Zeitschrift*, Band 272 (2001), S. 623–666 (626), vgl. S. 634.

lament und zögerte – auch mit Rücksicht auf den Kaiser und in Kenntnis des vehementen Widerspruchs Ludendorffs. Was blieb, war die kaiserliche Osterbotschaft, mit einem abgeschwächten Reformversprechen: aber „erst nach Rückkehr unserer Krieger“.¹⁵⁸ Mehrmals nahm Hugo Preuß in den folgenden Wochen öffentlich Stellung zur Wahlrechtsfrage und verhehlte nicht seine Enttäuschung über die politische Unfähigkeit des Regimes, die Zeichen der Zeit zu erkennen.

Österreich-Ungarn suchte den Frieden. Es war militärisch erschöpft und befürchtete seinen inneren Zerfall. Im deutschen Reichstag sondierten die Fraktionen – Sozialdemokratie, Fortschritt, Zentrum, aber auch die Nationalliberalen – die Möglichkeiten eines Verständigungsfriedens. Sie entsandten ihre Vertreter in Staatsämter, stürzten den Kanzler Bethmann Hollweg oder nahmen seinen Sturz hin – bei ultimativer Intervention der Obersten Heeresleitung (OHL) unter Ludendorff –, und sie empfingen den Nachfolger des Kanzlers, Georg Michaelis, ratlos und mit Mißtrauen. Sie verabschiedeten eine Friedensresolution. Aber sie sorgten nicht für eine eindeutige Antwort auf die Friedensnote von Papst Benedikt XV. und dessen Forderung nach Freigabe Belgiens.

Vor allem der „Bund Neues Vaterland“ bemühte sich um einen baldigen Friedensschluß. Aber die OHL unterdrückte eine offene Diskussion. Der Bund versandte hektographierte Gutachten an einen ausgewählten Kreis von Entscheidungsträgern, unter anderem eine *Kritische Denkschrift an den Reichskanzler* vom 20. Juni 1915, die sich gegen eine Eingabe von sechs Wirtschaftsverbänden richtete, die als Kriegsziel eine Reihe von Annexionen forderten. Die Militärverwaltung verbot dem Bund auf Grund des Belagerungszustandes für die Dauer des Krieges jede weitere Betätigung. Die Geschäftsführerin Lilli Jannasch wurde, nach wütender Polemik der Kreuzzeitung, am 4. April 1916 verhaftet und in „Schutzhaft“ genommen.¹⁵⁹ Hugo Preuß war nicht Mitglied des Bundes, stand aber in engem Kontakt mit einigen seiner Mitglieder, namentlich mit Hans Delbrück und Walter Schücking.

Über die Veränderung der Stellung des Reichstages im Kriege herrschte auch unter Linksliberalen Dissens. Friedrich Naumann bedauerte zwar, wie andere Liberale, die „Selbstausschaltung“ des Parlaments am Anfang des Krieges, behauptete aber doch im

¹⁵⁸ Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 3, a.a.O. (Anm. 139), S. 545.

¹⁵⁹ Der Bund Neues Vaterland wurde am 16. November 1914 gegründet und war die bedeutendste Vereinigung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, die internationale Verständigung und Verzicht auf Annexionen forderte. Vorsitzende waren Kurt v. Tepper-Laski und Georg Graf v. Arco. Die Geschäftsführung lag in den Händen von Ernst Reuter und Lilli Jannasch. Der Bund versuchte, durch persönliche Kontaktaufnahme seiner Mitglieder mit Regierungsvertretern und mit Hilfe von Denkschriften auf den schnellen Abschluß eines Friedens hinzuwirken. „Mit dem ‚Neuen Vaterland‘ meinten die Gründer ja eigentlich Europa. Dieses Tarnetikett genügte vorerst, um von den zuständigen Militärbehörden, dem damaligen Oberkommando in den Marken, die Genehmigung zur Gründung des Bundes zu erhalten“, Ernst Reuter, *Schriften und Reden*, Bd. 1, Berlin 1972, S. 354. Zu diesem ziemlich elitären Kreis zählten auch „realpolitische“ Konservative, vor allem Hans Delbrück, und bürgerliche Pazifisten wie Albert Einstein, Ludwig Quidde, Helene Stöcker, Leopold v. Wiese, Hellmut v. Gerlach, Walter Schücking. Es kamen Neuzugänge auch aus dem „sozialistischen“ Lager wie Eduard Bernstein, Rudolf Breitscheid, Eduard David, Hugo Haase.

Blick auf seine weitere Wirksamkeit, man habe „in Deutschland noch niemals so viel wirklichen Parlamentarismus erlebt“ wie während des Krieges: durch Zusammenarbeit mit den Reichsämtern in Gesetzgebung und Verwaltung, durch Mehrheitsresolutionen und vor allem in den „reibunglosen“ Kommissionssitzungen.¹⁶⁰ Dieser effektive Machtzuwachs des Reichsparlaments vollzog sich indessen während des Krieges weitgehend unbemerkt.

Die Verhandlungen fanden zum großen Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Seine wichtigste Kompetenzerweiterung vor den Oktobergesetzen betraf bezeichnender Weise einen Ersatz für das Reichstags-„Plenum“, im sog. „Hauptausschuß“, der aus dem Haushaltsausschuß hervorgegangen war.¹⁶¹ Hier wurden vor allem auch auswärtige Angelegenheiten beraten. Er trat auch während der Parlamentspausen zusammen und entwickelte sich zu einem einflußreichen Instrument dauernder Kontrolle. Für die parlamentarische Kontrolle der Verhandlungen über die Friedensbotschaft des Papstes wurde außerdem ein Siebenerausschuß eingerichtet, freilich unter regierungsamtlichem Druck aus föderalen Gründen um sieben Mitglieder des Bundesrats zu einem Vierzehnerausschuß erweitert.¹⁶² Da auch andere kleine Gremien, namentlich die „von einer bestimmten parlamentarischen Parteiengruppierung geschaffene informale Einrichtung“ des Interfraktionellen Ausschusses meistens diskret arbeiteten, zerfiel das Parlament in „konzentrische Ringe von Eingeweihten und Nichteingeweihten“.¹⁶³ Die mit der Ausschubarbeit verbundene Einschränkung der Öffentlichkeit verschaffte aber zeitweilig einzelnen Abgeordneten einen beträchtlichen Informationsvorsprung. Führende Abgeordnete hatten als Geheimnisträger einen größeren Handlungsspielraum gegenüber ihrer Partei, mitunter auch der Gesamtfraktion. Dies äußerte sich auch in vielen Alleingängen und Sondergruppierungen während der langen Sitzungspausen des Plenums, so daß die liberalen Fraktionen dadurch an Zusammenhalt und Aktionsfähigkeit verloren. Beide waren 1917/18 nicht mehr imstande, sich auf eine Gesamtkonzeption zu einigen oder jeweilige wichtige Stellungnahmen geschlossen durchzuhalten und sie vor ihrer Anhängerschaft im Lande überzeugend zu vertreten. Die nationalliberale Reichstagsfraktion, die nach dem Tode Bassermanns von Gustav Stresemann geleitet wurde, suchte in Parlamentarisierungs- und Wahlrechtsfragen mit den Mehrheitsfraktionen zusammenzuarbeiten, die in der Partei durch die Friedensresolution als „stigmatisiert“ galten. Stresemann hat dies im Zentralvorstand 1917 zu spüren bekommen: Robert Friedberg, der Vorsitzende der preußischen Fraktion, drohte ihm sogar mit dem Rücktritt von seinen Ämtern. – Als der am 30. März 1917 beschlossene Verfassungsausschuß des Reichstags seine Arbeit auf-

¹⁶⁰ Friedrich Naumann, *Die Volksvertretung im Kriege*, in: *Vom inneren Frieden des deutschen Volkes*, Bd. 2, hg. von Friedrich Thimme, Leipzig 1916, S. 424ff. (431).

¹⁶¹ Vgl. Albertin, *Liberalismus und Demokratie*, a.a.O. (Anm. 155), S. 233–243 (239).

¹⁶² Vgl. Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, a.a.O. (Anm. 92), S. 757f.

¹⁶³ Wilhelm Vershofen, *Parlament und Sachverständigenkammern*, in: *Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung*, Berlin 1919, S. 440ff., kennzeichnete so die Arbeitssituation des Reichstages, vgl. die Belege bei Albertin, *Liberalismus und Demokratie*, a.a.O. (Anm. 155), S. 238f.

nahm,¹⁶⁴ belebte sich die Diskussion. Der Preußentag der FVP im Juni 1917, auf dem sich rund 150 Delegierte und 35 Reichs- und Landtagsabgeordnete trafen, bekannte sich mit seinen Abgeordneten zum „Gedanken der parlamentarischen Regierungsform“. Es fehlte auch nicht an drohenden Untertönen für den Fall der Verzögerung. Als jedoch die Beratungen des Ausschusses für längere Zeit zum Stillstand kamen, rührte sich kaum eine Stimme, die das beklagte. Es schien gerade für das liberale Verständnis vom parlamentarischen System bereits viel erreicht, als Abgeordnete in Staatsämter aufrückten: Friedrich v. Payer wurde im Oktober 1917 Vizekanzler, wobei er noch sein Reichstagsmandat aufgeben mußte, der Nationalliberale Robert Friedberg im November Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums. Die Stimmen, die mit Ausdauer zur Fortsetzung und Beschleunigung der Parlamentarisierung drängten, gehörten einzelnen Gelehrten und liberalen Zeitungen.

Eine neue Perspektive für seine Wirksamkeit öffnete sich, als Preuß über seinen Freund Richard Witting erfuhr, die Oberste Heeresleitung sei an Vorschlägen zur Verfassungsreform interessiert.¹⁶⁵ Witting, einflußreiche „Graue Eminenz“, der lange Zeit das Ohr des Kaisers hatte, war auch mit Ludendorff bekannt. Witting bat Preuß, einen Entwurf auszuarbeiten. Preuß kannte nicht die Erwartungen und die Absicht Ludendorffs und der OHL. Aber er wußte, daß Witting an Vorschläge dachte, die vor allem für das Ausland bestimmt waren. Sie sollten einen „baldigen Frieden“ erleichtern, die Völker viel-

¹⁶⁴ Mit 228 gegen 33 Stimmen beschlossen, konstituierte sich der Verfassungsausschuß Anfang Mai.

¹⁶⁵ Richard Witting (1856–1923, eigentlich Witkowski, ein Bruder von Maximilian Harden), seit 1886 in der Berliner Kommunalverwaltung tätig, 1889 Stadtrat und Kämmerer von Danzig, 1891 Oberbürgermeister von Posen, damit Mitglied des preußischen Herrenhauses, 1902 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Nationalbank für Deutschland, seit 1907 im preußischen Abgeordnetenhaus, Fraktion der Nationalliberalen. Ursprünglich dem Kaiser eng verbunden, der aus Posen ein Bollwerk im Osten machen wollte, Geheimrat, anfänglich Annexionspolitiker, nach den Aufzeichnungen Friedrich Stampfers dem Kaiser entfremdet, seit er einen baldigen Abbruch des Krieges und tiefgreifende innere Reformen befürwortete. Er warb dann „rastlos“ in Kreisen des Adels, der Diplomatie und der hohen Bürokratie für einen Verständigungsfrieden. Zu seinen engeren Gesprächspartnern zählten auch Walther Rathenau und Graf Bernstorff. Er war in die Affäre um die Veröffentlichung der Denkschrift involviert, die der ehemalige Londoner Botschafter Fürst Lichnowsky, ein Anhänger des Verständigungsfriedens, geschrieben hatte und die Witting kurzzeitig dem Hauptmann i.G. Hans Georg v. Beerfelde, Politische Abteilung des Generalstabs, überließ. Beerfelde vervielfältigte und verteilte sie (Friedrich Stampfer, *Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben*, Köln 1957, S. 218–220). Er wurde von seinen Offizierskameraden seitdem angefeindet und später von der SA als Landesverräter zum Krüppel geschlagen. Die öffentliche Unruhe um die Kriegsschuldfrage war danach erheblich und führte zur Vernehmung Wittings im Auswärtigen Ausschuß am 28.8.1917 und zu Beratungen über Lichnowsky im Haushaltsausschuß des Reichstages am 13.6.1918 (*Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstages. 1915–1918*, eingeleitet von Reinhard Schiffers, bearb. von R. Schiffers und Manfred Koch in Verbindung mit Hans Boldt, *Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Bd. 9/IV, Düsseldorf 1983, S. 2056ff.). Wittings großen Einfluß schildert Stampfer am Beispiel eines Gesprächs mit Philipp Scheidemann, das er ihm im Sommer 1918 vermittelte: „In leidenschaftlichen Worten setzte er uns auseinander, daß Deutschland am Rande des Abgrunds stehe und nur durch eine Revolution gerettet werden könne.“ In der letzten Oktoberdekade 1918 nahm Witting auch an den Beratungen in der Deutschen Gesellschaft teil, aus denen die Gründungsinitiative der DDP am 16.11.1918 hervorging, zu deren Unterzeichnern Hugo Preuß und er gehörten, Albertin, *Liberalismus und Demokratie*, a.a.O. (Anm. 155), S. 56.

leicht sogar veranlassen, „einen Druck auf ihre Regierungen auszuüben“, alles andere sei zunächst Nebensache.¹⁶⁶ Preuß warnte hingegen, mit einer „doktrinären Friedensformel“ zu beginnen, „statt mit einer wirklichen, durch sich selbst überzeugenden inneren Umgestaltung“. Er wollte seinen Entwurf nicht zum außenpolitischen Opportunismus degenerieren lassen. Ebenso widersinnig erschien ihm das Gerede von einer Nachahmung der „westlichen Demokratien“: Es möge volksindividuelle Nuancen in der Gestaltung des Staatslebens geben, das Entscheidende, allen Kulturstaaten Gemeinsame sei der „ihnen nunmehr allen bewußt gewordene scharfe Gegensatz zur obrigkeitlichen Struktur des deutschen Staatslebens“. Ihm ging es darum, die Illusion einer „spezifisch deutschen Freiheit“ zu überwinden, die sich von der allgemeinen politischen Entwicklung der Kulturwelt glaubte abschließen zu können.

In seiner für Ludendorff verfaßten Denkschrift von 1917 zur *Abänderung der Reichsverfassung und der preußischen Verfassung* legte sich Preuß, wie Dieter Grosser richtig hervorgehoben hat, noch nicht ausdrücklich auf das parlamentarische System fest.¹⁶⁷ Er hoffte, daß sich der Parlamentarismus „als Frucht der Machtentfaltung des Reichstages von selber einspielen würde“.¹⁶⁸ Diese Denkschrift zeigt, wie sich Preuß, ohne tabuisierte Schwellen zu überschreiten und doktrinäre Reizworte zu verwenden, die Fortentwicklung der Bismarck-Verfassung – ohne revolutionäre Umgestaltung – dachte, und welche Verschiebungen in den Parlamentsrechten nach seiner Meinung nötig waren, aus denen sich dann später ein echter monarchischer Konstitutionalismus nach westeuropäischem Vorbild ergeben würde. Ihm waren ohnehin die „politischen Energien“ wichtiger als die Verfassungstexte.¹⁶⁹

In der Reformdiskussion des vorletzten Kriegsjahres blieb die Denkschrift zur Verfassungsänderung ein wirkungsloses Intermezzo. Sie blieb ungenutzt. Zwei Tage nach ihrer Übergabe an die OHL stürzte Bethmann Hollweg.

„*Deutsche Vaterlandspartei*“ oder „*Volksbund für Freiheit und Vaterland*“

Der Name Witting hatte für das Handlungsprofil Preuß' in dieser Zeit noch eine zusätzliche Bedeutung. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1916 gehörte sein Freund zu einem Gesprächszirkel bürgerlicher und sozialistischer Intellektueller, die sich im Hause von

¹⁶⁶ Richard Witting an Hugo Preuß, 19.6.1917, in: *Walther Rathenau, Maximilian Harden. Briefwechsel 1897–1920*, München, Heidelberg 1983, mit einer einleitenden Studie hg. von Hans Dieter Hellige, *Walther Rathenau Gesamtausgabe*, Bd. VI, S. 737f.

¹⁶⁷ Hugo Preuß, *Vorschläge zur Abänderung der Reichsverfassung und der Preußischen Verfassung, nebst Begründung* (1917) [in unserer Edition Bd. 3]. Vgl. Dreyer, *Hugo Preuß*, a.a.O. (Anm. 60), S. 355–361.

¹⁶⁸ Dieter Grosser, *Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie*, Den Haag 1970, S. 143.

¹⁶⁹ Reinhard Schiffers hat in seiner vierbändigen Dokumentation der Arbeit des Hauptausschusses mit gutem Grund empfohlen, den realen „Ausbau der Parlamentsrechte“ von der formellen „Parlamentarisierung“ zu unterscheiden; zit. bei Schönberger, *Die überholte Parlamentarisierung*, a.a.O. (Anm. 157), S. 633.

Richard Witting im Tiergartenviertel trafen. Unter ihnen waren noch Hellmut v. Gerlach, Arthur Holitscher, der Pazifist Hans Paasche, Eduard Bernstein, Kurt Eisner, Fürst Lichnowsky, der frühere Botschafter in London, der Bankier Simon, „und wohl nur als gelegentlicher Gast“ Rathenau.¹⁷⁰ Friedrich Stampfer erinnerte sich dieses Witting-Kreises, an dem er seit dem Frühsommer 1918 oft teilnahm, mit leicht amüsiertes Sympathie als der wichtigsten „Stätte der Verschwörung“.¹⁷¹ Stampfer wurde im November 1916 Chefredakteur des *Vorwärts*, gehörte bald zum engsten Führungskreis der Reichstagsfraktion und warb schon 1912 für ein Wahlbündnis mit den Linksliberalen.¹⁷² Er besaß einen hohen, fraktionell quergelagerten Informationsstand.

Was verband den Witting-Kreis – ungeachtet der politischen Heterogenität seiner Mitglieder? Alle wollten den Friedensprozeß beschleunigt sehen. Alle waren mehr oder minder davon überzeugt, daß die innere Umgestaltung dazu notwendig und nützlich war. Und sicherlich hielten die meisten das bislang bestellte Führungspersonal des Obrigkeitsystems für historisch verbraucht und politisch korrumpiert. Den Wechsel sollten „politische Männer“ bewerkstelligen – das war die Öffnungsformel der neuen Führungsauslese.¹⁷³

Bei allen konzeptionellen Erwägungen blieb das schwierigste Element die Lage der politischen Parteien. Ihre strukturelle Schwäche zeigte sich auch in dem auffallenden Mißverhältnis zwischen interfraktioneller Kooperation im Reichstag und parteipolitischer Konkurrenz im Lande. Wenn Parlamentarier, wie auf dem erwähnten Preußentag der FVP 1917, von der „Schaffung der parteipolitischen Voraussetzungen für ein parlamentarisches System“ sprachen, so dachten sie allenfalls an Vereinbarungen für die kommenden Wahlen zwischen den Parteien, die im Verfassungsausschuß zusammenarbeiteten, waren aber nicht imstande, in großen Sachfragen öffentlich zusammenzugehen – trotz aller Hoffnungen auf die „große Linke“, etwa unter der früheren Parole „Von Bassermann bis Bebel“. Dies trat offen zutage, wo überparteiliche Ersatzformierungen den Ausfall parteipolitischen Bündniswillens wettmachen sollten. So sah sich der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ in sachlicher Übereinstimmung mit der Reichstagsmehrheit, bestätigte aber durch seine Gründung und Tätigkeit, daß deren Parteien sich auf eine gemeinsame Frontstellung gegen die „Vaterlandspartei“ nicht einigen konnten.

Hugo Preuß gehörte zu den prominenten Repräsentanten des „Volksbundes“. Er hat die „Vaterlandspartei“, die „parteilose Partei mit dem anmaßenden Namen“ (S. 673), mit aller Schärfe öffentlich angeprangert. Die Gründungen beider Organisationen und ihre Konfrontation gehörten zur agitatorisch zugespitzten Konstellation zwischen Obrigkeitsregime und parlamentarischem System.

Die „Deutsche Vaterlandspartei“, Anfang September 1917 vom ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp und dem ehemaligen Staatssekretär des Reichs-

¹⁷⁰ *Walther Rathenau – Maximilian Harden. Briefwechsel 1897–1920*, Bd. VI, S. 732.

¹⁷¹ Vgl. Stampfer, *Erfahrungen und Erkenntnisse*, a.a.O. (Anm. 165), S. 218f.

¹⁷² *Mit dem Gesicht nach Deutschland*. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, hg. im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien von Erich Matthias, bearb. von Werner Link, Düsseldorf 1968, Vorwort von Erich Matthias, S. 11.

¹⁷³ Richard Witting an Preuß, 19.6.1917. Witting: „Der ganze jetzige Reichstag freilich muß fort, vor allem die sogenannten ‚Führer‘. An ihre Stelle müssen politische Männer treten, die ich mir sehr wohl als Reichsminister denken könnte.“

marineamtes Alfred v. Tirpitz in Königsberg gegründet, wollte eine nationalistische Massenbewegung sein und zählte, den korporativen Anhang von Vereinen und Verbänden mitgerechnet, im Sommer 1918 eine Million Mitglieder. Sie verwarf mit Schärfe die Friedensresolution, befürwortete annexionistische Maximalforderungen und lehnte alle Parlamentarisierungsbestrebungen ab.¹⁷⁴ Die empfindlichste Abwanderung zur Deutschen Vaterlandspartei erlitten die Nationalliberalen, die mehrheitlich im Dunstkreis unrealistischer Erwartungen eines Siegfriedens befangen waren.

Am 6. Oktober 1917 hatten im Reichstag zwei sozialdemokratische Interpellationen gegen die alldeutsche Agitation im Heere protestiert. Der Kriegsminister Hermann v. Stein hatte sie so schroff beantwortet, daß die Mehrheitsfraktionen entrüstet waren, zumal auch Karl Helfferich, in Abwesenheit des Kanzlers, den Ton verfehlte. Wenige Tage später wurden die Matrosenunruhen und ihre Ahndung durch die Marineleitung diskutiert; die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sah sich von der Regierung pauschal in den Verdacht des Landesverrats genommen, so daß sich die Vertreter der Mehrheitsparteien vor sie stellten und seitdem auch entschiedener den Rücktritt von Michaelis forderten und betrieben.¹⁷⁵

Am 20. Oktober 1917 veröffentlichte die *Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung* einen kurzen Artikel von Hugo Preuß: *Die Götterdämmerung des Obrigkeitsystems*. Er bescheinigte der Regierung Ungeschicklichkeit, erinnerte an die „Fronde gegen Bethmann“ und tadelte die „rücksichtslose Forschheit“ der Vaterlandspartei (S. 673), in der er ein Symptom für den Zusammenbruch des Obrigkeitsystems sah. Er fürchtete, daß diese Kräfte die Bemühungen des österreichischen Außenministers Ottokar Graf v. Czernin um das päpstliche Vermittlungsangebot in der Friedensfrage vereiteln könnten (S. 674), und bedauerte den ohnmächtigen Parteienwirrwarr, aus dem sich schwerlich eine regierungsfähige Potenz bilden könne,

„denn die mit dem Obrigkeitsystem alt gewordenen Fraktionen sind gleich ihm auch sklerotisch geworden“. – „Die Bildung einer solchen Potenz der politischen Volksführung ist aber nicht mehr bloß ein innerpolitisches Problem über alle Fraktionspolitik hinaus; es ist die Schicksalsfrage des Weltkrieges“ (S. 675). Preuß sah in der dramatisch zugespitzten Situation einen möglichenfalls folgenschweren Wendepunkt. Der vorbereitende Ausschuß konstituierte sich am 25. Oktober, fünf Tage nach Erscheinen der alarmierenden Kritik von Preuß an dem schroffen Auftreten der Regierung in den Reichstagsverhandlungen. Kern und numerischen Schwerpunkt der Gründungsinitiative bildeten die Dachverbände der Gewerkschaftsrichtungen, mehrere Angestelltenorganisationen und zwei Beamtenverbände. Als prominente Intellektuelle mit publizistischem Gewicht kamen die Sozialpolitiker Francke, Brentano und Berlepsch hinzu, aus liberalen und verwandten Kreisen Troeltsch, Meinecke, Oncken, Preuß, Thimme, Herkner, Hans Delbrück. Einige Industrielle und Bankiers, wie Robert Bosch und Hjalmar Schacht, halfen als Förderer.¹⁷⁶

Die gewerkschaftlichen Initiatoren, namentlich die Generalkommission, schrieben dem „Volksbund“ die Aufgabe zu, „in geschlossener Front“ den Kampf für die Reform des

¹⁷⁴ *Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919*, bearb. von Klaus Schönhoven, in: *Quellen zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert*, begründet von Erich Matthias, hg. von Hermann Weber, Klaus Schönhoven und Klaus Tenfelde, Bd. 1, Köln 1985, S. 380.

¹⁷⁵ Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben*, a.a.O. (Anm. 92), S. 766–769.

¹⁷⁶ *Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution*, a.a.O. (Anm. 174), S. 380.

preußischen Wahlrechts aufzunehmen und „entscheidenden Einfluß“ in der Kriegsziel- und Friedensfrage auszuüben. Sie stellten sich auf die Seite der Reichstagsmehrheit „für einen möglichst baldigen Verständigungsfrieden“ und die innerpolitische Neuorientierung. Sie sahen auf der anderen Seite die „Annektionspolitiker und Reaktionäre, deren Kern die Schwerindustrie und das Junkertum bilden“.¹⁷⁷ Die „Vaterlandspartei“, deren „amerikanische Art der Agitation“ „einen nicht zu verkennenden Erfolg“ habe, war die eindeutig erklärte Gegnerin.¹⁷⁸ Man wolle ihr nicht allein das Feld überlassen und die Abschwenkung der bürgerlichen Parteien ins annexionistische Lager verhindern; man stimmte dem „Volksbund“, dessen nächste Aufgaben sich im wesentlichen mit dem Programm der Reichstagsmehrheit decken würden, auch ausdrücklich in der Forderung zu, „daß die Minister nur im Einverständnis mit dem Parlament ernannt werden können“.¹⁷⁹ Die Gründungsversammlung am 4. Dezember war in einer Veranstaltung am 14. November vorbereitet worden, in der neben Johann Giesberts von den Christlichen Gewerkschaften der Historiker Friedrich Meinecke und Gustav Bauer, der Vorsitzende der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, Ansprachen hielten. Hugo Preuß begrüßte diese prompte Antwort auf die „Vaterlandspartei“.

Die Gewerkschaften hatten ausdrücklich ihre Absicht bekundet, mit dem „Volksbund“ durch Aufklärung dafür zu sorgen, daß der „Volkswille“ sich durchsetzen werde. Seine immer dringlicher gehaltene öffentliche Suche nach den regierungsfähigen „Energien“ im Volke fand nach Lage der Dinge eine denkbar mögliche Perspektive in der Erklärung der Generalkommission: Der Volksbund „wird sich hinter die Reichstagsmehrheit stellen und den Kampf für den Verständigungsfrieden und die innerpolitische Neuorientierung aufnehmen. Nur dadurch wird es möglich sein, den inneren Zusammenschluß der Nation auch im vierten Kriegsjahr aufrechtzuerhalten.“¹⁸⁰ Es sei daran erinnert: Im Schlußkapitel seines Buches *Das deutsche Volk und die Politik* hatte Hugo Preuß die „hohe Entwicklung der gewerkschaftlichen und verwandten Organisationen“ gelobt und sie – neben dem „Volksheer der allgemeinen Wehrpflicht“ sowie der kommunalen Selbstverwaltung – zu den „geschichtlich nächstliegenden und natürlich gegebenen Entfaltungsbereichen unserer politischen Selbsterziehung“ gerechnet (S. 528).

Entgegen allen chauvinistischen Überlegenheitsphantasien, wonach nur das monarchisch-obrigkeitsstaatliche System militärische Stärke gewährleiste, hatten sich die westlichen Demokratien als belastungsfähig und solidarisch erwiesen. Der Weltkrieg hatte eine „ungeheure machtpolitische Werbekraft der demokratischen Lösung“ offenbart, schrieb er im März 1917 (S. 635f.). Es rächte sich jetzt, daß Deutschland an dem Siegeszug von Parlamentarismus, Demokratie und Volksstaat über die Erde nicht teilgenommen hatte. Preuß hatte im Frühjahr des Jahres 1917 der öffentlichen Diskussion eine einfache, offene Definition vorgegeben, die jedenfalls aufnehmen konnte, was immer zur

¹⁷⁷ *Rundschreiben der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an die Verbandsvorstände betr. die Gründung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland*, 1.11.1917, in: *Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution*, a.a.O. (Anm. 174), S. 379–382 (381). Sechs Vorstände blieben zunächst in einer Umfrage aus Gründen „politischer Neutralität“ abseits. Vgl. *Konferenz der Verbandsvorstände* 22.–24.11.1917, Ebd., S. 396.

¹⁷⁸ *Konferenz der Verbandsvorstände*, 22.–24.11.1917, in: *Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution*, a.a.O. (Anm. 174), S. 392–403 (396).

¹⁷⁹ Ebd., S. 401.

¹⁸⁰ *Rundschreiben der Generalkommission* vom 1.11.1917, ebd., S. 381.

Einschränkung des Obrigkeitssystems geschah: „Volksstaat ist lediglich der zusammenfassende positive Ausdruck für alle nicht obrigkeitlich bestimmten politischen Strukturen“ (S. 637). Der neue Reichskanzler Georg v. Hertling, den Michaelis vorgeschlagen hatte, mußte sich auf das Programm der Fraktionen der Friedensresolution verpflichten und auch Parlamentarier in die Regierung aufnehmen.¹⁸¹ Aber er stimmte ihr im Grunde nicht zu, erkannte auch nicht die Bedeutung des Parlaments für die Auslese von Führungskräften. Preuß, der Hertlings Vorbehalte gegen Reformen im Sinne einer „Neuorientierung“ kannte, warnte seine Leser, die kleinen Änderungen, die es mit ihm gab, überzubewerten. Er schloß mit einer strategischen Handlungsdevise, die das Leitthema fixierte: „Heute gilt es, die äußere Machtstellung Deutschlands zu sichern und zu entfalten, indem rückhaltlos mit der innerpolitischen Obrigkeitsstruktur gebrochen wird“ (S. 678).

Mit leidenschaftlicher Bestimmtheit hat sich aber Hugo Preuß angesichts der innenpolitischen und internationalen Friedensdiskussion dagegen gewehrt, daß die innere Umgestaltung zu einem Kriegsziel der Feindmächte deklariert wurde. Eine entsprechende Forderung seines englischen Fachkollegen William Harbutt Dawson in der *Contemporary Review* bewog ihn dazu, ihm in einem „Offenen Brief“ zu antworten (S. 697ff.): Eine „gewaltsame Demokratisierung Deutschlands durch feindlichen Machtdruck“ hieß für Preuß Kriegsverlängerung: Demokratie müsse immer von innen wachsen, äußerer Zwang sei nicht produktiv. Er erinnerte seinen Adressaten an die Seeley-These, hielt dieser aber entgegen, „the mental habit of the people“ müsse keine unveränderliche Größe bleiben. Seine Hoffnung war, diese „Weltkatastrophe“ könne Einfluß auf die Volksseele haben. Nichts erschien ihm indessen kontraproduktiver in diesem Umwandlungsprozeß „als die verhängnisvolle Identifizierung eines freiheitlichen Fortschritts im Innern mit der äußeren Niederlage“. Preuß räumte ein, „daß unsere gegenwärtige Regierung ganz und gar keine parlamentarische Regierung“ sei. Er wußte, daß eine „Katharsis“ des Volkes und die „tiefgreifende Umwandlung eines Volksgeistes“ nötig war, wenn die „Bildung eines politischen Volkswillens“ gelingen sollte. Im Februar 1918 schrieb er: „Dieser Prozeß hat eingesetzt, und zwar mit einer den Kenner der deutschen Verhältnisse und deutscher ‚Mentalität‘ überraschenden Kraft und Schnelligkeit.“ Aber wenn die Demokratie nicht als innere Befreiung erlebt, sondern als Niederlage empfunden würde, dann fürchtete er eine Katastrophe.

Zu einem entschiedenen Bruch mit der Obrigkeitsregierung, der die Energien des Volkes hätte freisetzen können, war aber Hertling nach seinem politischen Habitus schwerlich geeignet. Preuß erinnerte am 25. August 1918 an Hertlings Äußerung als bayerischer Ministerpräsident in der *Bayerischen Staatszeitung* im Juli 1917, wonach die Übertragung des parlamentarischen Systems auf Deutschland „den Bestand des Deutschen Reiches aufs allerschwerste gefährden würde“ (S. 695f.). Er nahm dies als Exempel dafür, „daß Männer zur Durchführung von Reformen berufen werden, deren Träger sie in ihrer politischen Laufbahn niemals gewesen sind“, ein Schulbeispiel ungeeigneter Führungsauslese.

¹⁸¹ Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, a.a.O. (Anm. 50), S. 844f.

Zur Beendigung der innerpolitischen Obrigkeitsstruktur bedurfte es eines anderen Führungsprofils. Darauf hatte Hugo Preuß schon in seinem Aufsatz *Freiheit und Macht* im November 1917 verwiesen (S. 675ff.):

„Gelangt ein Staatsmann, der diese gewaltige Aufgabe voll begreift und schnell erfaßt, zur politischen Macht, – sei er von oben berufen oder von unten auserwählt, – so wird unser starkes Volk endlich seinen heiß ersehnten starken politischen Führer finden“ (S. 678).

Diese starke politische Führung hat die Einsetzung der Regierung unter Prinz Max von Baden nicht mehr gebracht. Der Parlamentarismus mußte „improvisiert“ werden (S. 718ff.), damit die Regierung für den Frieden handlungsfähig wurde. In vorsorglicher Abwehr voraussehbarer Legendenbildung dekuvierte Preuß die agitatorische Lüge von der nationalen Geschlossenheit. Das Prinzip des monarchischen Staates war der Gegensatz von Herrschenden und Beherrschten, in seinen Außenbeziehungen der Gegensatz von Obrigkeitsstaat und demokratischer Staatenwelt. Die Überwindung dieser Gegensätze war die Bedingung des Friedens. Der Parlamentarismus, der jetzt nur improvisiert werden konnte, damit die Waffen ruhten, durfte nicht mit einer soliden, langen und energischen Grundlegung der Demokratie und einer wirklichen Umbildung des Obrigkeitsstaates zum Volksstaat verwechselt werden, die noch ausstanden. Noch einmal rief Hugo Preuß in diesen Wochen zum Ende des Krieges auf – in seiner Rektoratsrede.

Preuß' Rektoratsrede gegen den Krieg: „Kampfwut atavistischer Gestalt“

Es gab auch im Wilhelminischen Deutschland Zentren einer Gegenöffentlichkeit. Dazu gehörte die Berliner Handelshochschule, eine Gründung der Berliner Kaufmannschaft. Seit ihrer Gründung 1904 lehrte Hugo Preuß hier und wurde 1906 Professor für Öffentliches Recht. Der Gründerkreis mißbilligte die Diskriminierung unangepaßter, namentlich auch jüdischer Gelehrter im Kaiserreich. Die Hochschule war bei der Wahl der Dozenten bemüht, solche Mißstände zu kompensieren. Max Apt, der maßgebende Syndikus der Berliner Kaufmannschaft, empfand „Genugtuung“, hervorragenden Persönlichkeiten die Stellung zu verschaffen, „die ihnen vom Staat versagt war“. Zu den ersten gehörten die Professoren Ignaz Jastrow, Werner Sombart, der damals als Sozialist galt, und Hugo Preuß. Das Dozentenkollegium der Hochschule wurde geradezu als *salon des refusés* bezeichnet.¹⁸² Im Oktober 1918 wurde Preuß zum Rektor gewählt. Seine Amtszeit dauerte aber nur wenige Wochen, weil ihn Friedrich Ebert am 15. November zum Staatssekretär des Innern bestellte und er sein Amt an der Handelshochschule niederlegen mußte.

Noch vor seinem programmatischen Zeitungsartikel *Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat* vom 14.11.1918¹⁸³ wurde seine Rektoratsrede am 19. Oktober 1918 in der

¹⁸² Max Apt, *Fünfundzwanzig Jahre im Dienst der Berliner Kaufmannschaft*, Berlin 1926, S. 201f., zit. auch bei Dreyer, *Hugo Preuß*, a.a.O. (Anm. 60), S. 265; vgl. ebd., S. 261–272, zur Stellung und Arbeit von Preuß an der Handelshochschule.

¹⁸³ [Band 4 unserer Edition.]

Öffentlichkeit beachtet (S. 706ff.). Sie galt der hybriden Überdehnung der Nation durch die obrigkeitsstaatliche Herrschaftsorganisation im Kriege. Welche Botschaft an das Auditorium gab nunmehr noch Sinn?

Er hatte sein Leben lang die bloß dynastischen Formen der Staatsbildung kritisiert, deren Bevölkerungen durch Eroberung, Heirat, Kauf und Tausch zusammengewürfelt wurden. Er hatte für einen wirklichen „Nationalstaat“ gekämpft. Aber was ist eine „Nation“? Was ist das *principium individuationis*, das die verschiedenen nationalen Gemeinschaften und damit den „Kern nationaler Gegensätze“ erklären könnte? Preuß schließt die weit verbreitete, aber irrealer Vorstellung aus, als seien die heutigen Staatsvölker von ethnischer Homogenität, auch wenn überall noch viel von den „deutschen Stämmen“ die Rede war. Die modernen Nationen sind alle das Resultat vielfältiger Durchmischung. Das neuartige Konzept der „Nation“, wie es deutlich zuerst in der Französischen Revolution erfaßt worden ist, erklärt den inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft nur noch aus einem kulturellen, historischen und politischen Zusammenhang. Preuß schließt sich an die berühmte Definition von Ernest Renan an: „Die Nation ist ein geistiges Prinzip, das Resultat tiefer geschichtlicher Zusammenhänge.“ Sie wird wirksam in der Wechselwirkung von Individual- und Gemeinwillen – nach der Idee des *Contrat Social*: Unter vorgegebenen Bedingungen identifiziert sich ein Mensch mit seinem Staat. Die gemeinsam erlebte Geschichte schafft einen solchen inneren Zusammenhang. In der gesellschaftlichen Realität kann ein echter politischer Gemeinwillen entstehen, der der Regierung eines Nationalstaats in den Prozessen der inneren Meinungs- und Willensbildung Rückhalt verschafft und auch nach außen wirkliche Kraft verleiht. In obrigkeitsstaatlichen Strukturen ist diese Kraftquelle abgeschnitten. Hier fühlen sich die „Untertanen“ noch nicht als wirkliche „Bürger“, die für die Politik ihres Landes verantwortlich sind. Sein eigener publizistischer Appell während des Krieges zielte immer nur in die Richtung, ein solches Verantwortungsgefühl zu wecken.

Allerdings ist der Begriff der „Nation“ nicht unproblematisch, weil es auch Formen eines „primitiven Nationalgefühls“ gibt, das die eigene Nation überschätzt oder gar „chauvinistisch“ übersteigert. Dazu kommt es namentlich dann, wenn eine Herrschaftsorganisation die „Parteien“ und den offenen Austrag von „Konflikten“ ablehnt, illusionäre Formen von „Volksgemeinschaft“ fördert, „alle inneren Spannungen, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze mit elementarer Überlegenheit zurückdrängt“, um sie nach außen abzuleiten und als Gegensätze zwischen den Nationen erscheinen zu lassen. Preuß kritisiert die massensuggestive Steigerung des Gegensatzes gegen außen, die zum Paroxysmus einer entfesselten „Kampfwut atavistischer Gestalt“ führen kann (S. 716). Noch dreimal kommt er auf das Wort vom Atavismus zurück: auf einen Rückfall menschlicher Entwicklung in primitive Verhaltensweisen, von denen man annehmen sollte, daß sie eigentlich überholt sind und endgültig der Vergangenheit angehören.

Am stärksten konnten solche künstlich geschürten Gegensätze im Krieg aufgebaut werden, weil im Ausbruch gewaltsamer Feindseligkeiten auch friedliebende Menschen in eine Situation gebracht wurden, sonst unvorstellbare Gewalttätigkeiten als „Selbstverteidigung“

zu erleben und zu begehen. Entluden sich die Spannungen hier, so brachen alle Brücken der Kommunikation ab; die Eskalation geriet außer Kontrolle.

Über das grauenvolle Ausmaß des Weltkriegs hatte Preuß genaue Informationen. Die Opfer und namenlosen Leiden auf allen Seiten hätten eigentlich am Ende dieser Menschenschlächtereie einen allgemeinen Abscheu vor dem Krieg hervorrufen müssen. Das ließ die Frage nach dem schwierigsten Problem einer Theorie demokratischer Entwicklung entstehen. Das Jahrhundert der Reformblockade seit 1808 hatte die Widerstände deutlich gemacht, die einem vernünftigen „Fortschritt der Freiheit“ im Wege standen. Nur die größte Not hatte dazu geführt, daß die von der Entwicklung überholte preußische Monarchie nach dem Rettungsanker der Reformversuche des Frhr. vom Stein gegriffen hatte. Aber die Not war nicht groß genug; die Reformansätze scheiterten. Das führte zur Frage, ob nun wenigstens der Zusammenbruch im Weltkrieg die politischen Energien freisetzen würde, die überfälligen Reformen durchzuführen. Dafür konnte sprechen, daß die Opfer, die der Krieg der ganzen Bevölkerung auferlegte, und die allgemeine Wehrpflicht, die sie mit den Realitäten von Politik und Macht konfrontierte, im Volk ein Bewußtsein von den Notwendigkeiten des Wandels verbreiten mußten. Aber Preuß wußte auch, daß geschichtliche Entwicklungen sich nicht nach schematischen Gesetzmäßigkeiten richten. Er mußte damit rechnen, daß das „Notwendige“ auch noch diesmal „unmöglich“ sein könnte.

Preuß zeigt in dieser Rektoratsrede, wie alle Nationen sich gleichen in der emotionalen Intensität ihrer Motivation, den Krieg als einen Kampf um nationale Selbsterhaltung zu empfinden. Die internationale Gemeinschaft der stärksten Gefühle ist die Quelle unveröhnlichen Gegensatzes. Tatsächlich hat der Krieg die normative Idee der internationalen Gemeinschaft, die nationale Gegensätze und Spannungen durchaus einschließt, verdrängt oder blockiert, somit auch die Berührung der Völker, ihren materiellen und geistigen Austausch, den die Raumüberwindung durch Technik und Handel und die Fortschritte des Völkerrechts mit der Vision des Kantschen Weltbürgerrechts sukzessiv begünstigten. Hier bringt Preuß Gedanken ein, mit denen er und andere Linksliberale längst und eindrücklich auf den nationalen Gewinn aus dem Reichtum internationaler Kontakte und Kooperationen verwiesen haben.

Schlußbemerkung

Von 1885 bis zum Ende des Weltkriegs 1918 hatte Hugo Preuß darum gerungen, daß Deutschland endlich den Anschluß an den westeuropäischen Verfassungsstaat fand und den Halb-Konstitutionalismus überwand, wie er sich in der Reaktionsperiode nach der Französischen Revolution in Preußen-Deutschland entwickelt hatte. Der Zusammenbruch der Monarchie bestätigte zwar, wie brüchig sie war. Niemand machte Anstalten, sie zu verteidigen. Hugo Preuß hatte die Schwäche ihres Obrigkeitsregimes längst erkannt und die Zerfallsprozesse von Macht und Moral aus nächster Nähe beobachtet. Seine Analysen und Warnungen sowie die Reformvorschläge zur freiheitlichen Umgestaltung waren indessen auch im Kriege ungehört geblieben.

Niemals hat er der Analyse falscher historischer Weichenstellungen und verhängnisvoller Blockaden die Theorie eines deutschen „Nationalcharakters“ zugrundegelegt. Immer hat er die unerschütterliche optimistische Einstellung vertreten, daß – jedenfalls langfristig – Fehlentscheidungen korrigiert und verpaßte Entwicklungen nachgeholt werden können. Ihn erfüllte aber auch ein Bewußtsein davon, daß es einer besonderen Kraftanstrengung bedarf, tiefgehende Reformen gegen die Mächte der „bestehenden Verhältnisse“ durchzusetzen und demokratische Verhältnisse erst einmal aufzubauen. Das Menetekel des Scheiterns der Reformen des Frhr. vom Stein mochte für sein Verfassungswerk nach dem Krieg nichts Gutes verheißen, als unentrinnbares Fatum hat er es nie verstanden. Es ist bewundernswert, wie er den theoretisch wohlbegründeten Zweifel am Gelingen immer mit einem unerschütterlichen praktischen Optimismus verband und bis zu seinem Tod mit unerschöpflich scheinenden Ressourcen um sein Werk kämpfte.

Die historische Weisheit seiner Botschaft hat den tragischen Zivilisationsbruch in der deutschen und europäischen Geschichte überdauert. Heute ist ein großer Teil der Forderungen, mit denen er sich damals in eine isolierte Außenseiterposition brachte, nahezu selbstverständlich geworden. So können wir auch sagen: Der historische Sinn der Cassandra-Worte im Nachruf auf den Freund Theodor Barth erfüllte sich für Hugo Preuß in der eigenen Verpflichtung, das Notwendige weiterhin unbeirrt zu verkünden.

Unsere Edition dient dem Ziel, zu dokumentieren, was wir diesem Pionier unseres demokratischen Verfassungsstaats verdanken. Sie erscheint uns unverzichtbar, weil sein Werk, das von der Forschung bisher fast ganz ignoriert wird und größtenteils unbekannt ist, auch der Lösung künftiger Aufgaben dienlich sein kann. Es lohnt sich, das „Laboratorium Weimar“ genau zu erforschen.